



**BWA**

Ausgabe 2023

# Journal

Themen aus Politik & Wirtschaft sowie News und Aktivitäten des BWA Deutschland

Herausgegeben vom Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA)



## Zeitenwende

Die Rückkehr der Realpolitik?

*Wirtschaft-Das-sind-wir-alle*



## Wirtschaft-Das-sind-wir-alle

Unsere Mitglieder verbindet die Überzeugung, dass Politik und Wirtschaft vom verantwortlichen Engagement jedes Einzelnen leben. Im Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft stellen sich Führungskräfte aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlichem Leben einer gemeinsamen Verantwortung: Jenseits aller Partikularinteressen treten sie ein für eine Ökosoziale Marktwirtschaft, die nachhaltigen Wohlstand für alle Menschen schafft und hilft, unsere Welt für kommende Generationen zu bewahren.

Werden Sie Teil eines Wirtschaftsverbands neuer Art und erschließen Sie sich unser exklusives Unternehmensnetzwerk im In- und Ausland. Bei Empfängen, Seminaren und Delegationsreisen beraten wir Sie mit Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung und knüpfen wertvolle Kontakte. Sie profitieren weiterhin vom langjährigen Know-How unseres Netzwerks in der Außenwirtschaft.

Lernen Sie uns kennen: Im Internet unter [www.bwa-deutschland.de](http://www.bwa-deutschland.de) oder persönlich, bei einem Besuch in unserer Geschäftsstelle im Berliner Kranzler Eck.

BWA Bundesgeschäftsstelle  
Kranzler Eck Berlin  
Kurfürstendamm 22  
10719 Berlin  
Tel: 030 / 700 11 43 0  
Fax: 030 / 700 11 43 20  
Email: [info@bwa-deutschland.de](mailto:info@bwa-deutschland.de)

Bundesverband  
für Wirtschaftsförderung  
und Außenwirtschaft



**BWA**

Global Economic Network



*Im Dialog mit Jean-Pierre Raffarin*



*Der BWA zu Gast bei Rabbiner Teichtal*



*6. Deutsch-Chinesischer Automobilkongress*



*Hoher Besuch aus Indien*

## Editorial

Begrüßung durch den Präsidenten und Vorstandsvorsitzenden .....	4
Stimmen zum Zeitgeschehen .....	6
„Der Westen hat nicht zugehört“ .....	6
Die Zeitenwende und ihre Folgen .....	7
Europa neu bauen!.....	8
Die künftige Energiepolitik.....	10
Aus dem Verband .....	12
Jean-Pierre Raffarin besucht Bundesgeschäftsstelle des BWA.....	12
BWA engagiert sich für jüdisches Leben in Deutschland.....	13
6. Deutsch-Chinesischer Automobilkongress.....	14
Außenwirtschaft.....	16
Interview mit S.E. Dr. Mohammad Faisal .....	16
Die Demokratische Republik Kongo .....	18
Regierungschef von Punjab zu Gast beim BWA .....	20
Fokus: Zentralasien .....	22
Eine aufstrebende Region im Fokus der Weltpolitik .....	22
Tadschikistan und Europa.....	24
Die Alat Free Economic Zone.....	26
Rechtsberatung auf der Seidenstraße .....	28
Verantwortung und Nachhaltigkeit.....	30
Regional und ökologisch!.....	30
Vom Einklang von Ökonomie und Ökologie .....	32
Transformation oder Deindustrialisierung?.....	34
Das neue „Wir“ .....	36
Herausforderung Cyberkriminalität.....	38
Wirtschaftsförderung .....	40
Catering: Eine Branche erfindet sich neu .....	40
Quick-Check für nachhaltiges Innovationsmanagement.....	42
Kurz notiert / Ansprechpartner / Impressum .....	44

## Liebe Mitglieder und Freunde des BWA,

Thomas Sapper



Thomas Sapper, seit April 2018 Präsident des BWA, blickt auf eine lange Karriere in der deutschen Bauwirtschaft zurück. Als Vorstandsvorsitzender der DFH Deutsche Fertighaus Holding AG führte er das Unternehmen zur Marktführerschaft im deutschen Fertighausbau mit ca. 2.000 Bauprojekten und 280 Mio. EUR Umsatz jährlich. Sapper war Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Deutscher Fertighaus (BDF) und Präsident des Europäischen Fertighausverbandes (EVF). 2012 in den BWA Senat berufen, gehört er dem Präsidium des BWA seit 2013 an.

der Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat die Grundfesten der bisherigen Ordnungsvorstellungen seit dem Ende des Kalten Krieges in ihrer Substanz erschüttert. Millionen Menschen wurden vertrieben und die europäischen Staaten leisteten Unvorstellbares, um dieses Leid zumindest etwas zu mindern. Städte wie Mariupol, Saporischschja und Kiew, die ich selbst im letzten Jahr noch besucht habe, sind massiv zerstört oder von den humanitären Folgen dieses schrecklichen Krieges betroffen. Noch ist nicht absehbar, wie sich dieser Konflikt entwickeln wird und wann die Kampfhandlungen gestoppt werden. Klar ist jedoch bereits heute, dass wir konkrete Vorstellungen diskutieren müssen, wie die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die europäische

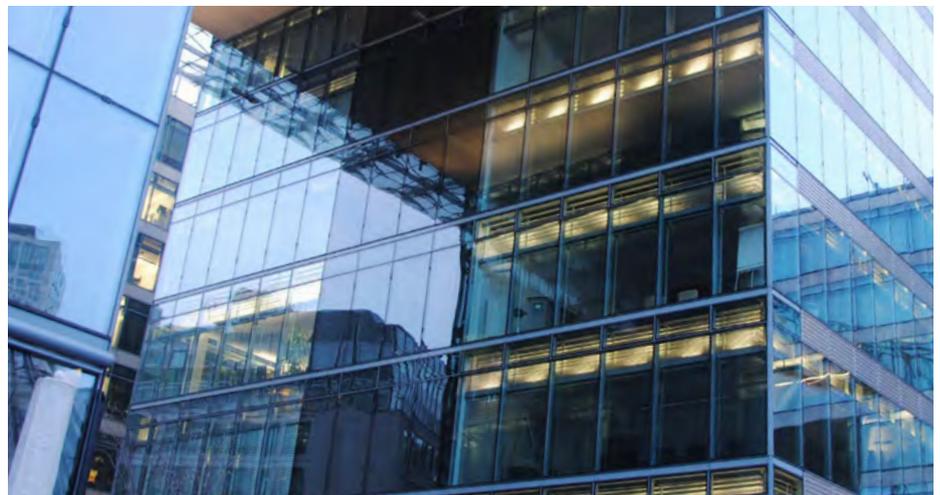
Sicherheitsarchitektur nach dem Konflikt neu gestaltet werden können.

Resilienz lautet das Schlüsselwort, unter dem verschiedenste Anforderungen an Entscheidungsträger gegenwärtig subsumiert werden. Nach den Erfahrungen der globalen Pandemie, des Krieges in der Ukraine und der weltweiten Wirtschaftskrise und Inflation werden neue Parameter für die Erfassung von Entwicklungsprozessen in Wirtschaft und Gesellschaft definiert werden müssen. Hinzu kommt, dass die infolge der Pandemie entstandenen sozioökonomischen Veränderungen wie eine zunehmende Flexibilisierung, aber eben auch Entgrenzung des Arbeitens und die damit verbundenen Wandlungen in den Mentalitäten und Handlungsweisen der Menschen die kommenden Generationen stärker prägen werden, als wir uns dies gegenwärtig einzugestehen bereit sind.

Als Exportnation benötigen wir weiterhin verlässliche internationale Partnerschaften, die sich an den Realitäten in der Welt und an den Interessen unserer Volkswirtschaft orientieren. Die Sicherung dieser wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, eine Kultur der Wertschätzung für Leistungsträger und eine Rückbesinnung auf die ausgewogene Balance zwischen Eigenverantwortung und staatlicher Intervention sind die Voraussetzungen dafür, dass der deutsche Mittelstand seine verantwortungsvolle Rolle als tragende Säule der Gesellschaft in der Zukunft angemessen wahrnehmen kann. Eine Transformation kann nur gelingen, wenn die Kräfte des Unternehmertums hierfür schöpferisch genutzt und nicht von der Politik als Antagonisten betrachtet werden.

Der BWA scheut sich nicht, seine Gedanken zu diesen Zukunftsfragen als unabhängige Stimme der deutschen Wirtschaft in die nationale wie internationale Debatte einzubringen. Die weiterhin stabile Entwicklung des Verbandes und das Interesse aus zahlreichen Teilen der Welt, mit uns als einem der bundesweit aktiven Wirtschaftsverbände und Think Tanks in Deutschland zu kooperieren, bieten uns hierfür den Ansporn und die Grundlage. Mit dem Generationswechsel in der Bundesgeschäftsführung des BWA wurden die Weichen dafür gestellt, unseren Verband im Interesse der deutschen Wirtschaft weiter als Kompetenzzentrum für wirtschaftlichen Sachverstand und soziale wie ökologische Verantwortung in Deutschland, Europa und der Welt zu positionieren. Die Debattenbeiträge in dieser Ausgabe des Journals wagen einen Ausblick auf Tendenzen und Prozesse, die bei Überlegungen zu unternehmerischem Handeln zukünftig miteinbezogen werden sollten. 2023 markiert das 20-jährige Jubiläum des BWA, und ich hoffe, dass wir bei den zahlreichen Veranstaltungen und Aktivitäten in diesem Zusammenhang viele Gelegenheiten haben werden, die hier formulierten Überlegungen persönlich zu diskutieren. Ich wünsche Ihnen viel Freude und spannende neue Erkenntnisse bei der Lektüre unseres Journals, beste Gesundheit sowie weiterhin bestes Gelingen bei Ihrer geschäftlichen und persönlichen Entwicklung!

*Ihr Thomas Sapper*  
Präsident



## Liebe Leserinnen und Leser,



der erstmals von Bundeskanzler Olaf Scholz im Zusammenhang mit den Ereignissen des letzten Jahres verwendete Begriff der „Zeitenwende“ hat sich zu einer Chiffre der Gegenwart entwickelt. Zahlreiche Herausforderungen kulminieren und überlagern sich wechselseitig – und dies nicht erst seit Beginn des Krieges in der Ukraine, auf dessen möglichst schnelles Ende hinzuwirken die Bestrebung aller verantwortungsbewussten Politik sein muss. Unser Land steht nach drei von der Corona-Pandemie geprägten Jahren vor nicht wenigen Herausforderungen. Energiekrise, Rohstoffknappheit, Störung globaler Lieferketten, Fachkräftemangel und die fortschreitende Inflation sind nur einige der großen Fragen, welche die Zukunft des Wohlstandes und damit des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland substantziell betreffen. Auf die Stellung Deutschlands in der Welt wird dies Auswirkungen haben, denn Gutes kann nur aus einer Position der eigenen Stärke heraus bewirkt werden. Die sich verschärfenden Konfrontationstendenzen auf globaler Ebene haben derzeit ein neues Niveau erreicht. Diesen Trend gilt es zu durchbrechen, wenn die Aufgaben, vor denen wir alle gleichermaßen stehen, bewältigt werden sollen. Dazu gehören nicht nur die Bekämpfung der Corona-Pandemie und des Klimawandels, sondern auch der Kampf gegen Hunger und Armut auf der Welt. Wir benötigen mehr Kooperation statt Konfrontation, eine neue Blockbildung in unserer Welt kann nicht in unserem Interesse liegen, denn ein ‚Ende der Globalisierung‘, wie es manche Stimmen bereits heraufbeschworen haben, ist im globalen Süden nicht in Sicht.

Auch sind wir als deutscher Außenwirtschaftsverband der Überzeugung, dass die abrupte Entkopplung von über Jahrzehnte aufgebauten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit verschiedensten Staaten und Regionen der Welt uns nicht zum Vorteil gereichen wird – nicht in Deutschland und nicht in Europa.

Sicherlich gibt es Wirtschaftsräume in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, – denken wir beispielsweise an die Staaten Mitteleuropas und des Westbalkans – mit denen eine deutlich höhere Dynamik an gemeinsamen Aktivitäten erreicht werden kann. Dies gilt auch für die Länder Zentralasiens und der Kaspischen Region, mit denen sich diese Ausgabe des BWA-Journals eingehender beschäftigt. Die Märkte der arabischen Welt, Afrikas, Lateinamerikas und Süd- sowie Südasiens sollten wir auch nicht vergessen. In allen genannten Regionen verfügt Deutschland nach wie vor über eine hervorragende Reputation, die mit den passenden Zugängen, wie sie der BWA seinen Mitgliedern eröffnet, eine geeignete Grundlage für unternehmerische Erfolge bietet.

Der Blick aus dem Ausland auf den Alltag in Deutschland offenbart aber auch eine gravierende Differenz von Selbsteinschätzung und Fremdwahrnehmung. Unser Land wäre gut beraten, die derzeitige Empörungskultur und Polarisierung im Inneren zu überwinden und anderen Ländern und Kulturen mit einer interessierten Neugier zu begegnen, die bereit ist, vom Anderen zu lernen, anstatt dem Anderen nur belehrend und beurteilend entgegentreten.

Michael Schumann



Michael Schumann ist Vorstandsvorsitzender des BWA. 2006 in den BWA-Senat berufen, gehört er dem Vorstand des BWA bereits seit 2013 an. Schumann war mehr als 15 Jahre lang in den Bereichen Politikberatung, Public Affairs und Public Relations tätig und hatte leitende Positionen in verschiedenen Agenturen, Wirtschafts- und Medienverbänden inne, bevor er 2010 für mehrere Jahre nach China ging, wo er politische Institutionen, kommunale Entscheidungsträger und große Unternehmen bei ihrer Internationalisierung beriet und nach Deutschland führte. Er setzt sich seit vielen Jahren für die deutsch-chinesische Freundschaft ein, und übernahm den Vorstandsvorsitz des BWA im April 2018.

Der BWA schaut 2023 auf sein 20-jähriges Bestehen zurück. In dieser Zeit wurden zahlreiche Brücken zu guten Geschäften zwischen Ländern und Kulturen, vor allem aber zwischen Menschen, erbaut und gefestigt. Daran werden wir, unbeirrt von den nicht immer rationalen Launen des Zeitgeistes, auch weiterhin arbeiten – pragmatisch, konstruktiv und verantwortungsbewusst. Ich wünsche Ihnen viel Freude und interessante Einblicke bei der Lektüre unseres Journals sowie persönliches und geschäftliches Wohlergehen. Bleiben Sie uns gewogen!

*Ihr Michael Schumann*  
Vorstandsvorsitzender

# „Der Westen hat nicht zugehört“

Interview mit BWA-Ehrenpräsident Dr. h.c. Lothar de Maizière

Dr. h.c. Lothar de Maizière



Bild: Henryk Plötz

BWA-Ehrenpräsident Dr. h.c. Lothar de Maizière, Rechtsanwalt und CDU-Mitglied, war von April bis Oktober 1990 der erste demokratisch gewählte und zugleich der letzte Ministerpräsident der DDR. In dieser Funktion verhandelte er den Zwei-Plus-Vier-Vertrag zwischen Deutschland und den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs mit.

Die Kriesslogik Putins ist nicht zu rechtfertigen, aber seine Sicht, vom Westen nicht ernstgenommen zu werden, wird in Russland von vielen geteilt. Lothar de Maizière erklärt im Cicero-Interview seinen Versöhnungsansatz für gescheitert, meint aber auch: Man hätte die russischen Interessen mit einbeziehen müssen.

**Herr de Maizière, Wladimir Putin greift die Ukraine an und bringt Krieg zurück nach Mitteleuropa. Haben Sie damit gerechnet?**

Durch die Entwicklungen in den zurückliegenden Jahren habe ich eine solche Eskalation befürchtet!

**Sie haben 1990 den Zwei-Plus-Vier-Vertrag zwischen Deutschland und den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs für die DDR mitverhandelt und in Moskau persönlich unterzeichnet. Der Vertrag verstand sich als „Beitrag zur Friedensordnung in**

**Europa“. Inwieweit haben Sie sich vorstellen können, dass Russland wieder zum Aggressor werden könnte?**

Was heißt „wieder zum Aggressor“? Mit der deutschen Einheit ging der Kalte Krieg zu Ende. Es gab sogar Historiker, die glaubten, dass wir am Ende der Geschichte angelangt sind. So naiv war ich damals nicht, aber tatsächlich war ich voller Hoffnung, dass die Welt friedlicher wird.

**Wurde damals der russischen Seite zugesichert, dass es eine Osterweiterung der Nato nicht geben werde?**

Ich weiß, dass der bundesdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse mündlich eine solche Zusage machte.

**Wurde es damals versäumt, eine europäische Friedensarchitektur jenseits der Nato zu schaffen, die Russland mit einbezieht?**

Die Sicherheit Russlands stand nicht im Fokus der Gespräche. Die Russen haben hierzu nichts vorgetragen und auch keine Einbeziehung dieser Fragen in die Zwei-Plus-Vier-Gespräche gefordert.

**Ist der Westen in den zurückliegenden Jahrzehnten – auch wenn dies in keiner Weise eine Rechtfertigung für einen Angriffskrieg wäre – zu wenig auf die Sicherheitsinteressen Russlands eingegangen?**

Putin wurde nicht müde, immer wieder seine eigenen Interessen zu erklären und eine russische Sichtweise vorzutragen, doch der Westen hat nicht zugehört. Der Westen hat sich zu wenig um die russische Sicht gekümmert, weil er sie nicht wahrhaben wollte.

**Sie sind mit vielen Russen auch freundschaftlich verbunden, waren es auch mit dem ehemaligen Präsidenten Michail Gorbatschow. Wieviel Verständnis gibt es für die Kriesslogik Putins?**

Ich habe kein Verständnis für die Kriesslogik Putins. Aber die Russen, die ich kenne und mit denen ich spreche, sind überwiegend der Meinung, sie werden im Westen

nicht wirklich ernst genommen, ihre Sorgen werden nicht gehört. Und diese russische Sichtweise wird eben nicht nur von Putin und seinem Umfeld vertreten, wie manche im Westen meinen. Sondern weite Kreise der russischen Gesellschaft denken so, dass Russland mit seiner Weltsicht mehr Respekt verdient habe und seine Lebensweise auch verteidigen müsse.

**Sie waren Vorsitzender des von Gerhard Schröder und Putin ins Leben gerufenen Petersburger Dialogs zur Verständigung mit Russland – und wurden von Bundeskanzlerin Merkel abgesetzt. Waren Sie im Nachhinein gesehen doch zu verständnisvoll gegenüber Putin?**

Ich glaube, ich war tatsächlich damals zu gutgläubig gegenüber Russland. Ich schätze und liebe Russland, die Menschen und die russische Kultur. Aber mein Versöhnungsansatz wurde letzten Endes verraten. Ich habe das Gefühl, Russland verhält sich wie eine gekränkte Geliebte. Trotz allem muss man diese vielleicht auch befremdlichen Befindlichkeiten in alle Überlegungen mit einbeziehen.

**Was für einen persönlichen Eindruck haben Sie von Putin? Wäre er wirklich zu besänftigen gewesen?**

Aus heutiger Sicht kann ich sagen, er wäre wohl nicht zu besänftigen gewesen. Er will sich offensichtlich mit seinem kriegerischen Handeln ein Denkmal setzen.

**Was empfehlen Sie der Bundesregierung jetzt?**

Es ist nicht meine Aufgabe, der Bundesregierung Empfehlungen zu geben.

*Dieses Interview erschien unter dem Titel „Russland und der Ukraine-Krieg - Der Westen hat nicht zugehört“ als Erstveröffentlichung bei Cicero Online.*

*Die Fragen stellte Volker Resing. Der BWA dankt der Cicero-Redaktion für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.*

# Die Zeitenwende und ihre Folgen

Ein Standpunkt von BWA-Ehrensator Prof. Dr. Lothar Abicht

Prof. Dr. Lothar Abicht



Prof. Dr. Lothar Abicht ist seit 2013 Ehrensator des BWA. Der habilitierte Pädagoge lehrte als Honorarprofessor für Erwachsenenbildung an der TU Chemnitz und wirkte fast 30 Jahre als Mitarbeiter bzw. geschäftsführender Gesellschafter in einem privaten Forschungsinstitut. In den 1980er und 2000er Jahren weilte er z. T. länger beruflich in Russland und erhielt den Ehrendokortitel einer russischen Universität. Aktuell leitet er als wissenschaftlicher Direktor den Cryco Think Tank for Future Studies in Düsseldorf.

Das Udenkbare ist geschehen. Mit dem auf Befehl von Präsident Putin erfolgten Überfall der russischen Armee auf die unabhängige Ukraine wurde ein Tabubruch Wirklichkeit, den sich in Deutschland und Europa kaum jemand vorstellen konnte. Es ist Krieg in Europa! Menschen sterben oder sind auf der Flucht. Städte werden zerstört und verlieren ihre Funktionsfähigkeit. Menschen, vor allem Kinder und Frauen, müssen sich in Kellern verstecken und fürchten dort um ihr Leben. Der Überfall erfolgte nach wochenlangen Dementis einer solchen Absicht. Die demokratischen Staaten der Erde haben sich in seltener Einigkeit zusammengeschlossen, um den Aggressor zu stoppen. Wohl wissend, dass es sich dabei um eine der stärksten Militärmächte der Erde handelt, die mit ihren Atomwaffen in der Lage wäre, in Minuten das Leben auf

dem Planeten auszulöschen. Die westliche Staatengemeinschaft versucht in kürzester Zeit wettzumachen, was in der Hoffnung auf Einfahren einer Friedensdividende seit 1990 versäumt wurde.

Was steht aber hinter dem Überfall und dem Krieg, dessen Auswirkungen wir zumindest während des Schreibens dieses Artikels nicht überschauen können? Die Suche nach den Ursachen ist wichtig. Nicht nur um die aktuelle Situation zu verstehen. Aus den Antworten – so unscharf sie heute auch noch sein mögen – lässt sich auch vieles für die Zukunft ableiten. Russland fordert von der Ukraine im Grunde die Selbstaufgabe. Territorien wie die Krim und die „Volksrepubliken“ im Donbass sollen Russland angegliedert werden. Mit den Begriffen „Entnazifizierung“ und „Entmilitarisierung“ wird ein Regimewechsel umschrieben, der die Ukraine zum Vasallen Russlands machen würde.

Weil die NATO auf diesem Weg stört, wurde sie von der russischen Führung in Fortsetzung der sowjetischen Tradition zum Hauptfeind erklärt. Sie soll sich, so die von manchen im Westen lange unterstützte Forderung, auf die Standorte im Jahr 1997 zurückziehen. Damit wären die ehemaligen Mitglieder des Warschauer Paktes den gleichen Gefahren ausgesetzt, wie sie heute die Ukraine erlebt. Um genau das zu verhindern, haben diese osteuropäischen Länder seit Auflösung des Warschauer Paktes mit großer Vehemenz den Beitritt zur NATO angestrebt. Sie wussten aus langjähriger Erfahrung, was ihnen bevorstehen kann und haben das auch immer laut und deutlich gesagt. Ihnen nicht ausreichend zugehört und die Warnungen über eine zunehmende Verschärfung der russischen Politik nach innen und außen ignoriert zu haben, war vielleicht das größte Versagen des Westens. Selbst der Einmarsch russischer Streitkräfte in Georgien 2008 und die Annexion der Krim sowie die Besetzung des Donbass 2014 konnten daran nichts Substanzielles ändern. Grundlage ist eine Entwicklung Russlands, die gerade Menschen wie ich, die aus dem persönlichen Erleben eine starke Verbundenheit zu dem Land entwickelt haben, oftmals einfach nicht wahrhaben wollten. In der Zeit Gorbatschows und in den 2000er Jahren war ich oft in Russland und hatte intensive wissenschaftliche Kontakte mit Partnern, die bis zur Verleihung der Ehrendoktorwürde

einer russischen Universität führten und bis heute anhalten. Ich bin erschüttert, was die Autokraten und Oligarchen im Zusammenwirken mit willigen Bürokraten aus dem Land gemacht haben. Hinzu kommt ein stark ausgeprägter Nationalismus, der in der Vorstellung von Großrussland, umgeben von Satellitenstaaten, gipfelt. Ein gemeinsamer externer Feind – konkret die NATO und die USA – dient der Aktivierung eines Gemeinschaftsgefühls, welches die Reihen bei äußeren Bedrohungen schließt. Das alles wird durch einen ausgeklügelten Propagandaapparat von den staatlich kontrollierten Medien selbst im Internetzeitalter mit seinen alternativen Informationsmöglichkeiten effektiv und erfolgreich verbreitet.

Diese ideologische und machtpolitische Basis macht es möglich, wie zur Zarenzeit militärische Mittel zur Aufrechterhaltung der Hegemonialansprüche einzusetzen. Was die Situation aber besonders gefährlich macht, ist die Machtkonzentration in der Person des Präsidenten. Vermutlich hat kein Staatsmann der Sowjetunion seit Stalin so wenig Kraft und Aufmerksamkeit auf Check und Balance aufwenden müssen, wie Putin. Es scheint fast so, als gäbe es für ihn nur noch die Regeln, die er selbst aufstellt und je nach Situation beliebig verändert. Das gilt für die Beziehungen zwischen den Völkern ebenso wie für Gestaltung des Lebens in Russland und den Ausbau der Wirtschaft.

Es ist naheliegend, weltweit überall dort mit höchster Aufmerksamkeit hinzuschauen und sich auf extreme Entwicklungen einzustellen, wo ähnliche Machtverhältnisse herrschen. Aus meiner Sicht wird es notwendig sein, dass Unternehmen mehr politische und wissenschaftliche Unterstützung erhalten, um zukünftig viel stärker als heute eine politische Risikoabschätzung ihrer internationalen Wirtschaftskooperationen vornehmen zu können. Das schließt auch eine gewisse Konzentration auf Länder ein, die sich auf einem demokratischen Entwicklungspfad befinden. Natürlich sollte auch der Kontakt zu Diktaturen nicht verloren gehen. Allerdings mit dem nötigen Abstand, um zu verhindern, dass diese die wirtschaftlichen und technologischen Möglichkeiten der deutschen Unternehmen einseitig zu ihrem Vorteil nutzen und Erpressungspotenziale durch überdurchschnittliche Marktabhängigkeit aufbauen.

# Europa neu bauen!

## Eine Perspektive aus Österreich

Dr. Christoph Leitl



Dr. Christoph Leitl ist Präsident der Europäischen Bewegung Österreich (EBÖ). Er wurde 1949 in Linz geboren. Nach Abschluss des Wirtschaftsstudiums wirkte er als Geschäftsführer der Bauhütte Leitl-Werke. Von 1990 bis 2000 war er Wirtschaftslandesrat und stellv. Landeshauptmann von Oberösterreich. Im Juni 2000 wurde er zum Präsidenten der Wirtschaftskammer Österreich gewählt. 2018 wurde Leitl zum zweiten Mal Präsident von EUROCHAMBRES und vertrat bis 2022 die Interessen von 20 Mio. europäischen Unternehmen mit 120 Mio. Mitarbeitern. Seit 2022 ist er Ehrenpräsident von EUROCHAMBRES. Leitl war mehrere Jahre Gastprofessor an der Wirtschaftsuniversität Wien und hält zahlreiche internationale Gastvorlesungen.

Wir waren stolz auf Europa. Auf das bewährte Friedensmodell, die scheinbare Sicherheit, den spürbaren Wohlstand. Nie ist es Europa in seiner Geschichte besser ergangen. Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine hat sich plötzlich alles verändert. Bedrohliche Gespenster der Vergangenheit sind aufgezo- gen. Unsere Sicherheit, unser Wohlstand, unsere Werte sind in einem Ausmaß bedroht, wie wir uns das vor wenigen Wochen nicht haben vorstellen können. Krieg in Europa

ist zur bitteren Realität geworden. Europa hat angesichts dieser Bedrohungen Einigkeit gezeigt. Aber wird diese Einigkeit den ersten Schock, ausgelöst durch die fürchterlichen Ereignisse, überstehen? Oder würde es in Bedeutungslosigkeit versinken gegenüber Amerika und Asien? Diese Gefahr besteht tatsächlich. Nicht nur bei der Findung einer neuen Friedens- und Sicherheitsarchitektur in Europa, sondern auch nach bei den nach wie vor bestehenden globalen Handlungsfeldern Digitalisierung, Klimakrise, Migration und Finanzspekulation. Nur ein einiges Europa – in welcher Form auch immer – ist ein handlungsfähiges und damit in einer Zeit globaler Probleme an Lösungen mitwirkendes und mitgestaltendes Europa. Wir müssen daher der Gefahr einem der Bedeutungslosigkeit ausgesetzten Europa etwas entgegensetzen. Wir müssen Europa neu bauen.

*Folgende Gedanken dazu:*

### 1. Institutionelle Reformen

Der Zwang zur Einstimmigkeit in wichtigen Fragen der Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik auf der einen Seite sowie der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf der anderen Seite lähmt Europa. In der Demokratie entscheiden Mehrheiten, in wichtigen Fragen qualifizierte Mehrheiten. Dies braucht Europa, sonst wird es erpressbar und handlungsunfähig. Es braucht auch eine Aufwertung des Ausschusses der Regionen und des institutionalisierten sozialen Dialogs im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Eine Stärkung der Demokratie könnte durch eine Hebung der Wahlen zum Europäischen Parlament von der nationalen auf die europäische Ebene gelingen. Europäische Parteien, eine europäische Regierung, ausgestattet vor allem mit einer Koordinationskompetenz in wichtigen Fragen wie zB Sicherheit und Gesundheit, wären anzudenken. Eine Direktwahl des Präsidenten oder der Präsidentin würde die Legitimität, das Ansehen und die Gestaltungskraft dieser Persönlichkeit wesentlich erhöhen. Diese sollte den Vorsitz sowohl im Europäischen Rat als auch in der Europäischen Kommission haben. Dann weiß man endlich auch, welche Telefonnummer man wählen muss, wenn man mit Europa sprechen will (frei nach Henry Kissinger).

Europa steht im Wettbewerb der Systeme. Im Jahr 2049 feiert China sein Einhundertjahr-Jubiläum der Mao-Revolution, der Europarat sein Einhundertjahr-Jubiläum seiner fundamentalen Demokratie-, Freiheits- und Menschenrechte. China und andere Staaten sind unterwegs, um mit autoritären Verhaltensweisen in einer schnelllebigen Zeit rasch auf neue Herausforderungen zu reagieren, während wir Europäer allzu oft in Uneinigkeit verharren. So werden wir den Wettbewerb der Systeme, the competition of governance, nicht gewinnen.

### 2. Die Reform im Bereich von Wirtschaft, Wissenschaft und Innovation

Einer der großen Erfolge Europas ist die Erweiterung des Erasmus Programmes. Ein wichtiger Schritt für einen europäischen Bildungs- und Innovationsraum. Qualifikation und Innovation, Kreativität und die Fähigkeit zur Kooperation könnten die großen Stärken Europas in der Zukunft sein. Ein halbes Jahrhundert war Strasbourg ein Zeichen der europäischen politischen Versöhnung. Warum könnte es nicht im kommenden halben Jahrhundert ein Zeichen für Wissenschaft, Forschung und Innovation sein? Aus- und Weiterbildung, die Verknüpfung beruflicher und allgemeiner Bildung, lebenslanges Lernen als Antwort auf digitale Veränderungen und eine alternde Bevölkerungsstruktur wären dringend erforderlich. Europas Wettbewerbsstärke beruht auf dem europäischen Binnenmarkt. Dieser ist das Rückgrat des Wohlstandes Europas. Dieser Wohlstand ist heute zur Selbstverständlichkeit geworden, die oft in Selbstzufriedenheit mündet. Wir übersehen, wie andere Kontinente hungrig, dynamisch und damit herausfordernd sind. Die Neuverteilung des Wohlstandskuchens weltweit ist in vollem Gange. Die Vollendung des Binnenmarktes in den Bereichen Digitalisierung, Energie, Banken und Unternehmensfinanzierung, insbesondere von Gründern und Wachstumsunternehmen, ist daher ebenso eine Notwendigkeit wie eine Kooperation dieses europäischen Binnenmarktes mit allen anderen Märkten dieser Welt. Europa braucht raschere und stärkere Verknüpfungen. Diese führen zu wirtschaftlichen und sozialen Erfolgen und bringen auch die Chance ökologischer Kooperation, die wir



so dringend benötigen. Die Seidenstraße ist eine Strategie, die von China ausgeht. Eine kluge Strategie, die erste Erfolge zeitigt. Die ein Netzwerk an Verbindungen über Asien, Afrika und künftig auch Lateinamerika spannt. Und was machen wir Europäer? Wo liegt unsere Strategie? Wie gehen wir mit Afrika um, mit diesem Kontinent vor unserer Haustür, bei dem historische Schuld, gegenwärtige Verantwortung und künftige Kooperationschancen gleichermaßen gegeben sind?

### 3. Reform im Sicherheitswesen

Wie gehen wir mit Migration um? Sehen wir darin primär Chancen oder vorrangig Bedrohungen? Welche Ziele haben wir dazu? Welche Maßnahmen setzen wir dabei? Es ist eine Schande, wie wir in der Asylfrage Länder wie Italien oder Griechenland alleine stehen lassen. Ein Asyl- und Migrationskonzept liegt immer noch nicht vor. Im Gegenteil: Aus innenpolitischen Gründen erfolgen kurzfristige Polarisierungen, die langfristige Problemlösungen erschweren. Statt Zuteilung von Quoten, wie es derzeit diskutiert wird, könnten doch Integrationsförderungen aus europäischen Töpfen erfolgen. Geförderte Freiwilligkeit statt verordneter Zwang! Emmanuel Macron hat einen Sicherheitsrat für Europa vorgeschlagen. Eine faszinierende Idee, die jedoch zu keiner weiterführenden Diskussion geschweige denn zu Antworten geführt hat. Dabei wäre es eine spannende Idee, auf einer informellen Plattform des Europarates Sicherheitsfragen für Europa zu besprechen. Auch die OSZE könnte, sollte und müsste einen Beitrag dazu leisten. Damit könnte man einen Dialog initiieren, der vertrauensbildend und schließlich auch problemlösend wirken könnte. Wir kommen um eine Koordination der europäischen

Sicherheit, nicht nur der militärischen, auch der polizeilichen und zivilen (Stichwort Cyberkriminalität) nicht herum. Wo sind die Sicherheitskooperationen verbindet, wäre das ein attraktiver Ansatz. Und natürlich leuchtet noch aus ferner Zeit die Idee des Michail Gorbatschow, ein weltweites Sicherheitssystem gegen Terrorismus und Atomwaffen zu schaffen. Eine Illusion oder eine Notwendigkeit? Wir haben eine Diskussion über die Zukunft Europas. Dieses Projekt wird jetzt erst richtig spannend. Bedrohungen von außen haben immer beschleunigend auf die Weiterentwicklung Europas gewirkt. Diese Diskussion um seine Zukunft kommt daher für Europa just in time. Machen wir etwas daraus!

### 4. Reform des Währungs- und Steuersystems

Der Euro ist eine bedeutende Währung. Er hat sich in den zwei Jahrzehnten seines Bestehens entgegen manch düsteren Prognosen hervorragend gehalten. Aber den Schritt zur Weltwährung hat der Euro noch nicht vollzogen. The Dollar makes the world go round, ein Gutteil der amerikanischen Macht ist der Stärke seiner Währung zu verdanken. Könnte Europa die eingangs genannte institutionelle Reform schaffen, wäre auch die Weiterentwicklung des Euro zu einer neben dem Dollar fix verankerten Weltwährung mit allen positiven Auswirkungen durchaus möglich.

Fair Taxation ist ein zentraler Punkt des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells. Großbetriebe haben durchaus kreative und dazu noch legale Ideen der Steuervermeidung entwickelt, auf kleinen und mittleren Betrieben bleibt die große Steuer- und Abgabenlast überwiegend hängen. Der wachsende elektronische

Sektor entzieht sich überhaupt überwiegend einer fairen Besteuerung. Und außerhalb jeglichen Kontrollmechanismus agieren die weltweiten Finanztransaktions- und -spekulationssysteme, die heute schon das Einhunderfache der weltweiten Warenströme ausmachen. Wir haben zwar eine G20, aber sie ist weit davon entfernt, diesbezüglich nachvollziehbare und wirksame Initiativen zu setzen.

Europa braucht ein neues, ein faires Steuersystem. Dann kann sich in Verbindung mit weniger Bürokratie und oft lähmenden Regulierungen ein neuer Unternehmerteil mit neuen Wirtschaftsperspektiven als Basis künftigen Wohlstands entwickeln.

### 5. Eine Reform der europäischen Wertekommunikation

Wir Europäer sind zurecht stolz auf unser Wertefundament. Und wir wollen mit keinem anderen System tauschen. Ist es aber richtig, andere ständig zu belehren, zu ermahnen und gegebenenfalls auch zu sanktionieren, wenn sie unseren Wertvorstellungen nicht entsprechen? Vergessen wir die historischen Hintergründe und unterschiedlichen Entwicklungen, die andere Länder, Kontinente und Kulturen hinter sich haben? Es kommt mir manchmal sehr arrogant vor, wie wir Europäer uns benehmen. Es erinnert mich an einen geistigen Imperialismus.

Leben wir unsere Werte. Beginnen wir im eigenen Haus mit Dialog, Verständnis und der Suche nach stärkerer Gemeinsamkeit. Und dann lassen wir diese Prinzipien hinaus in die Welt strahlen. Dann erst wird Europa wahrgenommen als echter Partner, als Kontinent, der aus seiner unseligen imperialistischen Vergangenheit Lehren gezogen hat und der Partnerschaft, Respekt und Toleranz lebt im Umgang mit der Welt.

# Die künftige Energiepolitik

## Neue Weichenstellungen nach der Zeitenwende

Prof. Dr.-Ing. Martin Neumann



Prof. Dr.-Ing. Martin Neumann wurde am 27. Januar 1956 in Vetschau geboren. Seine politische Karriere begann er als Verkehrsausschussvorsitzender des ersten Brandenburger Landtages (1990-1994). Er war Mitglied des 17. und 19. Deutschen Bundestages und zuletzt Sprecher für Energiepolitik der FDP-Bundestagsfraktion sowie ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Derzeit ist er stellv. Landesvorsitzender der FDP Brandenburg und emeritierter Professor für technische Gebäudeausrüstung.

Vieles was vor dem 24. Februar 2022 als Maßstab in der deutschen Energiepolitik galt, muss in Anbetracht der aktuellen geopolitischen Lage neu bewertet werden. Die Szenarien des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung – idealerweise bis 2030 – und die Abschaltung der letzten noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke – alles Makulatur?

Klar ist: Der Krieg Putins in der Ukraine offenbart, dass eine Neuausrichtung der Energiepolitik nun zügiger erforderlich ist – es müssen vor allem viele bisher sicher geglaubte Wege verlassen werden. Eine stärker werteorientierte Ausrichtung unserer Energiepolitik ist eine der großen Herausforderungen. Die Rohstoffe dieser Welt liegen zum großen Teil nicht unter dem Boden demokratischer Strukturen und haben sich durch den Krieg gegen die Ukraine nicht verändert.

Hinzukommt, dass Deutschland bisher, aber auch in Zukunft nicht autark sein wird. Deutschland ist also auch in Zukunft regelmäßig auf rund 70 % Energieimporte angewiesen. Durch Putins Krieg gegen die Ukraine hat sich diese Situation nicht verändert. Mindestens genauso wichtig wie die Absicherung unserer Energieversorgung ist die Rückkehr zu einem Dialog auf Augenhöhe. Die Kooperation mit Russland im Bereich der Energieversorgung war auch für uns sehr vorteilhaft und ist nicht der Grund des aktuellen Konfliktes. Der Krieg in der Ukraine verändert (fast) alles und offenbart Fehler und politische Fehleinschätzungen der Vergangenheit bei der Struktur, Gestaltung und Entwicklung der nationalen Energieträgerstruktur. Die Sanktionen gegen Russland sind zurzeit wahrscheinlich zumindest teilweise wirksam. Aber zu oft zeigen Sanktionen – wie am Beispiel von Nordkorea, Venezuela oder dem Iran – dass diese nicht zu den erhofften Ergebnissen führen. Nur als wirtschaftlich starkes Land kann Deutschland in der EU maßgeblich zu Sicherheit und Stabilität in Europa und der Welt beitragen. Voraussetzung für wirtschaftliche Stärke ist eine bezahlbare und sichere Energieversorgung.

Versorgungssicherheit, Verfügbarkeit, bezahlbare Kosten und Wirtschaftlichkeit sowie die Verminderung der Treibhausgasemissionen, können und müssen durch echte Technologieoffenheit in der Energieversorgung und breite Diversifikation beim Energieträgerimport erreicht werden. Es sind Entscheidungen zu treffen, um die Abhängigkeit von – insbesondere russischen – Energieimporten deutlich zu verringern. Wieviel Energie lässt sich schon dadurch einsparen, wenn eine Heizungsanlage richtig eingestellt wird. Beim sogenannten hydraulischen Abgleich einer Heizungsanlage kann bis zu 40 % der Energie eingespart werden, ohne dass es zu Komforteinbußen kommt. Und das auch noch für relativ wenig Geld. Aber auch im Umgang mit Heizungsanlagen fehlt es beim Nutzer oft an einfachen, aber notwendigen Informationen. Wenn ich in Deutschland ein Bügeleisen kaufe, bekomme ich eine umfangreiche Gebrauchsanweisung – warum nicht als Mieter oder Eigentümer eine angemessene Information zum Umgang mit der Heizungsanlage? Die Palette sinnvoller Maßnahmen lässt sich deutlich verlängern. Der Primärenergieverbrauch Deutschlands betrug 2021 etwa 12.193 Petajoule.

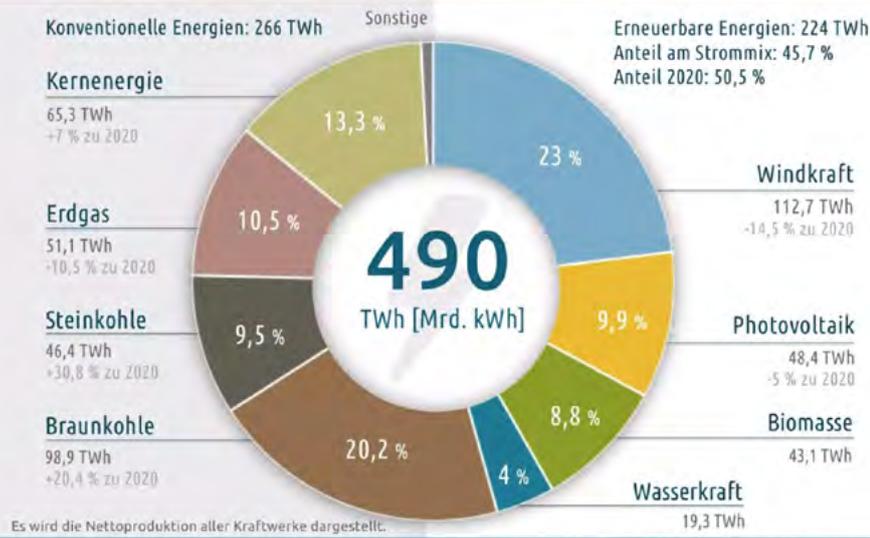
### Primärenergieverbrauch nach Energieträgern.

Wie geht es weiter, nachdem Russland die Lieferungen nun tatsächlich eingestellt hat und einfach andere Dinge passieren, die zuvor nicht für möglich gehalten wurden? Der Blick auf konkrete Zahlen zeigt die Zusammenhänge klar und deutlich. Die bisherigen Importe aus Russland lagen 2021 für Steinkohle bei 50 %, bei Uran nahezu bei 100 %, bei Mineralöl bei fast 50 % und bei Erdgas bei 55 %. Wenn wir jetzt wissen, dass große Mengen von nur einem Lieferanten große Probleme schaffen können, dann lohnt sich immer darüber nachzudenken, Importquoten aus einer Bezugsquelle zu begrenzen. Ich habe zuletzt Diskussionen erlebt – sind es nun zehn oder 20 – vielleicht sogar 30 Prozent von einem Lieferanten? Wichtig bleibt die Frage, wer liefert und ist der Lieferant zuverlässig. Hier brauchen wir eine stärkere Werteorientierung.

Erdgas ist der Energieträger, der für Industrie und Haushalte, für Prozesswärme aber auch für Gebäudeheizung und vieles andere eine besondere Bedeutung hat. Sind wir doch alle bisher davon ausgegangen, dass Erdgas als Brücke zur Grundlastfähigkeit alternativer Energien dienen wird. Als Brücke zu modernen Wasserstofftechnologien. War es Naivität, Fahrlässigkeit oder einfach nur Politikversagen? Russland hat immer, auch in Zeiten des Kaltenkrieges, zuverlässig geliefert sagen viele, die die jetzige Situation bis zum 24. Februar 2022 nicht für möglich gehalten haben. Brauchen wir jetzt nicht eine Inventur der real verfügbaren Energieträger auf der einen Seite und der Energiebedarfe von Wirtschaft und Verbrauchern auf der anderen Seite? Wir brauchen jede kWh – deshalb ist es mehr als absurd, verfügbare Leistungen einfach abzuschalten. Das betrifft auch die drei noch am Netz befindlichen AKWs. Es braucht Lösungen, wie die nationale Energieträgerbasis in Sachen Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz gestärkt und ausgebaut werden kann. Sehr spannend ist deshalb die Frage, wo in den Haushalten, aber auch in der Industrie Erdgas in der Anwendung bei Fernwärme, in der Industrie und im Stromsektor wirtschaftlich sinnvoll reduziert werden kann. Wie stellt sich nun die aktuelle Situation konkret dar?

## DER STROMMIX IN DEUTSCHLAND 2021 [NETTO]

Anteil der Energieträger an der Stromerzeugung



Daten: Fraunhofer ISE 2021

<https://strom-report.de/strom>

STROM-REPORT

Parallel zum Ausbau der Erneuerbaren Energien sollen u.a. alle deutschen Kohlekraftwerke planmäßig bis spätestens 2038 stillgelegt werden. Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung ist die Rede von einem – idealerweise – Ausstieg bereits 2030. Im Moment ist aber kaum etwas ideal. Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit war der Ausbau von wetterunabhängigen Gaskraftwerken vorgesehen, die langfristig mit Biogas oder Wasserstoff, übergangsweise aber auch mit Erdgas (mit/ohne CCS) betrieben werden sollen. Sollten Biogas, Wasserstoff und Erdgas oder die erforderlichen Kraftwerkskapazitäten nicht rechtzeitig in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, ist ein vorübergehender Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken und den verfügbaren AKW einzuleiten. Hierzu ist rechtzeitig und regelmäßig eine Überprüfung zuverlässiger Brennstoffversorgung vorzunehmen.

### Wärmeversorgung von Haushalten und Industrie

Während eine Umstellung der Stromversorgung ob der ohnehin stattfindenden Energiewende relativ einfach möglich scheint, ist eine Umstellung der sehr kleinteiligen und maßgeschneiderten Wärmeversorgung nur langfristig zu realisieren. Circa 50 % des Wohnungsbestandes wird vor Ort mit Erdgas und etwa 25 % mit Heizöl beheizt. Für eine Umstellung wäre in der Regel ein neuer Kessel oder eine Therme zu installieren. Dieser Prozess betrifft Haus- und Wohnungsbesitzer, die durch geeignete Maßnahmen, unterstützt

werden sollten, um den Erdgasverbrauch zu reduzieren und die Effizienz insgesamt zu steigern. Dazu gehört u.a. eine objektbezogene und ganzheitliche Energieberatung. Wesentlich ist, dass in jedem Fall Investitionssicherheit gewährleistet wird. Der Energiemix der Zukunft wird also von einer Vielzahl von Faktoren abhängig sein. Dabei sollten wir von ideologischen Grundsatzentscheidungen wegkommen und die Themen Effizienz, Verbrauch und Sicherheit stärker in den Fokus rücken. Nicht nur in diesem Punkt hat sich die Bundesregierung in der 19. Legislaturperiode zu sehr an planwirtschaftlichen Ausbauzielen orientiert und dementsprechende, sehr wohlwollende Betrachtungen über künftige Strommengen angestellt. Dabei ist schon jetzt deutlich, dass der Stromverbrauch in Zukunft steigen wird: Laut Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums sollte der Strombedarf 580 Terawattstunden im Jahr 2030 betragen; mittlerweile – nach einer korrigierten Prognose – wird von 655 Terawattstunden ausgegangen. Doch woher sollen diese zusätzlichen 15 % künftig kommen? Offenbar entsteht eine Stromlücke, die geschlossen werden muss, was nicht leicht fällt angesichts des beschlossenen Kohleausstiegs bis 2038 und des Endes der Kernenergieerzeugung. Das sind knapp 48 Gigawatt Leistung, die so ersetzt werden müssen, dass die daraus eingesparten CO<sub>2</sub>-Emissionen dauerhaft wegfallen. Noch nicht gänzlich vom Tisch ist der endgültige Ausstieg aus der Kernenergieerzeugung – wir brauchen jede kWh, sagte doch der

zuständige Minister. Der reine Zubau weiterer Kapazitäten durch erneuerbare Energien allein wird jedoch kaum genügen – vor allem wenn der Strombedarf kontinuierlich steigt. Die Bundesregierung hat hier mit Windkraft und Sonnenenergie viel zu lange nur auf zwei Energieträger gesetzt, ohne verstärkt den Blick auf Innovationen, zum Beispiel die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung (CCS), und alternative Energieträger wie Wasserstoff zu richten. Grundsätzlich fehlt von Anfang an die Systemik in der Energieversorgung: Energieumwandlung – Transport/Speicherung – Nutzer. Ich bin davon überzeugt, dass angesichts einer immer volatileren Stromerzeugung Wasserstoff als Speichertechnologie für Wind- und für Sonnenenergie einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten kann. Es benötigt gleichzeitig ausreichend Backup Kapazitäten. Gleichzeitig ist mir bewusst, dass Wasserstoff nicht als alleiniger Heilsbringer fungieren kann. Wünschenswert wäre aus liberaler Sicht eine ganzheitliche Planung des künftigen Energiesystems und im Sinne der Sektorenkopplung eine integrierte Planung von Strom-, Gas- und Wasserstoffnetzen. Denn nur, indem wir alle Energiepotenziale ausschöpfen und Technologieoffenheit auch wirklich verfolgen, werden wir die Energiewende erfolgreich gestalten. Das bedeutet, Wasserstoff überall dort einzusetzen, wo Effizienz auf Potenzial trifft. Vor dem Hintergrund der Pariser Klimaziele und des europäischen „Green Deal“ kann aus meiner Sicht Wasserstoff künftig eine entscheidende Rolle spielen, um Klimaschutz und Wohlstand zu verbinden. Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes ist und bleibt aber bezahlbarer Strom. Der Strompreis in Deutschland hat sich, mit Ausschlägen nach oben, auf einem Allzeithoch eingependelt und steigt weiter – ein Zustand, der nicht nur den Industriestandort, sondern auch Privathaushalte massiv belastet. Was also muss jetzt getan werden? Ich bin der Auffassung, dass in der laufenden Legislaturperiode energiepolitisch entscheidende Weichen gestellt werden müssen. Denn wir werden Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz nicht erreichen, indem wir nur auf erneuerbaren Strom in Deutschland setzen. Unser Ziel ist ein bezahlbarer, klimafreundlicher, sicherer und vor allem ökonomisch sinnvoller Energiemix. Wir brauchen eine Energiepolitik, die auf Innovation, Wettbewerb und hohe gesellschaftliche Akzeptanz setzt – nur so gelingt uns eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende.

# Ehemaliger französischer Premierminister besucht den BWA

Jean-Pierre Raffarin im Dialog mit deutschen Unternehmern



Anlässlich seines Deutschlandbesuches wurde S.E. Jean-Pierre Raffarin, ehemaliger Premierminister der Französischen Republik, in Begleitung einer Delegation französischer Diplomaten in der Bundesgeschäftsstelle des BWA empfangen. Im Austausch mit dem Vorstandsvorsitzenden Michael Schumann, Bundesgeschäftsführer Urs Unkauf und Mitgliedern des BWA-Senats erörterte der französische Staatsmann, der aktuell das Amt des Sondergesandten von Präsident Emmanuel Macron für die Beziehungen zur Volksrepublik China ausübt, aktuelle Entwicklungen der bilateralen Beziehungen sowie die jüngsten Entwicklungen der europäischen und internationalen Politik.

Ebenfalls wurde die Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich mit China thematisiert. „China ist für Frankreich wie Deutschland ein zentraler Partner bei der Bewältigung globaler Herausforderungen wie der Klimakrise, der Pandemiebekämpfung und der Bekämpfung von Armut.“, so Michael Schumann, Vorstandsvorsitzender des BWA. „Daher gilt es, die Beziehungen zu China als



einer globalen Gestaltungsmacht pragmatisch und konstruktiv aufrechtzuerhalten, was nur durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen gelingen kann. Eine enge Abstimmung zwischen Deutschland und Frankreich ist hierbei unerlässlich – auch und gerade bei der Formulierung einer neuen China-Strategie wie derjenigen, an der die Bundesregierung gegenwärtig arbeitet.“

Abschließend wurde eine zukünftige Arbeitskooperation zwischen der Fondation Prospective Innovation und dem BWA zu Fragen der deutsch-französischen Beziehungen sowie gesamteuropäischen Zukunfts-

fragen vereinbart. „Die deutsch-französische Partnerschaft bildet ein zentrales Fundament des geeinten Europas und sollte auch unter den veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen weiterhin den Mut finden, gemeinsame Impulse zu globalen Fragen innerhalb der Europäischen Union und darüber hinaus auf den Weg zu bringen“, resümierte BWA-Bundesgeschäftsführer Urs Unkauf.

Bei einem gemeinsamen Mittagessen in der „Paris Bar“ fand der Austausch mit Premierminister a.D. Raffarin einen informellen Ausklang in angenehmer Atmosphäre.

# Unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft

BWA engagiert sich für jüdisches Leben in Deutschland



Auf Einladung von Rabbiner Yehuda Teichtal besuchte BWA-Vorstandsvorsitzender Michael Schumann das jüdische Bildungszentrum Chabad Lubawitsch in der Münsterschen Straße in Berlin. Rabbiner Teichtal berichtete von der facettenreichen Bildungs- und Kulturarbeit des jüdischen Zentrums sowie den voranschreitenden Bauarbeiten des Jüdischen Campus, der 2023 eröffnet werden soll. Der Jüdische Campus wird nicht nur ein Symbol für aktives jüdisches Leben in Deutschland darstellen, sondern auch einen Begegnungs- und Erlebnisort für unterschiedliche Veranstaltungsformate und Zielgruppen bieten. Aktuell werden noch Sponsoren für die Ausstattung des Campus gesucht. Rabbiner Teichtal überreichte dem BWA eine Tafel mit einem jüdischen Segensspruch. Michael Schumann bedankte sich im Namen des Verbandes:

*„Das Engagement, die positive Kraft und die wichtige Arbeit von Rabbiner Teichtal sind beeindruckend und eine inspirierende Bereicherung für unsere Gesellschaft. Als*

*BWA haben wir uns stets für unternehmerisches Handeln in gesellschaftlicher Verantwortung ausgesprochen, für den Dialog und das Zusammenwachsen, gegen Hass und Polarisierung. Hier sehe ich zahlreiche Anknüpfungspunkte für gemeinsame Aktivitäten. Ich freue mich bereits sehr auf die Fortsetzung des Austausches und die weitere Zusammenarbeit mit Rabbiner Yehuda Teichtal.“*

Auf Einladung von Rektorin Sara Nachama besuchte BWA-Vorstandsvorsitzender Michael Schumann auch das Touro College Berlin. Die private jüdische Hochschule bietet deutsche und amerikanische Studiengänge in den Fachrichtungen Holocaust Studies, Psychologie und Business Administration an. Im Austausch mit Rektorin Nachama wurden verschiedene Bereiche der Zusammenarbeit mit dem BWA erörtert, darunter eine gemeinsame Veranstaltungsreihe zum interkulturellen Dialog. Der BWA hatte das Touro-College bereits in der Vergangenheit bei Außenwirtschafts-

kontakten unterstützt. Der BWA wird die Aktivitäten des Touro College als renommierter jüdischer Institution in Berlin weiterhin fördern und den konstruktiven Dialog fortführen und ausbauen.



## 6. Deutsch-Chinesischer Automobilkongress

Partnerschaft mit China ist essenziell für die Branche



Unter dem Motto „Kohlenstoffneutralität und grüne Zukunft“ fand am 20./21. September 2022 der 6. Deutsch-Chinesische Automobilkongress in Berlin statt. Mit Vertretern aus der Politik, Wirtschaft und der Automobilindustrie aus beiden Ländern wurden gegenwärtige Makrotrends, Kooperationsmöglichkeiten und gemeinsame Interessen diskutiert. Mehr als 500 Präsenzteilnehmer in Berlin und über 130.000 Onlineteilnehmer aus China nahmen am Automobilkongress teil. Der BWA unterstützte den Kongress erneut als strategischer Partner.

Besondere Gäste waren der Botschafter der Volksrepublik China in Deutschland, S.E. Wu Ken, der Generaldirektor der Behörde zur Investitionsförderung des chinesischen Handelsministeriums, Liu Dianxun, der Gesandte für Wirtschafts- und Handelsangelegenheiten der chinesischen Botschaft in Deutschland, Zhai Qian, und Botschaftsrätin Qiu Yuanling, der Chefexperte und Generalsekretär des China Electric Vehicle Council 100, Zhang Yongwei, der Staatssekretär für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes Berlin, Michael Biel, der Vorsitzende der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag, Bundesminister a.D. Dr. Hans-Peter Friedrich, der ehemalige SPD-Parteivorsitzende und Bundesminister a.D. Rudolf Scharping, BWA-Vorstandsvorsitzender Michael Schumann sowie Prof. Dr. Ferdinand Dudenhöffer, einer der führenden deutschen Automobilexperten und Direktor des CAR – Center Automotive Research.

In der Eröffnungsrede des Kongresses erörterte Botschafter Wu, wie China und Deutschland in den vergangenen 50 Jahren seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen durch wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit voneinander profitiert haben. Die aktuellen geopolitischen Konflikte und die globale Covid19-Pandemie stellten jedoch große Herausforderungen für die deutsch-chinesischen Beziehungen dar, die durch mehr Zusammenarbeit beider Parteien überwunden werden müssten. Die gemeinsame Vision der Kohlenstoffneutralität sei eine wichtige Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit Deutschlands und Chinas. Die chinesische Automobilindustrie lobte Botschafter Wu für die Vertiefung der Zusammenarbeit mit Deutschland.

Der Vorstandsvorsitzende des BWA, Michael Schumann, äußerte in seinem Grußwort ebenfalls aktuelle Gedanken über die deutsch-chinesischen Beziehungen. Die zunehmende Politisierung und Skandalisierung von Wirtschaftskontakten nach China in Teilen der Medien und Politik lägen nicht im Interesse des deutschen Mittelstandes. Investitionen chinesischer Unternehmen der Elektromobilität und der Batterieindustrie in Deutschland leisteten einen wichtigen Beitrag zur Mobilitätswende und seien weiterhin willkommen.

Weitere Beiträge behandelten aktuelle Transformationsprozesse in der Automobilindustrie wie Elektrifizierung, künstliche

Intelligenz und nachhaltige Entwicklung. Fachpodien konzentrierten sich auf Themen wie „Globale Markt- und Wettbewerbsstrukturen in der Ära der neuen Energiefahrzeuge“, „Deutsch-Chinesische Zusammenarbeit und Synergien in der grünen Lieferkette“ sowie „Entwicklung und Innovationskooperation von Automobilunternehmen in Deutschland“

Auf der begleitenden Industrieausstellung zeigten deutsche und chinesische Hersteller wie Great Wall, MG, Aiyways, Xiaopeng, NIO, Opel, Volkswagen, Audi und Porsche aktuelle Modelle. Darüber hinaus gab es Informationsangebote zur industriellen Entwicklung der chinesischen Automobilcluster in Wenzhou und Jiaying, den Partnerstädten des Kongresses.

Bei der Einweihung der Berliner Repräsentanz der China International Investment Promotion Agency (CIIPA) wurde auch die Kongressflagge des Deutsch-Chinesischen Automobilkongresses symbolisch von Deutschland an China übergeben, wo der Kongress das nächste Mal stattfinden wird. Der Kongress bietet eine einzigartige Plattform für die Kontaktpflege, den fachlichen Austausch und die Anbahnung neuer Kooperationsvorhaben der Automobilindustrie zwischen China und Deutschland. Der BWA wird die Veranstaltung auch weiterhin aktiv begleiten.



# NIO eT7

Ready for  
tomorrow.

Die smarte Premium-Limousine.  
Ausgestattet mit der Intelligenz  
von morgen.



Mehr erfahren auf [nio.com/et7](https://nio.com/et7).

## Interview mit S.E. Dr. Mohammad Faisal

Botschafter der Islamischen Republik Pakistan in Deutschland

S.E. Dr. Mohammad Faisal



S.E. Dr. Mohammad Faisal ist seit Juni 2020 Botschafter Pakistans in Berlin, davor war er seit 2017 Sprecher des pakistanischen Außenministeriums. Er absolvierte nach seinem Eintritt in den Auswärtigen Dienst 1995 u.a. Auslandsposten in Tansania, Belgien und Saudi-Arabien. 2015-2020 wirkte er als Abteilungsleiter für Südasiens und die Südasiatische Vereinigung für regionale Kooperation (SAARC). 2013-2015 war er Referatsleiter beim Staatsminister für Auswärtiges, zuvor 2013 stellv. Protokollchef und 2010-2012 als Referatsleiter für die Vereinten Nationen zuständig.

**BWA-Journal:** *Exzellenz, im bilateralen Handel stehen den deutschen Exporten von rund 1,8 Milliarden Euro pakistanische Importe von 1,1 Milliarden Euro gegenüber. Welche Branchen in Ihrem Land sind derzeit für deutsche Unternehmen besonders attraktiv und warum?*

**S.E. Dr. Faisal:** Wir beobachten derzeit sehr interessante Entwicklungen in den Bereichen Energie und Strom, insbesondere im Hinblick auf alternative Energien wie Solar- und Windenergie. Dieser Sektor ist für deutsche Unternehmen sehr attraktiv, und führende Unternehmen wie Siemens verstärken ihre Geschäftsaktivitäten in Pakistan. Neben dem Energiesektor ist hier auch die Landwirtschaft zu nennen. Neue

Technologien für die moderne Landwirtschaft, zum Beispiel durch den Einsatz von Drohnentechnologien, oder in der Automobilindustrie entwickeln sich hier sehr schnell und bieten viele Potenziale, die wir ausländischen Investoren gerne zur Verfügung stellen. Ich möchte Sie auch auf die verschiedenen Sonderwirtschaftszonen, die unsere Regierung eingerichtet hat, aufmerksam machen, die beispielsweise Steuerbefreiung und andere Investitionsförderungsanreize bieten. Wir hoffen, dass wir diese Möglichkeiten in naher Zukunft auf einer Roadshow in Deutschland vorstellen können.

**BWA-Journal:** *Pakistan ist auch eine Atom-macht und ein wichtiger Akteur im Bereich der Sicherheitspolitik. Was sind Pakistans Prioritäten für die regionale Sicherheit in Zentral- und Südasiens?*

**S.E. Dr. Faisal:** Die Sicherheit bleibt eine Frage nicht nur für unser Land, sondern für die gesamte Region. Derzeit ist unsere interne Situation sehr stabil, auch weil wir viel in Sicherheitsmaßnahmen investiert haben. Die Suche nach einer politischen Lösung für Afghanistan ist die entscheidende Frage im regionalen Kontext. Wie unser damaliger Premierminister Imran Khan auf der internationalen Konferenz über die regionale Zusammenarbeit zwischen Zentral- und Südasiens am 16. Juli 2021 in Taschkent zum Ausdruck gebracht hat, ist Pakistan bereit, sich aktiv für diesen Prozess einzusetzen. Im Hinblick auf die Covid-19-Pandemie und die Überwindung dieser globalen Krise müssen wir verstehen, dass niemand sicher ist, solange nicht alle sicher sind. Auf internationaler Ebene betont Pakistan daher die Notwendigkeit von mehr multilateraler Zusammenarbeit auf allen Ebenen anstelle von Konfrontation.

**BWA-Journal:** *Welche Erfahrungen hat Pakistan mit der Teilnahme an der chinesischen Belt-and-Road-Initiative gemacht?*

**S.E. Dr. Faisal:** Wir arbeiten sehr eng mit China zusammen und unterhalten ausgezeichnete Beziehungen. In den 1970er Jahren haben wir China geholfen, die politische Isolation zu überwinden und neue Brücken zur Welt zu bauen.



Im Gegenzug unterstützten die chinesischen Technologien Pakistan bei der Überwindung seiner Stromprobleme. Seit 2013 hat sich im Rahmen unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der chinesisch-pakistanische Wirtschaftskorridor (CPEC) entwickelt. Damit wurden viele wichtige Initiativen zur Entwicklung der Infrastruktur ergriffen, die auch nachhaltige Arbeitsplätze für pakistanische Bürger in unserem Land geschaffen haben. Pakistan ist sehr an einer verstärkten regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und ihrem immensen Potenzial interessiert - nicht nur mit China. Wir heißen jeden willkommen, der bereit ist, die Potenziale Pakistans als regionales Zentrum für Investitionen und attraktive Geschäfte zu entdecken.

**BWA-Journal:** *Welche Aspekte der bilateralen Beziehungen zwischen Pakistan und Deutschland sind Ihnen derzeit besonders wichtig und worauf möchten Sie sich in Ihrer Arbeit als Botschafter konzentrieren?*

**S.E. Dr. Faisal:** Die historische Verbindung zwischen unseren Ländern ist eine sehr besondere. Unser berühmter Nationaldichter Muhammad Iqbal studierte in Heidelberg und promovierte 1905-1908 in München. Sowohl auf formaler als auch auf intellektueller Ebene nimmt Goethe in Iqbals lyrischem und philosophischem Werk einen besonderen Platz ein, was die starken Bindungen zwischen unseren Kulturen symbolisiert. Heute haben wir eine große und aktive Diaspora in Deutschland, die derzeit etwa 130.000 Menschen zählt. Mit unserem Generalkonsulat in Frankfurt und dem neuen in München geplanten sind wir in der Lage, unsere Gemeinschaft auch in anderen Bundesländern zu unterstützen. Wir planen auch die Einrichtung eines Iqbal-Kulturzentrums, das sein Andenken und die einzigartige Verbindung zwischen unseren befreundeten Ländern bewahren soll.

Darüber hinaus haben in den letzten Jahren unser Außenminister Shah Mahmood Qureshi und unser Armeechef Deutschland

besucht und wir haben den deutschen Außenminister Heiko Maas in Islamabad empfangen. Auch 2022 gab es hochrangigen offiziellen Besuch aus Pakistan in Deutschland.

**BWA-Journal:** *Welche Initiativen sind Ihrer Meinung nach notwendig, um die Beziehungen zwischen unseren Ländern weiter zu intensivieren und was kann der BWA dazu beitragen?*

**S.E. Dr. Faisal:** In Vorbereitung der künftigen Austausche zwischen unseren Regierungen wird die Zusammenführung von Wirtschaftsdelegationen aus beiden Ländern zu einer unserer Prioritäten. Unser Ziel ist es, nachhaltige und sektorübergreifende Brücken zum gegenseitigen Nutzen mit der deutschen Wirtschaft aufzubauen. Der BWA wird in dieser Hinsicht einer unserer wichtigsten Partner sein, und wir freuen uns auf die künftige Zusammenarbeit.

**BWA-Journal:** *Danke für das Gespräch!*



Gespräch über die bilaterale Zusammenarbeit: Botschafter Dr. Mohammad Faisal mit Urs Unkauf, Bundesgeschäftsführer des BWA, in der pakistanischen Botschaft in Berlin.

# Die Demokratische Republik Kongo

## Ein Land mit vielfältigem Entwicklungspotential

Heinrich Gerd-Witte



Heinrich Gerd-Witte, Jahrgang 1967, ist Dipl.-Agraringenieur (FH), selbständiger Landwirt und Mitglied des BWA-Senats. Nach Ausbildung und Studium der Agrarwirtschaft übernahm er 1991 den elterlichen Betrieb und spezialisierte und erweiterte das Unternehmen in den Bereichen Ackerbau und Veredlungswirtschaft. Zusätzlich gründete er 2015 ein international tätiges Consultingunternehmen mit dem Schwerpunkt „Landwirtschaft – Aus der Praxis für die Praxis“, sowie Aufbau und Entwicklung der vor- und nachgelagerten Bereiche der Agrarwirtschaft.

Die Demokratische Republik Kongo (DRK) ist ein afrikanisches Land im Herzen des Kontinents und gleichzeitig eines der Länder Afrikas mit den reichsten Böden und Untergründen. Die DRK ist nach Algerien das zweitgrößte Flächenland Afrikas. Sie ist etwa 33-mal so groß wie die Benelux-Staaten und viermal so groß wie Frankreich, 80-mal so groß wie Belgien und hat eine Fläche von etwas weniger als einem Viertel der USA. Mit einer Fläche von 2.345.410 km<sup>2</sup> wird sie zum größten Teil vom Kongobecken und seinen Nebenflüssen eingenommen. Gemessen an der Fläche nimmt sie den elften Platz in der Welt ein. Die potenzielle Anbaufläche in der DRK wird auf 80 bis 120 Millionen Hektar geschätzt, von denen jedoch nur 10 % genutzt werden.

Dieses unter seinen Möglichkeiten genutzte Land weckt Begehrlichkeiten. Bei einer Fläche von 2.344.860 km<sup>2</sup> entfallen seit Beginn des 21. Jahrhunderts 6,7 Millionen Hektar auf Ackerland (temporäre Kulturen, Grasland, temporäre Brache) und 1,1 Millionen Hektar auf Dauerkulturen, was einer Gesamtanbaufläche von 7,8 Millionen Hektar entspricht (nur 3 % der Gesamtfläche des Landes). Die DRK umfasst den größten Teil des Kongoflussbeckens, das sich über eine Fläche von mehr als einer Million Quadratkilometer erstreckt. Die einzige Meeresmündung des Landes ist ein schmaler Gebietsstreifen am Nordufer des Flusses (Region Muanda in der Provinz Zentral-Kongo). Die ausgedehnte Tieflandzone im Zentrum des Landes ist ein Plateau, das durch das Becken des nach Westen fließenden Flusses geformt wurde und mit einem großen Regenwald bedeckt ist. Dieses Gebiet ist umgeben von Bergterrassen wie den Mitumba-Bergen im Osten und den Virunga-Bergen im Norden, von savannenbedeckten Plateaus im Süden und Südwesten, während der Norden jenseits des Flusses von dichtem Wald begrenzt wird. Hohe Berge befinden sich im äußersten Osten des Landes (Grand-Rift-Region). Durch die DRK verläuft der Äquator, wobei ein Drittel des Landes nördlich dieser Linie liegt. In der Region des Flussbeckens ist das Klima warm und feucht, nach Süden hin trockener und kühler. Südlich des Äquators dauert die Regenzeit von Oktober bis Mai, nördlich davon von April bis November. Am Äquator sind die Niederschläge das ganze Jahr über relativ konstant. Während der Regenzeit kommt es zu heftigen Gewittern, die jedoch nur wenige Stunden andauern. Die durchschnittliche Niederschlagsmenge für das ganze Land beträgt 107 mm Wasser.

### Die DRK: Ein fruchtbares Land

Die Landwirtschaft in der DRK ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes. Sie verfügt über ein großes Entwicklungspotenzial. Der Agrarsektor unterstützt zwei Drittel der Bevölkerung. Hauptsächlich werden Maniok, Yams, Kochbananen, Reis und Mais angebaut. Das Land ist nicht anfällig für Dürren, wird jedoch durch ein schlechtes inländisches Transportsystem behindert, das den Aufbau eines effizienten nationalen Systems zur Nahrungsmittelversorgung in den Städten erschwert. Die Landwirtschaft ist für

Kongo-Kinshasa von zentraler Bedeutung, da 70 % der Erwerbsbevölkerung (Personen, die einen Arbeitsplatz haben) in diesem Sektor beschäftigt sind. Wald bedeckt 1.280.043 km<sup>2</sup>, was etwa 55 % des Landes entspricht. Durch die in der traditionellen Landwirtschaft weit verbreitete Praxis der Wanderfeldwirtschaft auf Brandrodung verliert das Land jedoch jedes Jahr etwa 500.000 Hektar Wald.

### Neues politisches Klima -ein Auslöser für Entwicklung

Die DRK wird seit Januar 2019 von Félix Antoine Tshisekedi regiert, nachdem der vormalige Präsident Joseph Kabila, der das Land 18 Jahre lang regiert hatte, die Macht an ihn übergeben hatte. Während der Amtsantritt des Sohnes des verstorbenen Oppositionspolitikers Étienne Tshisekedi zu einer Beruhigung der politischen Lage in Kinshasa führt, werden einige Regionen des Landes, insbesondere Kivu und Ituri im Osten, trotz des Anfang 2021 verhängten Belagerungszustands weiterhin von Gewalt und der Präsenz von Rebellen erschüttert. Um sich mehr Handlungsmöglichkeiten zu verschaffen, ernannte Félix Tshisekedi, nachdem er den Koalitionsvertrag mit seinem Vorgänger aufgekündigt hatte, am 15. Februar 2021 Jean-Michel Sama Lukonde als Nachfolger von Sylvestre Ilunga Ilunkamba zum neuen Premierminister. Die Ernennung erfolgte mehr als zwei Monate, nachdem er in seiner Rede am 6. Dezember 2020 den Bruch des Bündnisses mit der bisherigen Mehrheit angekündigt hatte.

### Wirtschaftliche Lage

Das Wirtschaftswachstum der DRK, das 2019 vor der Covid19-Pandemie 4,4 % betrug, sank nach Schätzungen der Weltbank 2020 auf 0,8 %. Als Hauptwachstumsmotor wuchs der Bergbau dank der starken chinesischen Nachfrage 2020 um 6,9 % (gegenüber 1 % im Jahr 2019). Die anderen Wirtschaftssektoren schrumpften hingegen um 1,6 % (gegenüber einem Wachstum von 5,7 % im Jahr 2019), was auf pandemiebedingte Reisebeschränkungen, Handelshemmnisse und die Begrenzung der öffentlichen Ausgaben zurückzuführen war. Der private Verbrauch und die öffentlichen Investitionen gingen 2020 um 1 % bzw. 10,2 % zurück. Das Leistungsbilanzdefizit stieg bis 2020 auf 4 % des Bruttoinlandsprodukts



(BIP) und wurde nur teilweise durch Kapitalzuflüsse finanziert, was zu einem Rückgang der Währungsreserven führte. Angesichts der Pandemie musste die Regierung hohe Ausgaben tätigen, während die Einnahmen aufgrund der rückläufigen Wirtschaftstätigkeit und der längeren Inanspruchnahme von Steuererleichterungen zurückgingen. Dies führte zu einem Anstieg des Haushaltsdefizits auf 1,9 % im Jahr 2020. Zur Mittelbeschaffung griff die Regierung zunächst auf Vorschüsse der Zentralbank (BCC) bis April 2020 zurück und beantragte anschließend Nothilfe beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB). Die Behörden erhöhten zudem die Inlandsverschuldung und häuften Zahlungsrückstände an. Infolgedessen stiegen die ausstehenden Gesamtschulden der öffentlichen Auslands- und Inlandsverschuldung im Jahr 2020 auf 15,9 % bzw. 8,9 % des BIP. Aktuell hat die DRK zahlreiche Reformen zur Stärkung der Regierungsführung bei der Verwaltung der natürlichen Ressourcen und zur Verbesserung des Geschäftsklimas eingeleitet.

## **Herausforderungen der humanitären Entwicklung**

Die DRK rangiert im Index für menschliche Entwicklung 2020 auf Platz 175 von 189 Ländern, auch wenn sich einige Indikatoren zwischen 2018 und 2020 schätzungsweise leicht verbessert haben. Der Humankapitalindex der DRK liegt bei 0,37 und damit unter dem Durchschnitt der Länder in Subsahara-Afrika, der bei 0,40 liegt. Das bedeutet, dass ein Kind, das heute in der DRK geboren wird, als Erwachsener nur 37 % des produktiven Potenzials erreichen wird, das es hätte erreichen können, wenn es in seinen ersten Lebensjahren eine umfassende Schulbildung und optimale Gesundheitsbedingungen genossen hätte. Im Durchschnitt genießt ein kongolesisches Kind 9,1 Jahre Schulbildung, was jedoch nur 4,5 lernbereinigten Schuljahren entspricht (Schätzungen für 2020). Darüber hinaus sind 43 % der Kinder in der DRK unterernährt. Diese Umstände sind ein treffender Grund mehr das humanitäre und wirtschaftliche Engagement in der DR Kongo zu verstärken und das Land bei seiner weiteren Entwicklung zu unterstützen.

## **Afrika bietet eine Menge Chancen für Investoren aus den unterschiedlichsten Bereichen der Wirtschaft**

– insbesondere während und nach der aktuellen COVID Krise. Mehr denn je braucht das frankophone Afrika „Impact Investments“, vor allem mit Blick auf die Krise und die Zeit danach.

Das frankophone Afrika bietet enormes Potenzial mit seinen jungfräulichen Märkten. Unternehmen des Mittelstandes, besonders jene mit dem Label „Made in Germany“ sind dort hoch angesehen.

Wenn ein Unternehmen, insbesondere aus Deutschland, in Afrika seriös investieren möchte, braucht es gute Partner, die sich im Idealfall vor Ort auskennen und das richtige Netzwerk in Afrika haben.

Und man braucht vor allem Brückenbauer, die die richtigen Personen an den richtigen Stellen kennen.

# Regierungschef von Punjab zu Gast beim BWA

Indien bleibt ein starker Partner für Deutschland



Anlässlich des ersten Deutschlandbesuches des Regierungschefs (Chief Minister) des indischen Bundesstaates Punjab, S.E. Bhagwant Mann, organisierte der BWA im September 2022 in Kooperation mit der indischen Botschaft ein Hintergrundgespräch im Ritz Carlton Hotel Berlin. Der im Nordwesten der Republik Indien gelegene, über 30 Millionen Einwohner zählende Bundesstaat Punjab zeichnet sich durch eine besondere Wachstumsdynamik und eine aktive Förderung des Engagements von internationalen Unternehmen aus. Besondere Potenziale bestehen in der Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung, den Bereichen Textilproduktion, Mobilität, IT, Start-Ups sowie der pharmazeutischen Industrie.

Beim Austausch mit Chief Minister Bhagwant Mann und den leitenden Repräsentanten der Wirtschaftsförderung von Punjab konnten konkrete Projekte auf den Weg gebracht werden. Die indische Seite zog ein positives Resümee über das Interesse an den Geschäftsperspektiven und lud die Teilnehmer der Veranstaltung zum Progressive Punjab Investors Summit ein, der 2023 in der Hauptstadt Chandigarh stattfinden wird.



BIO LOVING

BEYOND AVERAGE

Zwei Marken  
für Deinen Weg!

NAHRUNGSERGÄNZUNG DER  
NÄCHSTEN GENERATION DURCH  
OPTIMIERTE BIOVERFÜGBARKEIT.

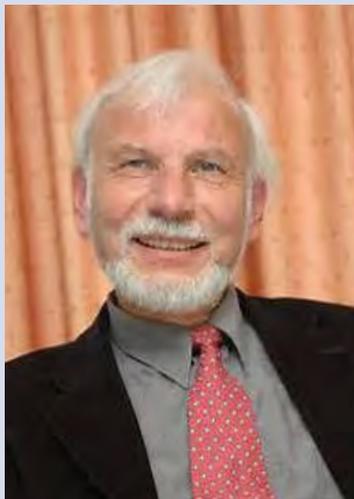


[www.bioloving.de](http://www.bioloving.de) | [www.beyond-average.de](http://www.beyond-average.de)

# Zentralasien

## Eine aufstrebende Region im Fokus der Weltpolitik

Prof. Dr. John P. Neelsen



Prof. Dr. John P. Neelsen (Jahrgang 1943) war Hochschullehrer für Soziologie an der Universität Tübingen. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem die Nord-Süd-Beziehungen, Entwicklungssoziologie, Politische Ökonomie, Umweltsociologie, Weltsystemanalyse, Globalisierung und Internationale Regimes. In diesem Rahmen war er fünfeinhalb Jahre für einen Feld- und Forschungsaufenthalt in Südasien, Indien und Sri Lanka.

Er war Gastdozent an den Universitäten Freiburg, Karlsruhe, Bochum, Berlin und Bremen sowie an den Universitäten in Benares/Indien, Nancy/Frankreich und Zürich/Schweiz. Er ist Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von ATTAC (Deutschland) und Vertreter der International Research Foundation for Development (IRFD, Cambridge/USA) bei der UNO in Genf. In Heidelberg war er Gründungsmitglied des Sonderforschungsbereichs 16 „Südasien“ und ist Mitbegründer des Forschungsinstituts für Arbeit, Technik und Kultur (FATK) in Tübingen. Er ist Autor für die Zeitschrift „Hintergrund“ und für die „Blätter für deutsche und internationale Politik“.

Zentralasien hat eine historische Transit- und Brückenfunktion zwischen den Kontinenten Europa und Asien mit seinen Hochkulturen in Südasien und Ostasien (China). Man denke nur an Alexander den Großen (356-323 v. Chr.), Dschingis Khan (1158-1227) und das Reich der Goldenen Horde (13./14. Jahrhundert), Timur Lenk (1336-1405), das Moghul-Imperium in Indien (1526-1857) oder die historische Seidenstraße. Steppen, Wüsten und Bergregionen mit trockenen heißen Sommern, kalten Wintern und nur geringen agrarischen Nutzflächen (unter 10%) sind charakteristisch. Zudem noch ohne Zugang zum Meer machen sie die Entstehung und historische Bedeutung der Reitervölker dieser Region erklärlich.

Im Kern handelt es sich um die fünf Staaten Kasachstan, Usbekistan, Kirgisistan, Turkmenistan und Tadschikistan. Mit 4,2 Millionen km<sup>2</sup> flächenmäßig so groß wie die EU, leben in diesem riesigen Gebiet aber nur rund 80 Millionen Einwohner gegenüber 500 Millionen in der EU. Auch ihre Volkswirtschaften sind unterschiedlich groß: Belief sich das Bruttosozialprodukt der EU 2019 nominal auf 13.900 Milliarden Dollar, so betrug dasjenige Zentralasiens 300 Milliarden Dollar.

Die fünf Staaten weisen spezifische Gemeinsamkeiten auf: Multiethnische Nomadenvölker mehrheitlich turko-mongolischer Herkunft, weit überwiegend sunnitische Muslime, gerieten sie spätestens Ende des 19. Jahrhunderts unter russischen Einfluss und wurden in den 1920er Jahren zu Sowjetrepubliken. In Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion wurden sie 1991 unabhängig und gehören seitdem der ‚Gemeinschaft Unabhängiger Staaten‘ (CIS) an. Dagegen unterscheiden sie sich unter anderem (a) nach Fläche, Kasachstan ist mit 2,8 Millionen km<sup>2</sup> das größte Binnenland überhaupt, die Territorien der anderen vier Staaten umfassen demgegenüber 150.000 – 490.000 km<sup>2</sup>; (b) bezüglich ihrer Bevölkerung: Usbekistan weist mit 35 Millionen gegenüber Kasachstan mit rund 20 und den zwei bis sechs Millionen bei den übrigen Ländern die meisten Einwohner auf; schließlich schwankt (c) der Entwicklungsstand hinsichtlich Infrastruktur, Urbanisierung und Pro-Kopf-Einkommen zwischen unter 1.000 Dollar in Tadschikistan und knapp 10.000 Dollar in Kasachstan und Turkmenistan (IWF 2020/21).

Über Jahrzehnte Teil der sowjetisch-zentralistischen Planwirtschaft und deren interner Arbeitsteilung inklusive Beschäftigungsbewegungen, fanden sie sich zusätzlich zu den relativ willkürlich gezogenen Grenzen nach der Unabhängigkeit mit vielfältigen Problemen des Aufbaus einer nationalen Identität, einer eigenständigen marktwirtschaftlich fundierten Ökonomie und politisch-institutionellen Neuordnungen konfrontiert. In solchen Situationen sozialstruktureller und ökonomischer Transformation bilden sich angesichts unzureichend ausgebildeter bürgerlicher Klassen, Institutionen und Willensbildungsprozesse typischer Weise autoritäre politische Strukturen im Verein mit Klientelismus und ungleicher Aneignung heraus. Auf diesem Hintergrund spricht Brzezinski vom „ethnischen Hexenkessel“ und „eurasischen Balkan“ und warnt vor ihm als zentralem Gefahrenherd und kritischer Randzone für die Ausübung globaler Hegemonie, die notwendigerweise die Herrschaft über den eurasischen Kontinent einschließen müsse.

Der besondere Reichtum dieser Länder besteht in Bodenschätzen, vor allem Erdgas und Erdöl, Eisenerzen, Kobalt, Gold, Kupfer, Zink, Uran, seltene Erden und weiteren Rohstoffen, die abgebaut, verarbeitet und exportiert werden wollen. Dafür suchen die Staaten neue Märkte, technisches Know-how, Investitionen und ausländische Unternehmenskooperationen. Zusammen mit ihrer strategischen Lage wecken sie konkurrierende politisch-ökonomische Interesse ihrer großen nahen und fernen Nachbarn. Da sind zunächst Russland und China, dann aber auch der Iran, die Türkei und jüngst Indien. Ihre Rolle wurde weiter aufgewertet im Kontext des geopolitischen und wirtschaftlichen Paradigmenwechsels vom Atlantik nach Asien und dem Westpazifik kristallisiert im Aufstieg Chinas und konsekutiven sino-amerikanischen Konflikt um Hegemonie generell, des verlorenen Krieges und desaströsen Rückzugs der Anti-Terror-Koalition des Westens unter Führung der USA, speziell in Afghanistan.

In der Tat muss heute Afghanistan, das direkt an Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan angrenzt, zur Region Zentralasien hinzugezählt werden. 40 Jahre Krieg, Entstehung und Radikalisierung des politischen Islam,

Sieg der Taliban über die NATO-Truppen und Scheitern der Versuche, bürgerlich-demokratische Institutionen und Werte mit Gewalt zu exportieren, haben auch bei ihnen Spuren hinterlassen. Sie reichen von teilweiser militärischer Beteiligung (Militärbasen) und Flüchtlingsströmen über potentielle innenpolitische Destabilisierung durch Islamisten bis hin zu massiver Schattenwirtschaft als Transitländer für Opium, das weltweit zu 80 % in Afghanistan produziert wird. Nicht überraschend, dass mit Ausnahme Turkmenistans die anderen vier zentralasiatischen Länder Mitglieder der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) bzw. dessen militärischem Arm im Kampf gegen die drei Hauptgefahren, Terrorismus, Extremismus und Separatismus, der Regional Anti-Terrorist Structure (RATS) mit Sitz in Taschkent, sind.

Der Abzug des Westens überlässt Eurasien den asiatischen Mächten, vor allem China und Russland. Indien dagegen, das sich wirtschaftlich, inkl. energetisch, in Afghanistan und darüber hinaus in Zentralasien als connectivity bridge zwischen regionalen Märkten engagiert (der Handel betrug zuletzt 2 Mrd. \$; dazu setzt Delhi auf eine Pipeline über Afghanistan in den Iran) und sich sicherheitspolitisch vermehrt Einfluss gegen seinen Erzfeind, das islamische Pakistan, erhofft hatte, gehört zumindest mittelfristig zu den Verlierern.<sup>1</sup> Zentral bleiben damit Russland und sein Projekt der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU) und vor allem China mit der neuen Seidenstraße, der 2013 in Kasachstan lancierten multidimensionalen „Belt and Road Initiative“ (BRI) die entscheidenden Akteure. Die BRI, der sich inzwischen über 130 Länder mit über 200 Kooperationsprojekten angeschlossen haben, ist nicht zuletzt stark in Zentralasien wegen dessen Brückenfunktion zwischen dem Reich der Mitte und Europa engagiert. Seine dortigen Projekte in Infrastruktur, Energie und Transportsystemen umfassen Hunderte von Brücken, Straßen, Eisenbahnen und Kraftwerke sowie Dutzende von Pipelines. Voraussetzung ihrer verstärkten Integration in den Welthandel sind sie zugleich Basis ihrer Binnenmarktentwicklung. Folgt man Brzezinski ist damit ein entscheidender Baustein in dem US-Projekt vom ‚New American Century‘ zwecks langfristiger Sicherung ihrer globalen Hegemonie zu Gunsten Chinas gefallen. Im Vergleich zu den immensen Kosten, dem Verlust an regional-territorialer Präsenz und politisch-



ideologischer Glaubwürdigkeit sind die direkten Auswirkungen des Rückzugs aus Zentralasien für die USA jedoch minimal. Sie können sich nunmehr ganz auf die Rivalen und Systemgegner China und Russland konzentrieren. Diese müssen dagegen Ressourcen auf die Bewältigung der internen politisch-ideologischen, sicherheitspolitischen sowie ökonomischen und regional-politischen Folgen des politisch instabilen, zerstörten und rückständigen Afghanistan (PKE 600 \$) im Verbund mit dem Sieg radikalisiert Islamisten mobilisieren.

Anders die EU.<sup>2</sup> Teil der Afghanistan-Intervention, Gegner der BRI, weitgehend desinteressiert an Zentralasien meint sie mit den USA, die umfangreichen Geldtransfers, von denen bis zu 70 % des afghanischen Haushalts finanziert wurde, einstellen, deren Fortsetzung an Konditionen gegenüber den siegreichen Taliban knüpfen oder sonst das Land seinem Schicksal überlassen zu können. Die Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre jedoch speisten sich wesentlich aus den Kriegsgebieten Libyen, Irak/Syrien und eben Afghanistan. Nicht nur militärisch wird die Sicherheit der EU und Deutschlands am Hindukusch verteidigt! Alle Entwicklungen in Zentralasien schlagen bis nach Westeuropa durch, verbieten objektiv den Rückzug auf die transatlantischen Beziehungen. Im Gegenteil, geographisch integraler Teil Eurasiens, Nachbar Russlands, Ziel der Seidenstraße liegen wirtschaftliche Entwicklung, wachsender Wohlstand und Frieden in Zentralasien im ureigenen Interesse der EU. Sie erfordern positives polit-ökonomisches Engagement, Kooperation mit den dortigen Staaten und

Unternehmen, Investitionen in ihre Ökonomien, verstärkte Handelsbeziehungen. Hier liegen die entscheidenden Wachstumsmärkte der Zukunft. Daran teilzuhaben, aber erfordert neue internationale Beziehungen gestützt auf Anerkennung der Souveränität, kulturellen Diversität, Gleichheit und wechselseitigen Vorteil. Die Zeiten westlicher ökonomischer und zivilisatorisch-institutioneller Vorherrschaft sind vorbei. Das aber heißt, wer im ureigenen Interesse von EU und Deutschland langfristig Sicherheit und Wohlstand will, muss sich zur eigenen eurasischen Identität bekennen und -mehr noch- Abschied nehmen von generellen nicht-ökonomischen, vor allem menschenrechtlichen, bürgerlich-demokratischen Kooperationsauflagen zu Gunsten projektbezogener Verträge mit Partnerländern in Zentralasien und darüber hinaus.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> <https://carnegieindia.org/2019/12/01/realizing-indias-strategic-interests-in-central-asia-pub-80576>

<sup>2</sup> [https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/belt\\_and\\_road\\_initiative\\_in\\_central\\_asia.pdf](https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/belt_and_road_initiative_in_central_asia.pdf)

<sup>3</sup> <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/178/zentralasien>

Darin heisst es: „Das Europäische Parlament betont die Bedeutung der Menschenrechte, der verantwortungsvollen Staatsführung und der gesellschaftlichen Entwicklung und unterstreicht die Rolle der parlamentarischen Diplomatie. Das Parlament unterstützt nachdrücklich die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit konkreten Initiativen wie etwa der Demokratisierung in Zentralasien.“

# Tadschikistan und Europa

## Politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität

S.E. Sohibnazar Gayratsho



S.E. Sohibnazar Gayratsho ist Abteilungsleiter für Europa im Außenministerium der Republik Tadschikistan. Von 2018 bis 2022 amtierte er als außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Republik Tadschikistan in Deutschland. Dem Studium am Staatlichen Pädagogischen Institut Schewtschenko in Duschanbe und an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg folgte 2006 der Eintritt in den auswärtigen Dienst Tadschikistans. Er leitete u.a. die Übersetzungsabteilung, die Abteilung für Diplomatische Vertretungen und vor seiner Ernennung zum Botschafter die Abteilung für Europa und die USA des Außenministeriums.

Die Weltwirtschaft befand sich in der Covid-19-Pandemie in einem tiefen Standpunkt der Konjunktur. Es hat für viele Länder gravierende Folgen, die teilweise zu hoher Arbeitslosigkeit, Liquiditätsverlust der Unternehmen und Reduzierung der Reise- und Bewegungsfreiheit führte. Die Nachfrage in den Sektoren Gastronomie, Hotellerie und Unterhaltung war stark gesunken, die physische Abwesenheit des Personals wurde eine Herausforderung für viele Unternehmen. Internationale Lieferketten waren gestört.

Die Sorge vor einem tiefen Einbruch der Wirtschaft war groß, sie ist längst noch nicht vorbei. Aufgrund der fehlenden Daten kann man das Ausmaß ihrer Auswirkungen noch nicht genau beurteilen. Beindruckend ist jedoch, wie erfolgreich viele Regierungen versucht haben, die zunehmende Wirtschaftskrise in dieser Zeit zu bewältigen. Eine Krise, die sich in eine viel tiefere und längere Rezession hätte steigern können.

Die tadschikische Regierung hat zum Schutz der Gesundheit ihrer Bevölkerung einerseits und zum reibungslosen Funktionieren der Volkswirtschaft entscheidende Maßnahmen ergriffen. Durch rechtzeitige Maßnahmen zur Reduzierung der Folgen der Pandemie, sowie durch Steigerung der Produktion und effiziente Nutzung der Ressourcen ist es Tadschikistan gelungen, die makrowirtschaftliche Indikatoren für neun Monate im Jahr 2021 stabil zu halten. Durch Aufstockung der Finanzierungen,

Produktionssteigerung der Industriewaren, und Verbesserung der Dienstleistungen konnte man das reale BIP des Landes um fünf Punkte sichern.

Das reale BIP-Wachstum Tadschikistans im Jahr 2021 betrug bei 6,0 %. Es kann mittelfristig nachhaltig bleiben, hängt jedoch, Prognosen der Weltbank zufolge, von der Durchimpfungsrate und einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum in allen Sektoren ab. Eine Erholung des Weltmarktes würde voraussichtlich zu einem Anstieg des Exports von Metallen und Mineralien aus Tadschikistan führen. Die erfolgreiche Konjunkturerholung wurde vor allem durch die weiterhin stark gestiegenen Edelmetall- exporte sowie das Wachstum der privaten Investitionen und des Konsums unterstützt. In der ersten Hälfte des Jahres 2021 wurde ein Wachstum der ausländischen Direktinvestitionen um 43,7 % verzeichnet.

Ausländische Investitionen werden in fast allen Sektoren der tadschikischen Wirtschaft beobachtet, wobei der Exploration und Produktion von Mineralien, Kommunikation, Bausektoren, Finanzdienstleistungen, Elektrizität, Infrastruktur, Chemie- und Textilindustrie sowie Landwirtschaft und Agrarverarbeitung Priorität eingeräumt wird. Im Allgemeinen wurden in den Jahren 2007-2020 über 10,3 Milliarden US-Dollar aus 65 Ländern der Welt in die Wirtschaft Tadschikistans angezogen, von denen China, Russland, die USA, Großbritannien und Kasachstan die Vorreiter sind.



Tadschikistan ist auf dem Weg sich für Investitionen attraktiver zu gestalten. Die Erfolge lassen nicht lange auf sich warten. Auf dem internationalen Forum „Duschanbe-Invest 2021“ vom 14. Oktober 2021 mit über 400 Teilnehmern aus aller Welt wurden zwischen Unternehmen aus staatlichen und Privatsektoren über 10 Abkommen in einer Investitionssumme von 5 Mrd. Somoni (450 Mio. USD) unterzeichnet. Die Gründung gemeinsamer Industriebetriebe in den Textil- und Pharmaziesektoren, im Energiesektor, der Ausbildung und Innovationstechnologien sind Bestandteile dieser Vereinbarungen, die in Duschanbe getroffen wurden.

Sie werden sicherlich wissen wollen, was nun die Wirtschaftsprioritäten Tadschikistans sind, während die Rohstoffe und Quellen der fossilen Energieträger geographisch in den schwer zugänglichen Orten liegen.

Die „Nationale Entwicklungsstrategie für die Republik Tadschikistan bis 2030“ ist auf der Grundlage der Prinzipien der grünen Wirtschaft konzipiert. Diese setzt eine effiziente Nutzung aller Naturressourcen voraus, fokussiert auf Diversifizierung der Volkswirtschaft, Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, Ausbau der heimischen Industrie, Senkung des Armutsniveaus und Stärkung der Mittelschicht. Derzeit arbeitet Tadschikistan an einem neuen kohlenstoffarmen grünen Wirtschaftsmodell. Selbstverständlich wird dabei die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz eine Schlüsselrolle spielen. Aufgrund der mangelnden großflächigen Erdöl- und Erdgasreserven ist eine effiziente Nutzung der Wasserkraft die wichtigste und wirtschaftlich sowie ökologisch unbedenkliche Voraussetzung für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft. Darüber hinaus ist die saubere Stromerzeugung per Wasserkraft nicht nur Grundlage für das Erreichen der Energieunabhängigkeit und das Ausschöpfen des Exportpotentials des Landes, sondern auch Basis und Instrument zur Gewährleistung der ökologischen Nachhaltigkeit. Überhaupt kann der Ausbau der Wasserkraftenergie bei der Durchführung einer grenzüberschreitenden Wasserkooperation als Faktor für Sicherheit und Stabilität in Zentralasien und Afghanistan angesehen werden.

Der Übergang Tadschikistans von einem Agrarland zu einem industrialisierten Agrarland, die Entwicklung der Transportkorridore und Ausbau des Ökotourismus sind neben der energetischen Unabhängigkeit weitere Schwerpunkte der Nationalen Entwicklungsstrategie 2030.



Eine beschleunigte Industrialisierung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Landwirtschaft im Allgemeinen kein hochprofitabler Wirtschaftssektor ist, der die moderne Entwicklung des Landes sicherstellen würde. Importsubstitution wird dabei großgeschrieben, um die Differenz zwischen Import und Export auszugleichen, die gegenwärtig sehr ungleich ist.

Selbstverständlich ist Europa auch für Tadschikistan ein attraktiver Markt. Der Handelsumsatz zwischen Tadschikistan und der EU im Vergleich zu anderen Ländern der Region ist zurzeit unbedeutend, es belief sich im vergangenen Jahr auf 273 Mio. Euro (Import 87 Mio., Export 186 Mio.).

Es ist aber ausbaufähig. Tadschikistan ist zwar seit 2013 Mitglied der WTO, muss aber für seine Exportware in die EU hohe Zollabgaben zahlen, wenn das Land nicht in den Genuss der GSP+-Vorteile kommt. Ein Thema der politischen Gespräche zwischen dem Präsidenten Tadschikistans, Emomali Rahmon, dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel und dem Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Joseph Borell, im Oktober 2021 war unter anderem der Beitritt Tadschikistans in das Allgemeine Präferenzsystem (GSP+) der EU. Tadschikistan arbeitet zurzeit daran, um die Voraussetzungen für einen Beitritt zu erfüllen. Gleichzeitig werden verschiedene Projekte zur Verbesserung der Normen, Laboreinrichtungen, Zertifizierung und weiterer Bereiche durchgeführt.

Der neue Steuerkodex sieht über 100 verschiedene Präferenzen für Privatunternehmen, die meisten davon sind Zoll- und Steuerprivilegien.

Auch auf der internationalen Bühne engagiert sich Tadschikistan mit konkreten Initiativen. Tadschikistan ist seit 2003 ein aktives UNO-Mitglied bei der Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels, Erderwärmung und Wasserknappheit. Der letzte Vorschlag des tadschikischen Präsidenten Emomali Rahmon bei der 76. UN-Generalversammlung zur Rettung der Gletscher ist ein hervorragendes Beispiel dafür, dass Tadschikistan sich den Herausforderungen der modernen Weltgemeinschaft und Bedrohungen der Neuzeit in und um die Region mit besonderer Ernsthaftigkeit stellt.

Die Europäische Union braucht ein stabiles und wirtschaftlich starkes Tadschikistan und insgesamt ein integriertes Zentralasien. Als die südlichste Grenze des GUS-Raums ist das Land ein Bollwerk der Sicherheit für die gesamten Region. Gleichzeitig erfüllt es alle Voraussetzungen für den Ausbau einer stabilen Wirtschaft, regionaler Integration und gemeinsamen Agierens. Sein Reichtum ist seine junge ausgebildete Bevölkerung, seine kostbaren Wasserressourcen, seine erneuerbaren Energiequellen und seine geostrategische Lage. Das sollte in den gemeinsamen regionalen und bilateralen Projekten berücksichtigt werden.

# Die Alat Free Economic Zone

## Aserbaidshon auf dem Weg zu einem Investitionsstandort von Weltrang

S.E. Valeh Alasgarov



Valeh Alasgarov ist seit der Berufung durch Präsident Ilham Aliyev im Mai 2020 Vorstandsvorsitzender der Alat Free Economic Zone Authority. Er studierte Erdöltechnologie und Wirtschaftswissenschaften in Baku und Moskau. Von 1991 bis 1993 war er stellvertretender Vorstandsvorsitzender der State Oil Company of Azerbaijan (SOCAR), von 1994 bis 2005 Leiter der Abteilung für Auslandsinvestitionen von SOCAR. Von 2005 bis 2020 war er Mitglied des Parlaments der Republik Aserbaidshon (Majlis) und dessen stellvertretender Vorsitzender.

Die Alat Free Economic Zone (AFEZ) wurde durch ein Dekret des Präsidenten der Republik Aserbaidshon im Mai 2020 eingerichtet und soll im Juli 2022 in Betrieb genommen werden. Valeh Alasgarov, Vorsitzender des Verwaltungsrats der AFEZ-Behörde, erläutert die Vorteile von Investitionen in die AFEZ.

Die AFEZ liegt am Schnittpunkt internationaler Verkehrskorridore in der Nähe des Seehafens von Baku (Port of Baku). Diese strategische geografische Lage wird als regionaler Investitionsknotenpunkt dienen und die Wettbewerbsfähigkeit in den West-Ost- und Nord-Süd-Verkehrskorridoren stärken. Die Errichtung und erfolgreiche Entwicklung der AFEZ ist ein wichtiger Teil der allgemeinen Politik des Präsidenten und der Regierung der Republik Aserbaidshon

zur Entwicklung einer wissensbasierten und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft, die es Aserbaidshon ermöglichen wird, ein wettbewerbsfähiger Teilnehmer an den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu werden, mit einer diversifizierten und exportorientierten Wirtschaft, die einen hohen Mehrwert schafft, basierend auf einem attraktiven Geschäftsumfeld von Weltklasse, mit moderner Energie-, Transport- und Logistikaufbau. Und die AFEZ wird ein zentraler Akteur bei der Verwirklichung dieser Vision sein.

Welche Art von Investoren und Unternehmen wird AFEZ versuchen, für sich zu gewinnen? Welchen Investoren und Unternehmen werden Privilegien und Anreize angeboten?

AFEZ wird die Bedürfnisse von Investoren und Unternehmen bedienen, die in der exportorientierten Fertigung mit hoher Wertschöpfung und in international gehandelten Dienstleistungen tätig sind, und dabei innovative Technologien und Ansätze nutzen, um nach den besten internationalen Standards zu arbeiten.

Um diesen Ansatz zu verstehen ist es erforderlich, die einzigartigen Rechtsgrundlage des AFEZ-Projekts zu verstehen.

Die Gesetzgebung der AFEZ besteht aus dem „Gesetz der Republik Aserbaidshon über die Freie Wirtschaftszone Alat“, das vom aserbaidshonischen Parlament verabschiedet und vom Präsidenten des Landes als geltendes Recht Aserbaidshons unterzeichnet wurde, sowie aus den internen Vorschriften der AFEZ, die von der AFEZ-Behörde erlassen wurden. Dieses Gesetz erklärt, dass die Gesetzgebung der AFEZ Vorrang vor der Gesetzgebung der Basiswirtschaft hat (mit Ausnahme des Strafrechts und der Gesetze zur Bekämpfung der Geldwäsche).

Um den Vorrang der AFEZ-Gesetzgebung vor der Gesetzgebung der Basiswirtschaft eindeutig zu belegen und jegliche Möglichkeit von Konflikten bei der Auslegung der Bestimmungen der AFEZ-Gesetzgebung und der Gesetzgebung der Basiswirtschaft auszuschließen, wurden in mehr als 80 Gesetzen der Basiswirtschaft entsprechende Änderungen vorgenommen und dieser Prozess wird fortgesetzt. Durch diese Änderungen in den Gesetzen der Basiswirtschaft wird eindeutig anerkannt, dass die AFEZ-Gesetze Vorrang vor diesen Gesetzen haben.

Darüber hinaus wird im AFEZ-Gesetz eindeutig erklärt, dass die Behörden der Basiswirtschaft in der AFEZ keine Zuständigkeit haben und nicht befugt sind, die Aktivitäten der AFEZ-Behörde oder der in der AFEZ niedergelassenen Unternehmen, ihrer Eigentümer und Beschäftigten zu regulieren oder zu überwachen.

Darüber hinaus werden den Investoren und den von ihnen in der AFEZ angesiedelten Unternehmen ein Paket steuerlicher und nichtsteuerlicher Anreize geboten, darunter die Befreiung von allen Unternehmenssteuern, Zöllen und Steuern auf die Einfuhr in die Freizone und die Ausfuhr aus der Freizone, die Befreiung von der Einkommenssteuer für einheimisches Personal, die Befreiung von Sozialversicherungsbeiträgen und ähnlichen Steuern und Zahlungen für ausländische Fachkräfte, keine Beschränkungen für ausländisches Eigentum, keine Beschränkungen für Devisentransaktionen oder die Rückführung von Gewinnen und andere Anreize. Und diese Anreize werden auch in Zukunft zur Verfügung stehen, um die weitere Expansion und das Wachstum der Unternehmen von Investoren zu unterstützen. Das Eigentum des Investors ist immun gegen Verstaatlichung, Enteignung oder sonstige Einschränkungen des Privateigentums, und die AFEZ-Behörde bietet auch vollen Schutz der Rechte an geistigem Eigentum.

Alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Ansiedlung von Unternehmen in der AFEZ, der anschließenden Expansion und dem Wachstum der Unternehmen unserer Kunden in der Zukunft, einschließlich der Erlangung der erforderlichen Genehmigungen, Lizenzen und Bescheinigungen werden im zentralen Geschäftszentrum der AFEZ-Behörde vor Ort und ohne Beteiligung weiterer staatlicher Behörden geklärt. Neben unternehmensfreundlichen Gesetzen, steuerlichen und nichtsteuerlichen Anreizen stellt die AFEZ-Behörde den Investoren attraktive Industriegrundstücke mit gebrauchsfertiger Infrastruktur und Versorgungseinrichtungen außerhalb und innerhalb des Geländes zur Verfügung. Auf der Grundlage des von der AFEZ-Behörde genehmigten Entwicklungsplans wird die AFEZ zunächst eine Gesamtfläche von etwa 850 ha einnehmen; darüber



hinaus hat die Regierung mehr als 7000 ha für eine zukünftige Erweiterung der AFEZ reserviert. Gemäß dem Gesetz hat der Staat der Behörde für die Freizone ein unwiderrufliches, uneingeschränktes und unbefristetes Nutzungsrecht über das Land der Freizone eingeräumt, und nur die Behörde für die Freizone ist berechtigt, das Land der Freizone zu nutzen, zu pachten oder anderweitig darüber zu verfügen.

Die von der AFEZ-Behörde umgesetzte Entwicklungsstrategie sieht vor, die Infrastruktur und Einrichtungen der AFEZ in mehreren Phasen auszubauen. Die erste Phase der Entwicklung der Infrastruktur und der Versorgungseinrichtungen außerhalb des Geländes wurde im März 2021 abgeschlossen, die Entwicklung der Infrastruktur und der Versorgungseinrichtungen vor Ort auf einer Fläche von zunächst 60 ha begann im April 2021.

Nach ihrer Fertigstellung wird diese erste Phase der Infrastrukturentwicklung ein 60 ha großes Gebiet mit gebrauchsfertiger Infrastruktur und Versorgungseinrichtungen

außerhalb und innerhalb des Geländes, die Zollstelle und das Gebäude der AFEZ-Behörde umfassen, in dem folgende Einrichtungen untergebracht werden: Ein One-Stop-Shop-Geschäftszentrum, Büros für Zollbeamte, die die Zollstelle der AFEZ bedienen werden und Büros für AFEZ-Investoren zur Anmietung.

Wenn die erste Phase der Infrastrukturentwicklung abgeschlossen ist, wird die AFEZ-Behörde mit den Bauarbeiten auf 138 ha des Entwicklungsgebiets der Phase 2 beginnen, und dieser Prozess wird in den folgenden Jahren fortgesetzt.

Trotz der Probleme, die sich aus den Covid-19-Beschränkungen ergaben, hat die AFEZ-Behörde bereits sehr produktive Kontakte mit potenziellen Investoren aus verschiedenen Ländern geknüpft. Und heute kann man mit Zuversicht sehen, dass die Investoren, deren Geschäftsvorschläge für die Ansiedlung ihrer Unternehmen in der AFEZ bereits von der AFEZ-Behörde genehmigt wurden, in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 schon mit der Planung und

dem Bau ihrer Unternehmen in der AFEZ begonnen haben.

Zwei Ziele sind schließlich von entscheidender Bedeutung für die Zukunft des Projektes. Erstens wird AFEZ das bestmögliche Geschäftsumfeld für die dort aktiven Investoren schaffen, damit sie alles haben, was sie benötigen, um ihre Unternehmen in der AFEZ erfolgreich zu gründen und zu entwickeln und gleichzeitig wird AFEZ die Expansion und das Wachstum der dort angesiedelten Unternehmen in der Zukunft aktiv unterstützen. Zweitens möchte das Projekt den Menschen in Aserbaidschan zeigen, was der Übergang zu einer international wettbewerbsfähigen und wissensbasierten Wirtschaft in der Praxis bedeutet. AFEZ möchte die Unternehmer und Unternehmen in Aserbaidschan dabei unterstützen, eine neue Unternehmenskultur und neue Technologien zu erlernen und zu praktizieren und innovative Unternehmen zu gründen, die einen echten Mehrwert für die Wirtschaft und die Menschen in Aserbaidschan schaffen.

# Rechtsberatung auf der Seidenstraße

Berg & Moll als erste deutsche Kanzlei am Astana International Finance Center

Claudia von Selle



Rechtsanwältin Claudia von Selle ist spezialisiert auf internationales Wirtschafts- und Investitionsrecht sowie internationalen Kulturgüterschutz. Seit 2001 Zulassung als Rechtsanwältin, zuvor Studium der Rechtswissenschaften in Deutschland und Frankreich (Science Po Paris). Engagement als Präsidentin des deutschen Nationalkomitees der International Association of Lawyers (UIA), Mitglied der Ethikkommission der Senckenberg-Gesellschaft und Vorstand der Stiftung für Bildhauerei. Die Kanzlei Berg & Moll Rechtsanwälte Avocats Ltd. ist Mitglied des BWA-Senats.

## Als deutsche Anwältin in Kasachstan am Astana International Financial Center (AIFC)

In Berlin und Paris war ich nun schon seit 20 Jahren anwaltlich im deutschen internationalen Wirtschaftsrecht tätig. Eine Ausweitung meiner Beratungstätigkeit nach Russland, Zentralasien und China war sehr lange ein Wunsch und Ziel.

Als wir mit dem Berliner Büro unserer Kanzlei dann vor 5 Jahren endlich einen anwaltlichen Fuß in die gigantische Neue Seidenstraße setzen durften, folgte alles Weitere in nahtloser und logischer Konsequenz. Es begann mit der Beratung von chinesischen Investoren für ein Logistik-Hub im Land Brandenburg und brachte zwangsläufig eines Tages die Frage

mit sich, ob wir nicht auch in Kasachstan die Koordination der Anschlussprojekte im Bereich Logistik übernehmen könnten. Denn die Züge fahren nun einmal auch durch Kasachstan auf dem Weg zwischen Europa und China. Diese Anfrage fiel genau in den Zeitpunkt, als das Astana International Financial Center (AIFC) seine Tätigkeit im Jahre 2019 aufnahm. Zuvor hatten wir für westliche Investoren bereits Rohstoff-Projekte in Kasachstan und Russland (Sibirien) vor Ort besichtigt, mit den Behörden und Eigentümern verhandelt und bewertet.

Die Struktur des AIFC, welches innerhalb Kasachstans auf der Grundlage einer eigenen common law basierten Jurisdiktion arbeitet, überzeugte uns derart, dass wir entschieden, hier ein eigenes Büro zu eröffnen.

### Das WIE

Zunächst wird eine persönliche kasachische Steuernummer benötigt, egal ob eine kasachische oder AIFC- Gesellschaft gegründet werden soll. In 2019 war hierfür noch die persönliche Anwesenheit im Land erforderlich, Covid hat hier erhebliche Erleichterungen verschafft und eine Registrierung ist am AIFC nunmehr auch online möglich.

Die Entscheidung, ob eine „innerkasachische“ Gesellschaft oder eine AIFC-Gesellschaft gegründet werden soll, wird danach zu treffen sein, wo der Schwerpunkt der Aktivität gesehen wird. D.h. wird die Gesellschaft eher länderübergreifend und im Netzwerk der AIFC Mitglieder tätig oder schwerpunktmäßig im Land Kasachstan. Ebenfalls von Bedeutung ist, ob es sich um eine Kooperation mit kasachischen Partnern handelt oder – zunächst möglicherweise mangels Netzwerkes – eine reine „Ausländerbesetzung“ gewählt wird. Für eine innerkasachische Gesellschaft wird jedenfalls entweder ein Geschäftsführer mit kasachischer Nationalität benötigt oder aber für einen ausländischen Geschäftsführer ein Arbeitsvisum, was entsprechende Anwesenheitspflichten im Land voraussetzt. Wir haben uns übrigens für beide Varianten entschieden. Während die Gründung einer kasachischen GmbH im Wesentlichen unkompliziert ist, auch nicht von einem bestimmten Stammkapital

abhängig, liegen die Tücken hier vielmehr in der Kommunikation mit den örtlichen Behörden bei der peniblen Einhaltung von Berichtsfristen.

Die Konsequenzen der Nichteinhaltung können für Ausländer empfindlich sein und schlimmstenfalls zu einem Verbot der Einreise führen.

Erheblich aufwendiger ist die Gründung einer Gesellschaft am AIFC. Für die zu wählende Rechtsform ist der Tätigkeitszweck entscheidend. Grundsätzlich stehen hierfür die juristische Person der Ltd, die Partnership, die Non-Profit Organisation und die Foundation zur Auswahl. Es können sowohl bereits bestehende juristische Personen am AIFC registriert als auch solche neu gegründet werden.

Ebenfalls am Tätigkeitszweck entscheidet sich, ob es sich um eine regulierte Tätigkeit handelt, die einer ausdrücklichen Zulassung bedarf oder ob man den erleichterten Voraussetzungen eines „recognised NON-AIFC members“ unterliegt.

Um alle Illusionen gleich vorab zu beseitigen: Rechtsberatungsleistungen zählen zu den 5 sogenannten Ancillary Service Providers, die eine AFSA (Astana Financial Service Authority) -Lizenz benötigen. Die weiteren 4 Beraterdienstleister sind Audit Services, Accountancy Services, Consultancy sowie Credit Rating Services.



Die Lizenzerteilung durch die AFSA ist an die Erfüllung strenger Vorgaben im Hinblick auf interne AML Richtlinien, Weiterbildung, Dokumentation und Reporting geknüpft. Ein AML Officer muss bestellt werden für die Gesellschaft, der eine entsprechende Qualifikation nachweisen muss.

Der Aufwand der Gesellschaftsgründung und Lizenz-Beantragung war für uns erheblich, aber lohnend. Denn durch die hohen AML-Anforderungen haben wir uns grundlegend auch für unsere Tätigkeit in Deutschland mit internen Verfahrensabläufen, internen Kontrollen und der Weiterbildung im Bereich AML befassen müssen/dürfen. Was für kleinere Kanzleien doch in der Regel immer noch ein größerer Sprung ist als für Großkanzleien. Es kam uns hierbei sehr zugute, dass wir aufgrund unserer Tätigkeit der letzten Jahre im Bereich des Legal Managements für ausländische Investoren in Deutschland ohnehin bereits seit geraumer Zeit über entsprechende Verträge mit den Marktführern im Bereich KYC und Compliance Check verfügten. Die fast ausschließlich kasachischen Mitarbeiter des AIFC sind sehr motiviert und bieten jede Unterstützung im Registrierungsprozess. Gleichwohl kann die fehlende internationale Erfahrung im Arbeitsablauf eines Finanzzentrums zu gelegentlichen nervenaufreibenden und mitunter grotesken Gesprächssituationen führen. Uns ereilte das Schicksal etwa bei der Anerkennung der Qualifikation unseres AML Officers (in diesem Fall die Autorin des Beitrages), mit über 10-jähriger Tätigkeit als Senior Advisor des Basel Institute on Governance. Weder waren den Mitarbeitern am AIFC die Wolfsberg-Principles bekannt (obwohl auf der Website des AIFC sogar als Referenz genannt), noch der Umstand, dass das Basel Institute on Governance seit Jahrzehnten die Grundlagenarbeit im Bereich AML international mitgestaltet bzw. initiiert hatte und sogar mit der kasachischen Regierung direkt zusammen arbeitet.

### Die Praxis

Um insoweit bei den Praxiserfahrungen zu bleiben:  
Für Spezialisten im Bereich Investment, Legal Management, Projektentwicklung ist Kasachstan ein überaus lukrativer Standort insbesondere in den Wirtschaftszweigen Rohstoffe, Energie, Logistik, Landwirtschaft und Infrastruktur. Deutschland genießt immer noch einen Bonus in Kasachstan als Wirtschaftspartner. Leider kann dieses Wohlwollen nicht als gegenseitig bezeichnet



werden, immerhin haben beide Länder aber in 2019 nach fast 10 Jahren Stillstand ihre Wirtschaftsbeziehungen wieder intensiviert. Die überwiegenden „Berührungsängste“, wie wir sie in vielen Gesprächen in Frankreich und Deutschland festgestellt haben, sind aber nach wie vor in relevanten Bereichen durchaus berechtigt.

Die kasachische Gesellschaft ist eine Nomadenkultur von nur 16 Millionen Einwohnern in einem 9x so großen Land wie Deutschland. Traditionell sehr versiert als Transitland der großen Nachbarn Russland, China, Indien und Europa können die Kasachen als großartige Gastgeber verschiedene Kulturen in Ausgleich zu bringen und sind immer sehr offen für Innovationen. Das AIFC ist dafür ein beredtes Zeugnis und keinesfalls zufällig in Kasachstan als wichtigster Wirtschaftsnation in Zentralasien angesiedelt.

Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die eigentliche Referenz am Ende doch im Inneren eine Balance zwischen den verschiedenen jahrhundertealten Clans ist. Dies führt zum berühmt-berüchtigten „Behördenkreisel“ – Minister wechseln teilweise im 3 Monatsrhythmus. Was für Investoren jegliche ministeriellen Zusicherungen immer relativ sein lässt. Hinzu kommt, leider, die starke Tendenz kasachischer Joint Venture Partner, den ausländischen Partner komplett aus einem Projekt zu drängen - je erfolgreicher es sich entwickelt. In gewisser tragischer Weise spiegelbildlich dazu steht eine starker

kasachischer Stolz, der sich am Anfang von Kooperationen darin äußert, es in jedem Fall besser als der ausländische Partner zu wissen. Wie viele ausländische Finanzierer am AIFC mussten auch wir feststellen, dass ca. 90 % aller vorgestellten Projekte nicht in einem Maße durchgearbeitet waren, dass sie Investoren vorgestellt werden konnten.

Es war für uns eine gewisse Erleichterung, als wir auch von gestandenen und versierten deutschen Geschäftspartnern im Kasachstan-Geschäft deren identische Erfahrungen bestätigt bekamen.

Kasachstan hat in Pandemie-Zeiten vieles gesetzlich auf den Weg gebracht, um seinen Platz als Investorenland zu stärken. Das deutsche Netzwerk in Kasachstan ist überschaubar, funktioniert gut und sicher ein wesentlicher Garant für erfolgreiches Arbeiten. Die EU hat Kasachstan ebenfalls in eine neue Priorität der Zusammenarbeit und Förderung gehoben. Trotz der Eigenheiten, die Kasachstan wie jedes andere Land aufweist, können wir nur eindringlich für eine Öffnung des anwaltlichen Blickes in Richtung Zentralasien werben – jedenfalls für den internationalen Wirtschaftsrechtler. Und zu guter Letzt: dank der historisch starken Position der kasachischen Frau in der Nomadenkultur ist es für eine Anwältin grundsätzlich überhaupt kein Problem, in Kasachstan gleichberechtigt am Verhandlungstisch zu sitzen, einen gewissen und nachvollziehbaren Respekt für kulturelle Gepflogenheiten vorausgesetzt.

## Regional und ökologisch!

Wie wir unser Ernährungssystem krisenfester gestalten können

Johannes Kamps-Bender



Bild: Kevin May

Johannes Kamps-Bender ist seit 2018 Vorstand im Demeter e.V. Geboren 1966, absolvierte er nach seemännischer, kaufmännischer und landwirtschaftlicher Ausbildung ein Studium der Betriebswirtschaftslehre. Nach Führungspositionen im Bereich der strategischen Markenführung, im Business Development und der strategischen Beratung von Institutionen, Verbänden und Non-Profit-Organisationen führte er eine international tätige Agenturgruppe. Johannes Kamps-Bender baute parallel einen bäuerlichen Gemischtbetrieb mit Verarbeitungszweig auf.

Der Krieg in der Ukraine zeigt die Verletzlichkeit unserer global vernetzten Lebensmittelproduktion: Die Preise für Lebensmittel steigen weltweit stark an. Doch während wir uns in Europa mit Verknappung und Verteuerung beschäftigen, verschärft sich die Lage für Menschen im globalen Süden weitaus extremer. Die ausbleibenden Getreideimporte aus der Ukraine und Russland verschlimmern die sich in den letzten Jahren aufgrund von Dürren und Armut zuspitzende Hungerkrise dramatisch.

In der aktuellen Debatte um die Sicherung der Ernährungslage werden die Rufe einiger Interessensgruppen nach einer Intensivierung der Landwirtschaft in Europa lauter. Sie fordern, die von den Öko-Verbänden hart erkämpften – und doch leider immer noch

nicht ausreichenden – Zielvorgaben und daraus resultierende Maßnahmen des „Green-Deals“ der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) aufzukündigen. Ganz nach dem Motto: was interessiert uns die Ökologie, wenn es jetzt um Menge gehen muss. Dabei zeigt uns gerade die derzeitige Krise, dass eine regionale und ökologische Produktion von Grundnahrungsmitteln der Schlüssel für resiliente Ernährungssysteme ist. Ich bin überzeugt: Hunger bekämpft man nicht mit Mineraldünger und Pestiziden, sondern mit Vernunft, Weitsicht und Ökologie.

Erst die Corona-Krise und nun der Ukraine-Krieg – wie weltumspannend die Lieferketten unserer Lebensmittelversorgung sind, ist uns in jüngster Zeit bewusst geworden. Durch den Ausfall und die Beschränkung von Handelsstrukturen sind einige Abhängigkeiten besonders in den Fokus gerückt. Diese begrenzen sich nicht nur auf Rohwaren und Futtermittelimporte, sondern auch auf Produktionsmittel wie Dünger und Treibstoff. Wir können aktuell beobachten, wie diese Güter im Kriegs-Kontext teilweise als strategisches Druckmittel eingesetzt werden und dies die Welternährungslage in ein massives Ungleichgewicht bringt. Auf der einen Seite sind wirtschaftliche Sanktionen notwendig, auf der anderen Seite führen ihre Folgen dazu, dass Menschen durch die teilweise Verdoppelung der Rohwarenpreise Hunger leiden. Hieraus lässt sich ebenfalls eine Steigerung des Konfliktpotentials ableiten. Dabei kann Handel an sich positiv und friedensstiftend sein: Der Kauf von fair gehandelten und möglichst ökologisch angebauten Produkten kann die Situation der Menschen am Ort der Produktion bei einem guten Mix aus Food und Cash Crops verbessern und beim Auf- und Ausbau von lokalen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen helfen. Ein praktiziertes Lösungsmodell für den globalen Süden ist etwa der Ansatz der Agrarökologie auf Grundlage des Ökolandbaus, um sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme zu fördern. Lokale Bäuerinnen und Bauern sowie handwerkliche Verarbeiter können sich hier direkt in Entscheidungsprozesse einbringen und nach ihren Bedürfnissen mitgestalten. Übrigens punktet der Ökolandbau gerade dort in manchen Ländern mit einem besseren Ertrag auf den sensiblen, von Wasserknappheit betroffenen Böden.

Hier trägt die Humuswirtschaft zur Ernährungssicherheit vor Ort bei.

Zu einer möglichst unabhängigen und damit sicheren Lebensmittelversorgung trägt bei, wenn die Grundnahrungsmittel vor Ort produziert werden. Wir müssen davon wegkommen, gigantische Mengen an Getreide, Fleisch oder Soja zur Tierfütterung um die Welt zu schiffen, fliegen oder fahren, während an den Ursprungsorten die Flächen und Mittel zur Ernährung der lokalen Bevölkerung fehlen. Eine regionale Produktion an sich schafft jedoch noch keine Souveränität. Die gesamte Produktionskette muss mitgedacht werden: So haben wir beispielsweise in Deutschland bei Schweinefleisch eine Selbstversorgungsrate von über 100 Prozent, sind aber stark von Futtermittelimporten abhängig. Der Wegfall von Futtergetreide und Eiweißfutter im Zuge des Ukraine-Kriegs hat auch hier schwerwiegende Folgen. Futtermittelengpässe machen den Mastbetrieb so unrentabel wie lange nicht, und zwingen Landwirte zur Aufgabe ihres Betriebs. Es wird deutlich, dass wir durch regionale Eiweißalternativen und den Verzicht auf Hochleistungsmast die Abhängigkeit von importierten Futtermitteln minimieren können. Zusammen mit dem Aufbau stabiler regionaler Wertschöpfungsketten schaffen wir zusätzliche Souveränität. Wir kommen nicht darum herum, unser Konsumverhalten in Frage zu stellen. Dazu gehört auch, aktiv dafür zu sorgen, dass wertvolle Lebensmittel – und zwar vom Feld bis auf den Teller – nicht verschwendet werden. Derzeit werden im Jahr 1,3 Milliarden Tonnen aussortiert und weggeworfen, das sind fast ein Drittel des weltweiten Nahrungsmittelverbrauchs! In Deutschland liegt die Foodwaste-Quote sogar noch höher. Doch wir kommen jedoch auch nicht darum herum, unsere Land- und Lebensmittelwirtschaft mittelfristig zu einem nachhaltigen, ökologischeren, resilienteren und krisenfesten System umzubauen. Der Ökolandbau bietet hier bereits heute vielfältige Lösungsansätze: mit geschlossenen Kreisläufen, flächengebundener Tierhaltung und dem Verzicht auf mit hohem Energieaufwand hergestellte chemisch-synthetische Dünge- und Pflanzenschutzmittel. Eine ökologische Produktionsweise setzt gleichzeitig auch an der Grundlage unser aller Lebens an: beim Boden. Denn er ist unsere wichtigste Ressource für eine langfristige



Demeter-Landwirte ackern ohne chemisch-synthetische Pestizide (Bild: Yool GmbH & Co. KG)

sichere Lebensmittelversorgung. Kurzfristig auf Maximalerträge bei hohem Energieinput abzielen, widerspricht jedem Verständnis von Nachhaltigkeit. Das erkannten bereits die Landwirte um den Grafen und die Gräfin von Keyserlingk, die sich 1924 auf dem Gut Koberwitz nahe Breslau im Rahmen des landwirtschaftlichen Kurses von Rudolf Steiner zusammenfanden – dem Ursprung der Demeter-Landwirtschaft. Sie beobachteten eine Abnahme der Lebensmittelqualität und der Bodenvitalität nach dem rasant zunehmenden Einsatz von mineralischen Stickstoffdüngern zur industriellen Massenproduktion von Lebensmitteln. Die Antwort darauf: Bodenaufbau und Humusförderung durch die Versorgung mit Mist und Kompost, weite Fruchtfolgen mit Gründüngungen und schonende Bodenbearbeitung. Diese bilden noch heute die Grundlage für eine zukunftsorientierte Sicherung der Demeter-Versorgungsstrukturen.

Eine weitere wichtige Stellschraube im landwirtschaftlichen System ist die Tierhaltung. Klar ist: Massentierhaltung und die damit einhergehende massive Abhängigkeit von Eiweißfutterimporten sind nicht weiter tragbar! Wir brauchen eine zukunftsfähige Tierhaltung mit einer flächengebundenen, heimischen Futtermittellieferung. Denn knapp 60 Prozent unserer deutschen Getreideernte landet bereits heute im Tierfutter. Nach Abzug von Getreide zur Energiegewinnung, dem Industrieverbrauch und der Saatgutgewinnung bleiben nur rund 20 Prozent für die menschliche Ernährung. Um eine Kalorie Rindfleisch zu erzeugen, brauchen wir 10

Kalorien aus Getreide! Tierfutter steht also in direkter Flächenkonkurrenz zur Getreideproduktion für Lebensmittel. Gleichzeitig besteht eine hohe Abhängigkeit von Eiweißfuttermitteln für die Hochleistungs-Tierhaltung. So haben etwa die heute üblichen Hühnerrassen genetisch ein so hohes Leistungspotential, dass es immer schwieriger wird, diese leistungsgerecht zu füttern. Die ausfallenden Importe des Sonnenblumen-Presskuchens aus der Ukraine zeigen die Verletzlichkeit dieses auf Hochleistung getrimmten Systems: Mit regionalen Eiweißquellen sind die Bedarfe der Tiere kaum zu decken, und es kommt zu einer starken Verknappung bei gleichbleibend hoher Nachfrage am Eiweißfuttermittelmarkt. Wie können wir dies lösen? Landwirte und Verbraucher müssen umdenken und sich fragen: Welche Systeme, welche Strukturen sind wirklich nachhaltig und erfüllen unsere Ansprüche an Tierwohl, Klima- und Umweltschutz sowie an Biodiversität? Das sind zum einen natürlich Tiere, die möglichst robust sind und einen Großteil ihres Energie- und Eiweißbedarfs aus Nebenprodukten der Lebensmittelherstellung bzw. über einfache Futterqualitäten decken können. Zum anderen kommen wir alle nicht darum herum, unseren Konsum an tierischen Produkten zurückzufahren. Das heißt, lieber weniger Eier und Fleisch, dafür aber von hoher Qualität und unter ökologisch-nachhaltigen Bedingungen produziert!

Zudem müssen wir ein neues Verständnis für Ressourceneffizienz etablieren: Statt allein den Energie-Input als Rechengröße heranzuziehen, bringt es uns weiter – und ist dabei



Boden: Grundlage unser aller Leben (Bild: Yool GmbH & Co. KG)

transparenter und ehrlicher – die gesamte Produktion differenziert zu betrachten und die sogenannten Opportunitätskosten mit zu berücksichtigen. Um beim Beispiel des Tierfutters zu bleiben, drängt sich hier die Frage auf, was statt diesem auf dem Acker an Lebensmitteln erzeugt hätte werden können. Dasselbe gilt für den Anbau von Energiepflanzen.

Den Umbau unseres Landwirtschaftssystems können wir jedoch nicht ohne konsequente politische Steuerung erreichen. Das von der neuen Bundesregierung veranschlagte Ziel von 30 Prozent Bio muss mit Nachdruck weiterverfolgt werden – für mehr Klima- und Umweltschutz und für mehr Artenvielfalt. Denn sichere Ernten brauchen gesunde Ökosysteme, und diese lassen sich nicht durch eine Intensivierung der Landwirtschaft aufbauen. Wie dies gelingen kann, zeigt der Ökolandbau – und er steht als Transformationsmotor für eine für Mensch, Tier und Umwelt gesunde und sichere Ernährung bereit!

# Vom Einklang von Ökonomie und Ökologie

Mit dem WWF auf dem Weg hin zu einer One Planet Economy

Dr. Martin Bethke



Dr. Martin Bethke war Geschäftsleiter Märkte & Unternehmen des WWF und Geschäftsführer der PANDA Fördergesellschaft. Schwerpunkt seiner Arbeit war die Beratung von Märkten, Branchen und Unternehmen, um die Anzahl von Marktteilnehmern zu steigern, für die ein nachhaltiges Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen eine Selbstverständlichkeit sind.

Er hat über 20 Jahre Erfahrung in Unternehmen, Beratung, Start-ups mit dem Fokus auf Strategieentwicklung, Nachhaltigkeit, Marken- und Produktmanagement sowie Stakeholder-Engagement.



WWF.DE  
/ONEPLANETBUSINESS

Dürren, Stürme, Fluten, Waldbrände: Die Folgen der Klimakrise werden jeden Tag sichtbar und die natürlichen Lebensräume der Erde in nie dagewesener Geschwindigkeit zerstört. Wenn der Verbrauch an natürlichen Ressourcen so weitergeht wie bisher, werden wir bis zum Jahr 2050 zwei Planeten benötigen, um unsere Bedürfnisse nach Nahrung, Energie und Infrastruktur zu decken. Dabei ist wirtschaftliche Aktivität einer der Kerntreiber der Zerstörung. Das Zeitfenster zum Gegensteuern, in dem wir eine Eskalation der Klimakrise noch verhindern können, schließt sich allerdings rasant.

Auch vor dem Hintergrund des Pariser Klimaabkommens von 2015 und dem Versuch, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius – möglichst 1,5 Grad – zu beschränken, sind die aktuellen Fortschritte nicht ausreichend.

Neben der Klimakrise steuern wir aber auch auf eine weitere, für viele unsichtbare Krise zu: Wir erleben das größte Artensterben seit dem Ende der Dinosaurierzeit vor 65 Millionen Jahren. Die Populationsgröße etwa der Hälfte der Arten geht zurück. Die Bestände der anderen Hälfte sind stabil oder wachsen. Die Wirbeltierbestände schwinden seit 46 Jahren kontinuierlich, seit 1970 um durchschnittlich 68 Prozent. Die Artenvielfalt in Gewässern und Feuchtgebieten schwindet noch schneller – um 84 Prozent! Wir verlieren ökologische Vielfalt in ungeahntem Ausmaß und Tempo. Getrieben durch unseren Ressourcen Hunger müssen natürliche Lebensräume weichen und mit ihnen auch die Tiere und Pflanzen. Dabei ist einer der Treiber unser Konsum – insbesondere im globalen Norden. Ob Fleisch, Fisch oder Soja (um nur einige Beispiele zu nennen): Wir verbrauchen immer mehr Rohstoffe, die sich weder regenerieren können noch in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Fakt ist: Wenn die ganze Welt so konsumieren würde wie wir in Deutschland, bräuchten wir fast drei Erden. Wir haben allerdings nur eine. Was ist also die Erkenntnis daraus?

Wir stehen vor einer tiefgreifenden Zäsur und umfassenden Transformation, die alle Bereiche betreffen wird: Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Dabei wird es entscheidend sein, dass wir Zielkonflikte – z.B. zwischen Sicherung der Lebensgrundlagen und Wirtschaftskraft – auflösen und lösungsorientiert nach vorne denken. Dazu gehört, dass wir generell einen Weg zum schonenden Umgang mit den Ressourcen unseres Planeten finden müssen, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Zudem müssen wir neu definieren, was Wohlstand eigentlich bedeutet.

In Bezug auf die Wirtschaft ist einer der Schlüssel das nachhaltige Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen und damit zusammenhängend die Etablierung der Kreislaufwirtschaft – das ist der größte Hebel zum Erreichen unserer Klima- und Ökologieziele. Auf der anderen Seite: Es gibt keine Ökonomie ohne Ökologie. Ein Wirtschaftssystem, das auf grenzenlosem Wachstum fußt, wird zum

ökologischen und klimatischen Kollaps führen. Die Wirtschaft ist angewiesen auf gesunde und funktionierende Ökosysteme. Frisches Wasser, massives Holz zum Bauen, Metalle der Seltenen Erden für Elektromobilität – die Grundstoffe für wirtschaftliche Aktivitäten liefert allein die Natur. Erst diese Stoffe erlauben die Entwicklung von Technologie, ermöglichen Innovationen und wirtschaftlichen Wettbewerb. Der Planet stellt sie zur Verfügung – solange er intakt ist. Der ökologische Umbau ist überlebenswichtig für die Wirtschaft und liegt damit schon im eigenen Interesse jedes Unternehmens.

Bei vielen Rohstoffen und Ressourcen sind die natürlichen Ökosysteme bereits aus dem Takt geraten, Unternehmen spüren die steigenden Risiken, die das Überschreiten der Belastungsgrenzen des Planeten mit sich bringt. Knappheiten und Ausfälle von Rohstoffen führen zu hohen Preisen am Markt und langen Wartezeiten. Wirtschaftsmodelle preisen ihren Wert bisher nicht ein. Das funktioniert nur mit unendlichen Ressourcen, die wir auf einem endlichen Planeten nicht haben.

Klar ist: Unternehmen stehen mit dem nachhaltigen Umbau der Wirtschaft hin zu einer „One Planet Economy“ vor einer gewaltigen Aufgabe. Lieferketten, Wertschöpfungsprozesse und Finanzströme müssen grundlegend transformiert werden. Viele Unternehmen benötigen Unterstützung, um die eigenen Herausforderungen zu verstehen und konkrete Handlungsfelder zu erkennen. Wo liegen die Risiken und Chancen? Welche Verbesserungspotenziale lassen sich heben, welche Besonderheiten ergeben sich in der eigenen Branche und dem eigenen Wirtschaftssektor? Fragen, die am Anfang eines Transformationsprozesses und einer Status Quo Analyse stehen. Mit dem WWF Nachhaltigkeitsnavigator gibt der WWF Unternehmen im Rahmen eines Assessments eine Antwort auf diese Fragen und bietet Orientierung, um Nachhaltigkeit fest im Unternehmen zu verankern. Das Ziel dabei: Die Transformation des Unternehmens zu einem One Planet Business und einem Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen.

Das Kernstück des Nachhaltigkeitsnavigator ist eine individuelle Nachhaltigkeits-Scorecard, die den Status Quo mit der WWF-Vision eines nachhaltigen Unternehmens in acht Dimensionen abgleicht und den

Ausgangspunkt für einen zukunftsorientierten Transformationspfad bildet. Innerhalb eines Quartals erheben Sustainable Business-Manager des WWF die Basisdaten eines Unternehmens und der zugehörigen Branche. Sie führen dafür Workshops und Interviews mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch, führen die gewonnenen Erkenntnisse in der Scorecard zusammen, entwickeln Handlungsempfehlungen und ggf. Kooperationsansätze für eine längerfristige Zusammenarbeit und einen entsprechenden Transformationspfad des Unternehmens. Dabei stehen acht Dimensionen im Vordergrund:

**1. Der strategische Überbau:** Nachhaltigkeit ist das zentrale Element in den Unternehmenswerten, der Vision und Mission sowie in der Unternehmensgesamtstrategie. Aus der Gesamtstrategie leiten sich die Teilstrategien ab, die alle konsistent zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele beitragen.

Es existieren zudem kurz-, mittel- und langfristige Ziele in allen relevanten Bereichen, in Übereinstimmung mit der „Science Based Targets Initiative“. In dieser Initiative leiten Unternehmen auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse unternehmensspezifische Emissionsreduktionsziele in Einklang mit einer Erderhitzung von 1,5 Grad ab. Bereits über 1.200 Unternehmen engagieren sich im Rahmen der Initiative, die der WWF mitgegründet hat, für die Setzung Paris-kompatibler Klimaziele.

**2. Verankerung im Management:** Die Nachhaltigkeitsabteilung berichtet direkt an den Vorstand, der Verantwortung für Strategie und Nachhaltigkeitsleistung trägt. Abteilungsleiterinnen sind Teil des Nachhaltigkeitsteams. Prinzipien von Diversität, Inklusion, Gleichberechtigung spiegeln sich in der Belegschaft wider. Anreize für einen nachhaltigen Lebensstil der Mitarbeiter existieren. Ein Beispiel dafür sind „Challenges“ für die Belegschaft zur Reduzierung von Emissionen, etwa durch Verzicht auf den Dienstwagen.

**3. Blick auf die Lieferkette:** Das Unternehmen verfügt über eine umfassende Beschaffungsstrategie, die sowohl soziale als auch umweltbezogene Aspekte der Materialbeschaffung berücksichtigt. Es gibt eine glaubwürdige Prüfung der Zulieferer sowie eine größtmögliche Beschaffung der nachhaltigsten Rohstoffalternativen. Mit Zulieferern arbeitet das Unternehmen an der Optimierung der Nachhaltigkeitsleistung der gesamten Wertschöpfungskette.

**4. Emissionen und Abfälle in der Produktion:** Relevante Luftschadstoff-Emissionen und Treibhausgas-Emissionen sind bekannt und umfangreiche Emissionsminderungsmaßnahmen werden ergriffen. Es sind bereits deutliche Reduktionen im Bereich der Emissionen in Scope 1, 2 und 3 vorhanden, die auf die Umsetzung von Effizienzsteigerungsmaßnahmen und den Bezug von Energie aus erneuerbaren Quellen zurückzuführen sind. Das Unternehmen verfügt über eine fundierte Strategie zur Erreichung der Pariser Klimaziele. Es bestehen ehrgeizige Ziele und Richtlinien entlang der Abfall-Hierarchie zu Vermeidung, Umweltverträglichkeit, Gewicht, Wiederverwendbarkeit und Recyclingfähigkeit von Sekundärverpackungen. Das Unternehmen ermittelt konsequent den „Müll-Fußabdruck“ in der gesamten Wertschöpfungskette, auch unter Einbeziehung der Lieferanten.

**5. Fußabdruck des Produkts:** Das Unternehmen verfolgt eine ganzheitliche Nachhaltigkeitssystematik für alle Phasen des Produktlebenszyklus. Schon das Produktdesign ist auf Kreislaufwirtschaft ausgelegt. Informationen zur Nachhaltigkeitsleistung der Produkte werden zudem veröffentlicht.

**6. Kommunikation schafft Öffentlichkeit:** Das Unternehmen informiert umfassend zur eigenen Nachhaltigkeit und seinen Produkten, klärt über die größten Nachhaltigkeitsprobleme auf, leitet Konsumenten gezielt zu nachhaltigen Produktalternativen, engagiert sich auch nach dem Kauf noch für eine Reduktion von negativen Nachhaltigkeits-Impacts und weist auf Produktverpackungen auf Nachhaltigkeitsaspekte hin. Das Unternehmen berichtet nach einem breit akzeptierten Standard (z.B. GRI) und stellt umfassend sektorspezifische Informationen zur Verfügung.

**7. Dialog und Einbindung der Stakeholder:** Das Unternehmen engagiert sich gegenüber einer breiten Stakeholder-Gruppe auf Basis eines dauerhaften Prozesses, der die wesentlichen Nachhaltigkeitsaspekte benennt. Auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hoher Führungsebenen nehmen am Dialog teil. Das Unternehmen legt offen, wie das Stakeholder-Feedback in den Entscheidungsprozess und die Strategie einfließen. Es engagiert sich umfassend und regelmäßig gegenüber Kunden zu den Umweltauswirkungen von Produkten auf der Grundlage spezifischer Daten. Das Unternehmen engagiert sich zudem gegenüber

Kapitalgebern und stellt materielle Informationen zu Strategie, Risiken, Leistungen und Verpflichtungen zur Verfügung.

**8. Politisches Engagement und öffentliche Positionierung:** Das Unternehmen legt dar, wie die eigenen Nachhaltigkeitszielsetzungen in Zusammenhang mit politischen Zielen stehen, beispielsweise den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) und den Pariser Klimazielen. Das Unternehmen zeigt auf, wenn nationale politische Ziele im Widerspruch zu internationalen politischen Zielen oder der aktuellen politischen Agenda stehen und weist zudem aus, wie die ergriffenen Maßnahmen auf die Zielerreichung einzahlen. Es bezieht klar Position zu relevanten politischen Problemstellungen in Bezug auf Nachhaltigkeit.

Mit der aus diesen acht Dimensionen erstellten Scorecard erhält jedes Unternehmen einen fundierten Datensatz dazu, wo es im Bereich Nachhaltigkeit steht. Die Scorecard ist der Ausgangspunkt, um gemeinsam Nachhaltigkeitsziele und Transformationspfade zu definieren, die in einem weiterführenden Kooperationsprozess mit dem WWF in das „One Planet Business Framework“ münden. Das Framework hilft, den Wandel weiter zu strukturieren und aktiv zu gestalten, damit perspektivisch jedes einzelne Unternehmen innerhalb der planetaren Grenzen wirtschaften kann. Der Weg dorthin wird nicht einfach sein und für manche auch unmöglich. Aber er ist die einzige Option, wenn wir einen Einklang von Mensch und Natur sowie Ökonomie und Ökologie erreichen wollen. Denn nur wenn wir das schaffen, werden wir unsere Gesellschaft zu anhaltendem Wohlstand und einem sicheren Leben innerhalb der planetaren Grenzen führen.



# Transformation oder Deindustrialisierung?

KMUs brauchen Lösungen zur Modellierung ihrer Geschäftsmodelle

Michael Truernit



Michael Truernit ist Gründer der CFE-Unternehmensgruppe und BWA-Senatsmitglied. Er verfügt über 15 Jahre Erfahrung als zertifizierter Ratinganalyst für Unternehmen und Immobilien und begleitet Expansionen und M&A-Prozesse für KMUs. Die CFE Gruppe ist Entwickler digitaler Ratingframes und berät zu Corporate Rating, ESG Rating und Immobilienrating. 2022 gründete Michael Truernit den Bundesverband Ratinganalyse, Standards, Nachhaltigkeit (BRN) e.V.

## Transformation oder Deindustrialisierung?

Positive Konjunkturdaten, finanzpolitisch gesteuert durch „Null-Zinspolitik“ und historisch niedrige Inflationsraten ertüchtigten Staaten und Staatengemeinschaften zum Aufruf globalen Multilateralismus in der Hoffnung auf Schaffung global einheitlicher Ziele und Umsetzung ohne nationalstaatliche Interessen.

Finanzpolitisch hervorzuhebende Ereignisse sind massive „Anleihenkäufe“ und Stabilisierung von defizitären Staatshaushalten sowie „Transferzahlungen“ als Konjunkturprogramme für wirtschaftlich schwache Staaten zum Zweck der Sozialangleichung.

Ordnungspolitisch hervorzuhebende Ereignisse sind geschaffene Regelwerke der Bereiche environmental | social | governance, kurz ESG, die singuläre und verbindbare Elemente

umfassend zur neuen Grundlage unternehmerischen Schaffens zwingen.

Die Politik definiert das zu erreichende Ziel mit dem Begriff gesamtwirtschaftliche Transformation. Jüngste Ereignisse legen alle Schwächen offen: Covid 19 lähmte die globalisierte und eng verzahnte Wirtschaft und deren Lieferketten, Lock-Downs schwächten Volkswirtschaften und Akteure. Zum Ende der unbewältigten Pandemie mit riesigen unfassbaren Vermögensschäden drohen Rezessionen und Einschnitte.

Der russische Angriff auf die Ukraine offenbart das Scheitern multilateraler Ambitionen und Rückfall in nationalstaatliche Interessenspolitik.

Der kriegerische Akt legt schonungslos unsere Abhängigkeiten vom russischen Rohstofflieferanten (Öl|Gas|Palladium|Kautschuk) offen, Produktions- und Lieferketten werden zunehmend fragiler, die Ukraine als eines der wichtigsten Exportnationen für Weizen und Kunstdünger wird verwüstet.

Es drohen Kaskadeneffekte mit massiven humanitären und wirtschaftlichen Auswirkungen.

### Problemstellung „Politik | Wirtschaft“:

Die global „lockere“ Geldpolitik mit historischen Niedrigzinsen, auf Ebene der EZB durch massive Anleihenkäufe verschärft, reduziert Handlungsspielräume der Zentralbanken zur Gegensteuerung der galoppierenden Inflation zur Abfederung und Begegnung drohender Rezession auf null.

Unter dem Eindruck der russischen Attacke hat die Ifo ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum drastisch auf 2,1 % korrigiert (Halbierung des Wachstums), wobei eine Auflösung der Lieferengpässe bei Rohmaterialien und Vorprodukten unterstellt wird. Das IW geht schon von einer Schrumpfung des BIP von -1,4% aus.

Die ökonomische Verwerfung für die Wirtschaft auf Grund des Ukraine-Krieges wird für 2023 mit ca. 90 Mrd. Euro eingeschätzt. Bereits vor dem Kriegsereignis sorgte Covid 19 für erhebliche wirtschaftliche Unsicherheiten:

Laut Umfragen bestätigen 81,9% der Unternehmen massive Probleme bei der Beschaffung von Produkten, 60% haben Lieferprobleme wegen der stark vernetzten Industrie

in Deutschland, wo insbesondere der Mittelstand mittlerweile besonders betroffen ist. Die Abhängigkeiten in der Vor- und Zwischenproduktion zu Lieferketten/Logistik und gestiegenen Energiekosten können diese Unternehmen kaum weitergeben.

Trotz voller Auftragsbücher musste bei Automobilherstellern anteilig die Produktion eingestellt werden (Halbleiterproblematik). Die Zahlen sind ernüchternd; in 2021 sank der Absatz auf das Niveau von 1974. Hinzu kommt das Aussetzen der „Schuldenbremse“, was die Staatenlenker zu ungehemmter Kreditaufnahme befähigt. Mit Kunstgriffen wird Schuldenaufbau in „Sondervermögen“ versteckt, was zu Lasten von Finanz- und Währungsstabilität führt. So startete die neue Koalition mit einem Kunstgriff aus „noch verfügbarem Coronabudget“ und schichtete 60 Mrd. in den „Energie- und Klimafonds“ um. Nach einer Schuldenaufnahme von 214 Mrd. Euro in 2021 ist in 2022 die Neuverschuldung weiter gestiegen. Dies dürfte noch nicht das Ende sein. Das IW erwartet eine Zunahme von bis zu 200 Mrd. Euro in diesem Jahr.

Hinzu kommen 2 „Sondervermögenshaushalte“: die Bundeswehr soll mit 100 Mrd. ausgestattet werden, das zeitlich begrenzte „Energie-Entlastungspaket“ ist beschlossen. Zu alledem warnt der Gesundheitsminister vor neuen Coronawellen. Nach Einschätzung aller Experten ist eine Rezession dann nicht mehr vermeidbar.

Bei diesen Summen ist man fast „romantisch“ an die Finanzkrise 2008 erinnert. Seinerzeit trat der Staat als Rettungsakteur mit direkten Garantien für die HRE mit 50 Mrd. Euro und mittelbaren Gewährleistungen zur Stabilisierung der Finanzbranche von ca. 200 Mrd. Euro auf. Nach Auffassung aller eine skandalös hohe Summe. Die Kanzlerin und ihr Finanzminister wandten sich damals in einer Fernsehansprache an die Bürger und versicherten die Sicherheit von Spareinlagen. Die Unplanbarkeit von Ereignissen wie Covid-19 und dem Ukraine-Krieg sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Staat in zurückliegenden Jahren als Strategie und Krisenmanager vitale Interessen des Gemeinwohls fragwürdig gemanagt hat.

Leider unbeirrt beharrt die Nomenklatura auf die Durchsetzung eingeleiteter Prozesse gesamtwirtschaftlicher Transformation und Energiewende, anders ist die Beibehaltung



der staatlichen Energieverteuerung nicht zu deuten. Finanzmärkte und Finanzwirtschaft sind beunruhigt. Sie reagieren mit Neubewertungen von Ausfallrisiken, Kreditrisiken, Kürzungen und restriktiver Vergabe bis hin zur Beendigung von Kundenbeziehungen. Drohende Rezession und geänderte Sichtweise der Banken auf Kreditportfolien erhöhen den Druck auf KMU zu eigenständiger und verbesserter Finanzkommunikation zur Öffnung alternativer Finanzierungspartner massiv.

### **Alternative Finanzierungsquellen werden für Unternehmen zur Existenzfrage.**

Die „technische“ Rezession durch Covid 19 und Kriegsereignis ergänzt sich durch ambitionöse systemische Risiken politisch verordneter Transformation für alle wirtschaftlichen Akteure (ESG).

Unabhängig der Bewertung von „Finanzausfallwagnissen“ sind Unternehmen zu umfassenden Berichterstattungen an Kreditgeber und Öffentlichkeit aufgerufen.

Die Sorge vor Umsetzbarkeit, Einfluss auf ganze Geschäftsmodelle und Imageverluste sind insbesondere bei kleineren Unternehmen hoch.

Noch unbekannte Regelwerke schüren Ängste vor „Bürokratiemonstern“ und Kosten.

Auch wenn offiziell die Umsetzung ESG zeitliche Reserven für kleinere Unternehmen definiert; tatsächlich selektieren, auf Weisung der EZB, alle Geschäftsbanken schon jetzt ihre unternehmerischen Kreditportfolien auf ESG-Konformität.

Die EZB-Ankündigung nächster „Stresstests“ übt Druck auf die Institute aus.

ESG wird unmittelbaren Einfluss auf das Corporate-Rating haben und KMU vorfristig beschäftigen und belasten.

Betroffen sind alle Unternehmen, branchenübergreifend.

Die zu implantierenden ESG Faktoren im Corporate-Rating werden systemisch hinterlegt nach Unternehmensgrößen abgestuft und werden Bestandteil von Erhalt von Finanzierung, Ausweitung, Fördermittel als auch Kündigung.

### **Insbesondere KMU ohne „Systemrelevanz“ benötigen Lösungen zur aktiven Modellage und Finanzierbarkeit ihrer Geschäftsmodelle**

#### **Wir müssen uns ehrlich machen**

Unsere Wirtschaft lebt von Schlüsselindustrien, Stahl, Chemie, Automobil verzeichnen seit einem Jahr eine Steigerung der Stromkosten um 150%, Gas noch deutlich darüber, was

schon jetzt zu ersten Produktionseinstellungen führt.

Dies ist nicht dem Ukraine-Krieg zuzuschreiben, vielmehr die Folge von Einführungen wie Energiesteuer, CO<sub>2</sub>-Steuer, indirekter Abgaben und der zunehmenden Abkoppelung von unseren Primärenergien mit zunehmenden Belastungen für Wirtschaft und Menschen. Brutale realpolitische Erkenntnis ist, dass eine Wirtschafts- und Exportnation wie Deutschland ohne eigene Primärenergien nicht existenzfähig ist. Die Pflicht zur Versorgung von Menschen mit Strom und Wärme muss erwähnt sein!

Der Ukraine-Krieg ist lediglich Brandbeschleuniger einer Energiepolitik, die nach Auffassung des IW auf Klimaneutralität und nicht auf Energiesicherheit ausgerichtet ist. Für die Regierung bedeutet dies, eingeleitete Transformationen sehr kritisch zu überdenken, wollen sie dem von ihr verwalteten Volk Lebensstandards und wirtschaftliche Existenz erhalten.

Für uns alle bietet die aktuelle Situation Gelegenheit zur Aufnahme eines neuen kritischen Dialogs mit der Politik und ihren „Wertreibern“.

Unternehmen sollten sich auf schwierige Zeiten mit Markt und Finanzpartnern einstellen. Die Jahre finanzpolitisch gestützten Wirtschaftswachstums sind vorbei.

## Das neue „Wir“

Die Verbindung von Gesundheit, Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft.

Anja Schönheit



Anja Schönheit ist Diplom Pflégewirtin und hat 25 Jahre Berufserfahrung in der Gesundheitsbranche. Neben ihrer Tätigkeit als Pflegedirektorin im Green Hospital Lichtenfels arbeitete Frau Schönheit an strategischen Projekten im ersten bundesländerübergreifenden kommunalen Gesundheitsverbund mit rund 5500 Mitarbeitern im Raum Südtüringern und Oberfranken mit. Im Rahmen ihres Pflegemanagementstudiums hat sie für das Leuchtturmprojekt Green Hospital in Lichtenfels im Jahr 2015 ein Nachhaltigkeitskonzept entwickelt und in den Klinikalltag umgesetzt. Das etablierte Nachhaltigkeitskonzept wurde weiterentwickelt und kann in allen Settings des Gesundheitswesens angewendet werden. Es verbindet die Themen Gesundheit, Umwelt, Wirtschaft, fördert eine positive Kultur des Miteinanders und orientiert sich an den Zielen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

**Krisen als Chancen für neue Entwicklungen**  
Klimawandel, Gesundheitsrisiken, Pandemien und Wirtschaftskrisen fordern die Weltbevölkerung zum Umdenken auf. Das Bedürfnis nach Sicherheit, Gesundheit und Lebensqualität wird der neue Treiber wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklungen.

Das Gesundheitssystem in Deutschland gilt als eines der besten Welt. Ein dichtes Netzwerk aus Leistungserbringern, ein umfassend finanziertes Leistungsangebot sowie ein umfassender Versicherungsschutz gehören zu den bisherigen Errungenschaften. Dennoch wirken sich die Folgen der Corona Pandemie auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus. Dies zeigt, dass die größten Produktivitätsreserven zurzeit im Gesundheitssektor liegen, da hier weltweit die größten Kosten und vermeidbare Verluste anfallen.

Die Erfüllung des gesundheitlichen Versorgungsauftrages wird durch medizinische und technische Fortschritte und demographische Entwicklungen stets kostenintensiver. Durch die steigende Nachfrage an Gesundheitsleistungen liegen die derzeitigen Gesundheitsausgaben aktuell bei 411 Mrd. Euro pro Jahr (11,9 % Anteil am BIP). Gesundheitsunternehmen haben bekanntlich während der Pandemie mit wirtschaftlichen Krisen und Sanierungsmaßnahmen zu kämpfen.

Trotz der hohen Gesundheitsausgaben werden immer mehr Menschen frühzeitiger krank und der Anteil an Frühberentungen steigt. Hierdurch wächst nicht nur der Bedarf an hochspezialisierten Fachkliniken, sondern auch der Bedarf an Fachpersonal. Vor allem im ländlichen Raum wird es zunehmend schwieriger die Versorgungsstrukturen aufrecht zu erhalten, wodurch sich der Zugang zum Gesundheitssystem für den Einzelnen erschweren kann.

Parallel dazu steigt der Bedarf an Pflege- und Betreuungsleistungen, vor allem durch den Rückgang von familiären Netzwerken. Die Kranken- und Pflegekassen stehen vor nicht kalkulierbaren Kostenblöcken, die Liquiditätsreserven sinken, das Solidaritätsprinzip kann nachhaltig gefährdet werden.

Um die gegenwärtige Gesundheitskrise zu bewältigen, benötigen wir einerseits innovative Versorgungsstrukturen und andererseits reibungslose Abläufe in Verbindung mit Ressourcenschonung in allen Bereichen des Gesundheitssystems. Den zukünftigen Anforderungen können wir nur gerecht werden, wenn die transdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Forschung innerhalb der Gesundheitswirtschaft gefördert- und auch in die Praxis umgesetzt wird. Gesundheitswirtschaftliche Sektoren, naturwissenschaftliche sowie betriebs- und volks-

wirtschaftliche Disziplinen gilt es stärker zu verzahnen.

Die Einbeziehung von Wissenschaft und Forschung, Start-ups, sowie kleinere und größere Unternehmen und soziale Institutionen bilden die Kernelemente zur Verbesserung der gesamtgesellschaftlichen Produktivität und bei der Gestaltung des Wertewandels hin zu mehr Wirtschaftlichkeit und Lebensqualität.

### Umwelt und Gesundheit als grenzübergreifende Innovationsfelder

Ein weiteres akutes Problem der Gesundheitswirtschaft ist der enorme CO<sub>2</sub> Ausstoß. Der Gesundheitssektor ist laut Angaben für 4,4 Prozent der globalen Treibhausgase, wie CO<sub>2</sub> verantwortlich und liegt damit höher als der Luftverkehr und die Schifffahrt. Diese Umweltbelastungen stehen dem eigentlichen Versorgungsauftrag entgegen, nämlich Gesundheit zu fördern bzw. wieder herzustellen.

Gerade im Hinblick auf das Klimaschutzgesetz können durch CO<sub>2</sub> und Ressourceneinsparungen Kosten im Gesundheitssystem gesenkt werden und die Umwelt geschont werden.

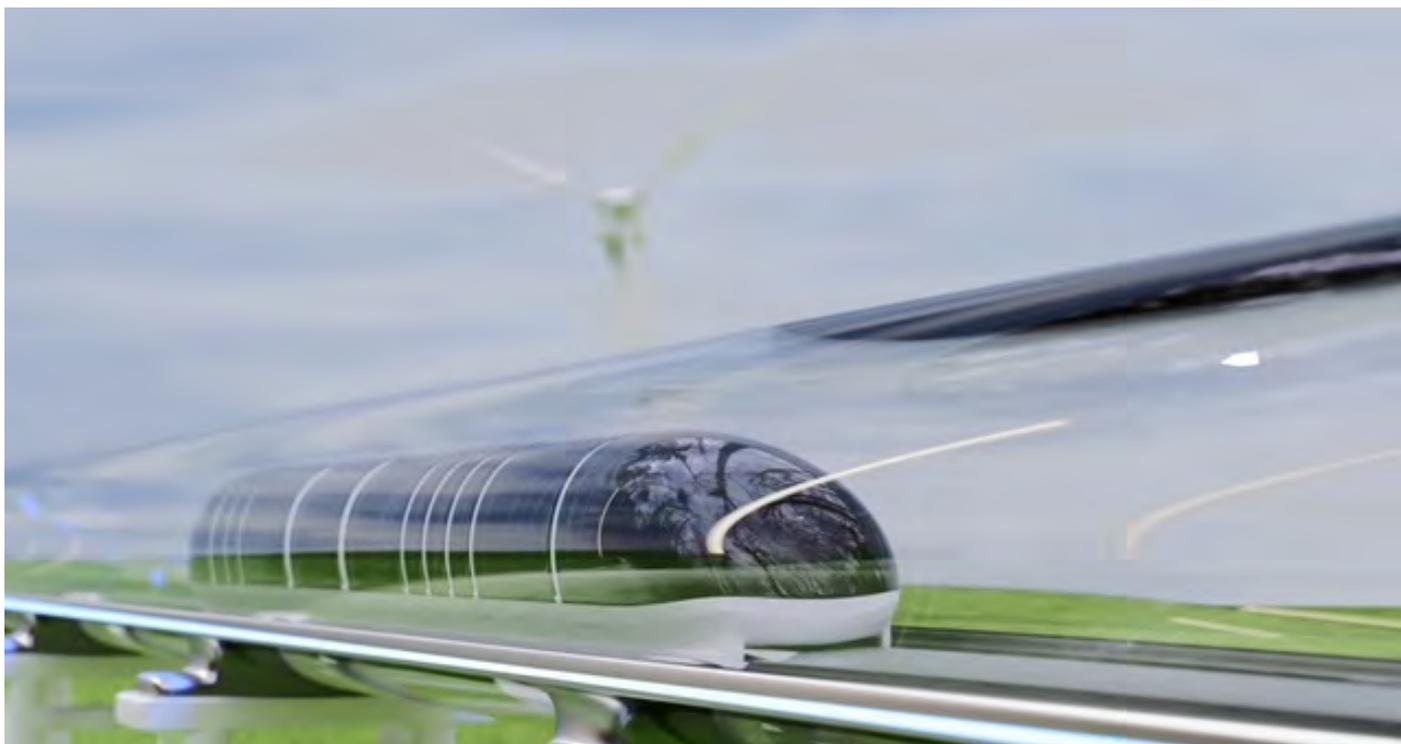
Für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung müssen integrierte Versorgungsstrukturen weiter auf- bzw. ausgebaut werden, um die Medizin und Pflege in die Fläche zu bringen – nämlich dorthin, wo sie am meisten benötigt wird.

Zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen benötigen wir eine Infrastruktur mit hochspezialisierten Kliniken und modernster technischer Ausstattung unter Bildung von grenzüberschreitenden medizinischen und digitalisierten Gesundheitsnetzwerken.

Für eine flächendeckende Versorgung werden zudem CO<sub>2</sub> neutrale und innovative Logistiksysteme benötigt, um Patienten und Notfälle im notwendigen Zeitfenster bedarfs- und fachgerecht gerecht zu versorgen.

### Best Practice Beispiele und neue Modellregionen schaffen

Der Freistaat Bayern förderte mit der Green Hospital Initiative Bayern den Neubau des Green Hospitals in Lichtenfels. Aus dieser Initiative heraus konnten sich neue Perspektiven, Konzepte und Ideen für die Versorgungsstrukturen innerhalb der Betriebsor-



ganisati-on einer Klinik entwickeln. Bei der Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie in ein Unternehmen rückt der Mensch mit seinen individuellen Fähigkeiten in den Mittelpunkt. Das Wissen, die Erfahrungen und die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter bilden die wichtigste Ressource eines zukunftsfähigen Unternehmens.

Nachhaltige Strategien sind ganzheitlich ausgerichtet und im Sinne des CSR-Ansatzes in jedem Setting anwendbar. Nachhaltige Produkte und Dienstleistungen sollten sich am gesellschaftlichen Nutzen messen lassen und gleichzeitig in der Lage sein, einen gesellschaftlichen Mehrwert zu schaffen.

Durch die Anregungen von Verbänden, Forschungseinrichtungen, Universitäten, Kliniken und Unternehmen bilden Netzwerke und Kooperationspartner die Grundlage für die Entwicklung marktfähiger gesellschaftsorientierter Dienstleistungen und Produkte. Ganzheitliche Gesundheitskonzepte, innovative und nutzenorientierte Produkte und Dienstleistungen bis hin zu nachhaltigen Geldanlagen und Versicherungsprodukten müssen zukünftig stärker in den Fokus der Wirtschaft und Politik rücken.

Hierzu gehören auch gesamtstrategische Lösungen für eine gesunde und nachhaltige Städteentwicklung, wie sie sich beispielsweise aus dem Healthy City Ansatz (WHO) ableiten lassen.

Ideen und Modelle für innovative Versorgungsmodelle und Modellregionen unter Ein-

beziehung von umweltorientierten Start-ups gibt es bereits. Diese gilt es nun in die Praxis umzusetzen mit dem Ziel, die Angebotsseite des Gesundheitsmarktes durch neue medizinische Dienstleistungen oder Produkte zu verbessern.

Die wirtschaftliche Förderung von gemeinnützigen Start-ups bildet dabei wichtige Bausteine für folgende Innovationssektoren:

- Wasserstofftechnologien, Grüne Logistik und Mobilität
- Medizintechnik und Green IT
- Pharmazie, Integrative Medizin und Naturheilkunde
- Nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung, Wasserwirtschaft
- Nachhaltiger Bau und Architektur, Healing Architecture und Ästhetik
- Kultur, Medien und Kommunikation
- Bildung, Gesundheitserziehung, Spiritualität
- Förderprojekte zur Verbesserung der Eigenständigkeit und Gesundheit

Die Grundlagen- und Anwendungsarbeit sollte nicht geographisch getrennt stattfinden, sondern enger mit der Praxis verzahnt werden. Ein Start-up sollte beispielsweise durch die Unterstützung förderbegünstigter Körperschaften begleitet werden. Die Wirkung eingesetzter öffentlicher Gelder wird hierdurch verstärkt beziehungsweise beschleunigt. Auch die Einbindung von gemeinnützigen

Stiftungen können maßgeblich den Prozess beschleunigen und die Gesundheitswirtschaft insgesamt stärken, wovon Unternehmen, deren Arbeitnehmer und letztlich die Endverbraucher profitieren.

Grüne Fonds und Anlageprodukte bieten zusätzliche Möglichkeiten und können andererseits auch den privaten Sparer ermutigen, einen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung aufzubauen. Die gesamte Wertschöpfungskette wäre so mit dem Geldkreislauf verbunden.

Neue Absatzmärkte in den Bereichen Umwelt und Gesundheit können sich leichter im nationalen und internationalen Kontext etablieren. Vor allem der Gesundheitstourismus kann hiervon profitieren.

Das Umdenken, hin zu mehr Gesundheit und zu verbesserten Umweltbedingungen trägt maßgeblich zum Erhalt oder zum Ausbau von Arbeitsplätzen bei. Unter Einbeziehung des sog. One-Health-Ansatzes gilt es zudem, die Landwirtschaft, sowie weitere regionale Unternehmen, wie Bauern, Fleischer und Bäcker einzubeziehen.

Vor dem Hintergrund der in der Gesundheitswirtschaft zu bewältigenden Aufgaben und der sich aktuell ergebenden gesamtwirtschaftlichen Themen wird zeitnah beim BWA eine Bundesfachkommission für Gesundheit und Umwelt etabliert, um die künftigen Konjunkturprogramme und verantwortliche Akteure aus Politik und Wirtschaft nachhaltig zu unterstützen.

# Herausforderung Cyberkriminalität

Wie Unternehmen sich gegen neue Gefahren schützen können

Alexander Schibalsky



Bereits mit 13 Jahren befasste sich Alexander Schibalsky mit Computersystemen und Netzwerken. Er absolvierte eine Ausbildung zum Fachinformatiker. Als Unternehmer in der IT-Branche greift er heute auf eine Expertise aus über 30 Jahren in zahlreichen Kundenprojekten zurück. Neben herkömmlichen Windows- und Mac-Systemen ist die Network Assistance GmbH auch im regulierten Umfeld (GMP) unterwegs und unterstützt im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums seine Kunden als autorisiertes Beratungsunternehmen bei der Beantragung von Fördergeldern.

Ein Unternehmen ist heutzutage nur so gut wie die zugrundeliegende IT-Infrastruktur. Gibt es kleinere oder größere Lücken im Computernetzwerk, besteht die Gefahr, von einem Cyberangriff getroffen zu werden. Und die Wahrscheinlichkeit, von Cyberangriffen getroffen zu werden, erhöht sich täglich um ein Vielfaches. Dies wird allzu oft in den Unternehmen völlig unterschätzt. Irgendwie läuft das Internet heute extrem langsam, auf einige Ressourcen kann nicht zugegriffen werden, die Festplatten arbeiten auf Hochtouren und auf einigen Systemen flackern schwarze Fenster ab und zu auf. Ein komisches Gefühl steigt auf. Einige Stunden später kommt die traurige Gewissheit, Ransomware hat sich auf Ihr System geschlichen

und hat alle vorhandenen Unternehmensdaten verschlüsselt. Eine Lösegeldforderung prangert auf allen Bildschirmen des Unternehmens.

Das ist heute leider immer häufiger eines der Szenarien von vielen anderen Möglichkeiten der Bedrohung in immer mehr Unternehmen, die gerade noch dachten, ihnen könne das nicht passieren.

## Nichts ist momentan wichtiger als der Schutz der Infrastruktur von Unternehmen

In der Regel werden sensible Unternehmensdaten zunächst vor der Verschlüsselung entwendet und später mit einer Aufforderung zur Zahlung einer Lösegeldsumme im Darknet (ein kleiner, meist abgespalteter inoffizieller Teil des weltweiten Internets) verbreitet und in nicht zurück verfolgbaren Währungen, wie beispielsweise Bitcoin, zum Rückkauf angeboten. Die Angreifer stellen in der Regel Teile der entwendeten Daten öffentlich ins Internet, um die Forderung der Lösegeldzahlung mit Beweisen zu untermauern und dieser Nachdruck zu verleihen.

Sollten Sie den Lösegeldzahlungen nicht nachkommen, bleiben Ihre Daten als Datensrott auf Ihren Rechnern oder die Daten werden, was noch schlimmer ist, an inoffiziellen Handelsplätzen an den Höchstbietenden versteigert.

Sind die Unternehmensdaten erste einmal in fremden Händen, ist die Reputation kaum reparabel. Der gute Ruf des Unternehmens, der jahrelang aufgebaut wurde, ist massiv geschädigt. Aber auch Produktivitätseinbußen oder der Verlust von Kunden sind Situationen, die es zu vermeiden gilt.

Der Aufwand der geschädigten Unternehmen, wieder arbeitsfähig zu werden, ist enorm und kostspielig.

## Ransomware (auch Erpressungssoftware oder Verschlüsselungstrojaner genannt) verursacht hohe Kosten

Für Unternehmen haben sich die Kosten in Verbindung mit Ransomware, Phishing-Angriffen und Identitätsdiebstahl im Vergleich zum Jahr 2015 fast vervierfacht. Allein im Jahr 2019 wurden mehr als 114 Millionen Malware-Stichproben vom Forschungsinstitut für IT-Sicherheit AV-Test erfasst. Im Jahr 2020 waren es dabei schon 199,7 Millionen Ransomware-Angriffe (Quelle: SonicWall Capture Labs).

Industriespionage und der Befall sämtlicher Daten von Ransomware sind aktuelle Gefahren, die jährlich weit über 100.000 Unternehmen deutschlandweit betreffen.

Bei großen US-Unternehmen wird der jährliche Schaden im Durchschnitt auf 14,8 Millionen US-Dollar beziffert. Pro Mitarbeiter bedeutet das Kosten in Höhe von 1500 Dollar. In Deutschland werden die Gesamtschäden im Rahmen einer aktuellen Bitkom-Studie auf 223 Milliarden Euro im Jahr 2021 beziffert. Neben den Lösegeldforderungen ist der mit dem Befall einhergehende Produktivitätsverlust respektive Produktionsausfall ein großer Kostentreiber in dieser Rechnung.

Vor einigen Jahren noch waren ausschließlich Windows-Nutzer ein lohnendes Angriffsziel. Mit der steigenden Popularität von Apple Macs in Unternehmen steigt auch das Interesse der Angreifer, Schadprogramme für MacOS zu entwickeln. Die Anzahl von Schadprogrammen für das Betriebssystem von Apple haben sich bereits im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr verdreifacht.

Die IT-Branche stellt dabei eins fest: In den Köpfen gestandener Unternehmer und Geschäftsführer regieren immer noch altbekannte, jedoch zwischenzeitlich nachweislich falsche Glaubenssätze wie „Das haben wir noch nie gemacht!“ oder „Datensicherung/Firewall/Cloud/etc. brauchen wir nicht!“, „Wir sind ja nur ein kleines Unternehmen.“ oder „Warum sollte uns jemand hacken?“.

Das Ergebnis dieser überholten Glaubenssätze ist jedoch perspektivisch verheerend und reicht von Datenverlust über Produktionsstillstand bis hin zum bereits benannten Reputationsschaden der eigenen Marke oder des eigenen Unternehmens.

Auch wenn die Angriffe gezielter auf große Unternehmen und Bundes- oder Landesbehörden ausgerichtet sind, so nimmt doch die Automatisierung der Tests auf potenzielle Sicherheitslücken im Netz immer mehr zu und bedeutet somit eine Bedrohung für alle Netzwerknutzer, ob privat oder geschäftlich.

Die gute Nachricht ist, dass die Anzahl von Malware sinkt. Wägen Sie sich jedoch nun nicht in Sicherheit, denn die schlechte Nachricht ist, die Angriffe auf Unternehmen werden immer gezielter und vielfältiger.

## Welches sind die schützenswerten Daten eines Unternehmens?

Die Ergebnisse einer Infektion des Computersystems kann man heutzutage fast täglich der aktuellen Presse entnehmen. Erst im August 2021 wurde der Landkreis Anhalt-Bitterfeld durch die schlimmste Form von Schadsoftware, sogenannter Ransomware, befallen. Bevor die Daten verschlüsselt wurden, wurden diese entwendet und veröffentlicht. Im selben Monat hat es auch den BW Fuhrpark getroffen. Der Fahrdienst für den deutschen Bundestag wurde mit dem ebenfalls aus der Presse bekannten Trojaner „Emoted“ infiziert, welcher über diesen Weg eine Ransomware in das Computernetz eingeschleust hat. Aber auch kleine und mittelständige Unternehmen trifft es immer häufiger, wenngleich diese Ereignisse meist nicht den Weg in die Tagespresse finden.

Spätestens jetzt sollten sich Geschäftsführer und Entscheider überlegen, welche Daten im eigenen Unternehmen schützenswert sind und welche Gefahren sich daraus konkret ableiten lassen. Typische Gefahren sind außer der Arbeitsunfähigkeit und des Verlustes von relevanten Daten und Informationen des gesamten Unternehmens, besonders die Veröffentlichung von Kundendaten, Betriebsgeheimnissen wie zum Beispiel Rezepturen, Patenten oder auch interner Mailverkehr.

Im Fall von Kunden- und Personaldaten geht es dann um personenbezogene Daten, die spätestens seit Inkrafttreten der DSGVO (Datenschutzgrundverordnung) am 24. Mai 2016 in der öffentlichen Wahrnehmung und bei den Bußgeldbehörden eine besondere Aufmerksamkeit genießen. Als Betroffener einer solchen Panne können schnell erhebli-

che Bußgelder durch die Datenschutzbehörde ausgesprochen werden. Der Imageschaden, welcher mit Bekanntwerden einer solchen Datenschutzpanne einhergeht, ist an dieser Stelle vermutlich noch um ein Vielfaches höher. Das verspielte Vertrauen gegenüber Kunden und Geschäftspartnern ist oftmals irreparabel zerstört.

## IT-Sicherheit schützt Unternehmen

Wenn in den Anfängen des Informationszeitalters noch ein herkömmliches Antivirenprogramm ausreichend war, müssen Unternehmen heute ganz andere Schutzmaßnahmen auffahren. Hierzu gehören mindestens eine softwarebasierte Firewall und ein kontinuierliches Ausfall-, Risiko-, und Funktionsmonitoring. Eine herkömmliche Firewall schützt Ihr Unternehmensnetzwerk grundsätzlich vor Zugriffen aus dem Internet. Moderne Firewalls gehen jedoch noch weiter. Hochmoderne Einbruchmeldesysteme (Intrusion-Prevention System, kurz: IPS) überwachen aktiv den eingehenden sowie ausgehenden Datenverkehr und analysieren in Echtzeit eingehende, sowie ausgehende Datenpakete. Es geht hier im Vordergrund um Gefahrenabwehr. Dabei sollen Ereignisse erkannt werden, die auf Angriffe oder unerwünschten Datenverkehr hindeuten. Hierzu können Phishing-Attacken gehören, die es darauf abgesehen haben, personenbezogene Daten und Kennwörter abzugreifen, aber auch Zugriffe aus dem eigenen Netzwerk werden überwacht, um das ungewollte Abfließen von Daten zu unterbinden. Je besser mögliche Gefahren im Vorfeld erkannt werden, desto besser können wir auch unsere Kunden vor größeren Ausfällen schützen.

## IT-Infrastrukturanalyse als Basis

Bei vielen Unternehmen sind die Netzwerke historisch gewachsen und oftmals fehlt ein aktueller Überblick. Die Systeme sind daher oft nicht optimal aufeinander abgestimmt. Sogenannte Zombie-Rechner, fehlende Sicherheitsmechanismen, unzureichende Zugriffsrechte, mangelhafte Datensicherungskonzepte oder fehlerhafte Server, bei denen nicht bemerkt wurde, dass die Festplatten-Redundanz bereits seit Monaten ausgefallen ist, sind ganz typische Beispiele, die wir in unserer täglichen Arbeit erleben, wie Klein- und Mittelstandunternehmen noch häufig unterwegs sind.

In der Regel werden Netzwerke, die nicht professionell betreut werden, auch nicht ausreichend gepflegt und bieten viele Schwachstellen und Angriffsmöglichkeiten für einen Angreifer. Gängige Fehlerquellen sind veraltete, nicht aktualisierte Betriebssysteme oder auch fehlende Sicherheitsmechanismen. Selbst das Fehlen einer professionellen Antiviren-Software ist keine Seltenheit.

In den meisten Firmen, welche noch keine professionelle IT-Betreuung genießen, findet unsere Branche zumeist folgendes Bild: Die IT-Infrastruktur wurde – meist aktionistisch und unstrukturiert – in das Unternehmen integriert und ist mit dem Unternehmen gewachsen. So besteht das Computersystem aus vielen Insellösungen, die nach und nach in die IT-Infrastruktur integriert wurden.

An dieser Stelle hilft nur, einmal alles zu analysieren und zu dokumentieren. Hierfür hat sich die IT-Infrastrukturanalyse als aussagekräftiges und wegweisendes Instrument bewährt. Fehler und Schwachstellen in der gesamten IT-Struktur des Unternehmens werden erkannt und können so umgehend abgestellt werden.



# Catering: Eine Branche erfindet sich neu

## apetito stellt neue Konzepte vor

Andreas Oellerich



BWA-Senator Andreas Oellerich ist 1966 geboren. Der Diplom-Kaufmann stieg im März 2015 als Geschäftsführer in den apetito catering Konzern ein. Oellerich engagiert sich für die Modernisierung des Unternehmens mithilfe digitaler Lösungen und Angebote. Dabei steht für ihn der Kunde mit seinen individuellen, gastronomischen Anforderungen im Fokus. „Catering ist Maßarbeit“ ist deshalb der Leitsatz des Konzerns. Jeder Kunde hat seine individuellen Wünsche. „Wir geben jeden Tag unser Bestes, damit es unseren Gästen richtig gut schmeckt“, sagt Oellerich.

In der Betriebsgastronomie, in der Verpflegung von Kliniken und Senioreneinrichtungen sowie der Schul- und Kitaverpflegung ist apetito catering als eines der führenden Cateringunternehmen in Deutschland zuhause. Durch die Pandemie führte an größeren Veränderungen kein Weg vorbei: „Corona war ein Beschleuniger für neue flexiblere Konzepte, angepasste Angebote und mehr Digitalisierung“, sagt Andreas Oellerich, Geschäftsführer des apetito catering Konzerns. Kontaktbeschränkungen in den Einrichtungen, vermehrtes Arbeiten aus dem Homeoffice und zeitweise Schließungen von Kitas und Schulen galt es, mit der Ausrichtung des Caterings in Einklang zu bringen. „Keine leichte Aufgabe, zumal wir als gesamte

Branche mit enormen Umsatzeinbußen zu kämpfen haben. Wir sind hier eindeutig noch auf einem Weg, können aber von einigen gut nachgefragten, neuen Modellen bereits berichten“, erklärt Oellerich. Insgesamt scheue der Konzern nicht, die Corona-Krise auch als Chance zu begreifen und insgesamt auf Veränderungen im Markt zu reagieren. „Unser Fokus liegt auf bedarfsgerechten Konzepten, die wir gemeinsam mit unseren Kunden entwickeln.“

### easy kitchen

Gerade in der Pflege und in Kliniken ist eine qualitativ hochwertige Ernährung für die Gesunderhaltung und das Wohlbefinden von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Patientinnen und Patienten wichtig. Die Qualität steigt, gleichzeitig gibt es immer weniger Personal, das sich neben der Betreuung und Versorgung um die Verpflegung kümmern kann. „Wir konzentrieren uns auf Frische auf dem Teller, Handwerklichkeit, wo sie nützt, und vereinfachte Arbeitsprozesse für die Mitarbeitenden“, sagt Oellerich. Im Seniorenmarkt setzt apetito catering dabei auf Speisepläne mit frischen Komponenten in Kombination mit tiefkühlfrischen Menüs der apetito AG. Das vereinfacht die Arbeitsabläufe in den Küchen und Wohnbereichen. Zum Einsatz kommt noch dazu die easy box: ein rollbarer Kühlschrank, mit dem der Tagesbedarf an Speisen für einen Wohnbereich geliefert und das Arbeiten vor Ort erleichtert wird. Das Konzept kommt etwa im Wohn- und Pflegeheim Königslutter der AWO Braunschweig zum Einsatz: „Bereits nach kurzer Zeit haben uns die Mitarbeitenden geschildert, dass sie nicht nur mehr Zeit für die Bewohnerinnen und Bewohner haben, sondern auch flexibel auf den tatsächlichen Bedarf reagieren können. Die Entlastung durch das Einsparen der vielen Wege sei am Tagesende deutlich spürbar.“

In der Erweiterung wird das easy system zum Beispiel auch in der Betriebsgastronomie genutzt. Mit dem easy system ist der gesamte Bestell- und Bezahlprozess digitalisiert. Von der Menü-Auswahl über die Kassierung und Zahlungssysteme bis hin zur Feedbackmöglichkeit. Das garantiert stabile, abgestimmte Prozesse, Transparenz und Nachvollziehbarkeit – und das kontaktlos,

ohne lange Schlangen an den Kassen und sicher in Zeiten von Corona. Alle Prozesse sind hinsichtlich ökologischer und ökonomischer Gesichtspunkte durchdacht und auf eine nachhaltige Lösung ausgerichtet. Durch die intelligente Nutzung der digitalen Prognosetools kann vorausschauend geplant werden. Um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden, setzt apetito catering auf ein eigenes Food-Waste-Management. To go-Verpackungen und Mehrweg-Systeme helfen, Plastikmüll zu reduzieren. Durch digitale Auslobung, Dokumentation und Administration ist das gesamte Angebot vor Ort nahezu papierlos. Die Auswahl lokaler Lieferanten trägt dazu bei, Wege möglichst kurz zu halten.



Genussraum: Das Bistro-Konzept umfasst ein Angebot von Frühstück bis Nachmittags-Kaffee – alles auch to go.

### genussraum

Mitte Dezember 2021 hat apetito catering bei seinem Partner Janitza electronics GmbH in Lahnu den ersten genussraum in Betrieb genommen. Das neue Bistro-Konzept umfasst ein Angebot von Frühstück, heißen und kalten Snacks über Lunch und Desserts bis hin zum Muffin oder Kuchen sowie Kaffee am Nachmittag – alles auch to go. „Die klassische Kantine war gestern. New Work ist heute: Flexibel, digital, einfach und nachhaltig“, erklärt Oellerich. „Wir bieten unseren Kundinnen und Kunden eine moderne, einfache und schlanke Lösung mit digitalen Tools sowie nachhaltigen Mehrwegsystemen. Mit dem ersten genussraum wurde bei Janitza electronics jetzt ein neuer Kommunikationsmittelpunkt geschaffen. Dort kann diskutiert und präsentiert



HomeLunch von apetito catering: Das sind zehn verschiedene Gerichte zum Selberkochen

werden. „Der Name ‚genussraum‘ ist übrigens Programm. Denn vor allem können die Mitarbeitenden dort ihr Essen genießen. Wir wissen, zufriedene Mitarbeitende werden in allen Bereichen wichtiger denn je. Auch gutes Essen kann dazu beitragen.“ Die neuen Gegebenheiten, wie Homeoffice oder Hybrides Arbeiten, erfordern neue Lösungen. genussraum verbindet höchste Flexibilität und moderne Gastronomie als kostenoptimiertes Konzept – angepasst auf die Bedarfe und Räumlichkeiten bei den Kunden vor Ort.

### HomeLunch und Lunch im Glas

Zuletzt arbeiteten nach einer Erhebung des ifo-Instituts fast 30 Prozent der kaufmännisch Angestellten zeitweise im Homeoffice. „Wir gehen davon aus, dass das Arbeiten von Zuhause aus auch nach der Pandemie weiter eine Option bleiben wird“, sagt der Geschäftsführer von apetito catering. „Im Sinne eines Betrieblichen Gesundheitsmanagements ist es wichtig, auch hier ein Angebot für eine passende und ausgewogene Verpflegung zu machen.“ Für das Homeoffice hat apetito catering zwei Angebote entwickelt: HomeLunch und Lunch im Glas.

Die HomeLunch-Tüte beinhaltet alle Zutaten für ein Gericht für vier Personen zum Selberkochen. Eine Schritt-für-Schritt-Anleitung hilft bei der Zubereitung. Insgesamt gibt es derzeit zehn verschiedene Gerichte. Der Clou: Neben den sieben vegetarischen Rezepturen, sind zusätzlich auch drei Gerichte vegan. „Unsere Gäste wünschen sich gerade auch für zu Hause ein ausgewogenes, leckeres Mittag-

essen ohne viel Aufwand. Die Pandemie hat in unserer Wahrnehmung den Trend nach vegetarischer und veganer Ernährung noch verstärkt. Viele haben aber auch einfach Lust, etwas Neues auszuprobieren.“

Mit Lunch im Glas gibt es das fertige Mittagessen für zu Hause – im Einmachglas. Gefüllt mit Porridge, Salat oder Suppe eine gute Alternative zur klassischen Stulle oder dem Gang zum Imbiss um die Ecke. „Mit Lunch im Glas bieten wir unseren Gästen einen Genuss, der auch optisch was her macht. Denn bekanntlich isst das Auge mit“, erklärt Oellerich die Idee dahinter. „Und weil uns unsere Umwelt am Herzen liegt, haben wir uns für das Glas als Mehrwegverpackung entschieden.“

Die Pandemie hat einen weiteren Aspekt deutlich nach vorne gestellt: Nachhaltigkeit rückt immer stärker in den Fokus. Der aktive Umweltschutz und die konsequente Schonung der Ressourcen gehören zum Selbstverständnis von apetito catering. Das Unternehmen stellt bereits eine nachhaltige Nutzung der Abfälle sicher. Organische Rückstände werden beispielsweise zu umweltfreundlicher Energie umgewandelt oder gebrauchte Speisefette zu Kraftstoff verarbeitet. „Trotz gewissenhafter Planung ist die Entstehung von Speiseresten allerdings nicht ganz zu vermeiden.“ Seit zwei Jahren arbeitet das Unternehmen mit Delicious Data zusammen, die eine Software zur Erhebung entwickelt haben. Diese bestimmt den Bedarf an Lebensmitteln und Zutaten mithilfe künst-

licher Intelligenz so, dass eine realistische Absatzprognose möglich ist und Lebensmittelreste erheblich reduziert werden können. Durch die optimierte Planung konnten bisher bereits weitere 8 Prozent Foodwaste eingespart werden. Vergleichswerte von Delicious Data aus der Branche zeigen, dass apetito catering in diesem Bereich deutlich vor dem Branchendurchschnitt liegt: apetito catering produziert 60 Prozent weniger Foodwaste als der Branchendurchschnitt. Seit April 2022 wird die Software von Delicious Data in weiteren 84 Betriebsrestaurants eingesetzt, um die Absatzprognosen noch weiter optimieren und so Lebensmittelverschwendung zu reduzieren.

In allen Bereichen des Caterings geht es gerade in der aktuellen Zeit darum, die Versorgungskette unbedingt aufrechtzuerhalten. In der Betriebsgastronomie, dem Care-Markt sowie der Schul- und Kitaverpflegung sind die Ausprägungen und Anforderungen unterschiedlich. Das Sicherstellen der Verpflegungsleistung insbesondere in den Kliniken, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen hatte dabei die höchste Priorität. „Hier haben wir einen wichtigen Beitrag zur Systemrelevanz geleistet“, berichtet Oellerich. Im Bereich Betriebsverpflegung und Schulen sowie Kitas war vor allem Flexibilität gefragt – ob in Form von Hygienekonzepten, Notbetrieben und Leitsystemen für die Gäste, digitalen Vorbestell-Möglichkeiten, to go-Angeboten fürs Homeoffice oder den Verzehr am Arbeitsplatz.

### apetito-Firmengruppe

Unter dem Dach der apetito-Firmengruppe ist das Cateringgeschäft der dritte Bereich neben dem System- und Retailgeschäft des apetito AG Konzerns. Der wesentliche Unterschied der Geschäfte: Als apetito catering Konzern ist das Unternehmen deutschlandweit mit den eigenen Küchenteams in den Einrichtungen der Kunden vor Ort tätig.

Großen Rückhalt und Sicherheit bieten die verschiedenen Kompetenzen innerhalb der Firmengruppe. Was für eine Grundstabilität sorgt, ist die Diversität im Portfolio. In verschiedenen Geschäftsbereichen tätig zu sein, die zwar eine ähnliche Struktur haben, aber unterschiedlich funktionieren, sorgt für Ausgewogenheit und Balance im Unternehmen.

# Quick-Check für nachhaltiges Innovationsmanagement

Ein Leitfaden für Unternehmen und Organisationen

Dr. Felix Urban



Dr. Felix Urban ist Strategieberater und Geschäftsführer der CX Consulting GmbH. Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind Innovation und Nachhaltigkeit. Er engagiert sich in der Bundesfachkommission „Innovation“ des BWA für den Transfer von Konzepten des Innovationsmanagements in die unternehmerische Praxis.

## Innovation und Nachhaltigkeit

Mit Innovation ist im allgemeinen Verständnis Neuheit gemeint. In der unternehmerischen Praxis bedeutet Innovation strategisches Management. Es kann sich auf Produkte, Prozesse und ganze Geschäftsmodelle auswirken. Ziel ist die jeweilige Anpassung, Verbesserung oder Neuentwicklung. Der damit erreichte Innovationsgrad zeigt sich in der Veränderung vom Ausgangszustand zum Jetzt. Graduell vom Update bis zur Disruption. Mit Nachhaltigkeit wird in der öffentlichen Debatte und im allgemeinen Sprachgebrauch sehr viel gemeint. Konsumumstellung, Naturschutz, Mobilitätswende, oder pauschal das Ziel, Treibhausgase zu vermeiden. Auch im Bezug auf die Wirtschaft oder Unternehmen kann mit Nachhaltigkeit viel gemeint sein. Es gibt unzählige Definitionen und Ansätze. Sie reichen von einzelnen Maßnahmen bis zu komplexen Modellen. Sprich von Eco-Verpackungsdesign bis zur nachhaltigen Transformation ganzer Unternehmen. Nachhaltige Unternehmensführung bedeutet hier: wirtschaftlich, sozial und ökologisch ausgerichtet zu handeln.

## Gemeinsamkeiten von Innovation und Nachhaltigkeit

Innovation und Nachhaltigkeit haben zu nächst eines gemeinsam: Beide sind Modewörter und gern gesehene Platzhalter. Relevanz erreichen sie erst durch nachvollziehbare und messbare Ergebnisse. Was sie allerdings auch verbindet, ist, dass beide Handlungsfelder mit Erneuerung zu tun haben. Es liegt also nahe, Innovation und Nachhaltigkeit im Sinne einer Doppelstrategie zu betrachten. Damit wäre ein nachhaltiges Innovationsmanagement begründet.

## Nachhaltiges Innovationsmanagement

### Quick Check: Nachhaltig innovativ?

Im Folgenden geht es darum, das Verhältnis zwischen Nachhaltigkeit und Innovation zu ermitteln. Fragen, die dabei helfen sind:

1. Wie zeitgemäß ist mein Produkt (Prozess oder Unternehmen)? – im Hinblick auf die Kunden, den Markt, die Konkurrenz, die Technologie.

Und:

2. Wie nachhaltig ist mein Produkt (Prozess oder Unternehmen)? – mit Fokus auf die Umwelt, die Menschen und das Unternehmerische.

## Quick-Result

Zur Orientierung und Einordnung der Schnelleinschätzung ergeben sich drei mögliche Szenarien.

**Szenario 1** – Weder innovativ noch nachhaltig: Wird weder das eine oder das andere strategisch verfolgt, haben Sie die Möglichkeit, an dieser Stelle mit nachhaltigem Innovationsmanagement in Form einer Doppelstrategie zu beginnen.

**Szenario 2** – Nachhaltig oder innovativ: Wenn Sie in einem der beiden Handlungsfelder Verbesserungspotenzial feststellen, können sie die Integration der oben beschriebenen Doppelstrategie in Erwägung ziehen. Je nach Szenario kann dies bedeuten, das Innovationsmanagement mit Nachhaltigkeitskriterien auszustatten. Oder ihr Nachhaltigkeitsmanagement mit Innovationsaufgaben zu betrauen.

**Szenario 3** – Nachhaltig innovativ: Wenn Sie sowohl in Hinblick auf die Neuartigkeit und die Nachhaltigkeit keinen Handlungsbedarf festgestellt haben. Kann man Ihnen gratulieren. Sie nutzen beide zu Ihrem strategischen Vorteil.

## Zusammenfassung und Ausblick

Nachhaltigkeit und Innovation. Beide Ansätze eint, dass sie im unternehmerischen Sinne Neues schaffen. Diese Gemeinsamkeit kann im Sinne einer Doppelstrategie genutzt werden. Ein Quick-Check über den Istzustand ermöglicht es, das Potenzial einzuschätzen und anhand vereinfachter Szenarien einzuordnen. Ist das Produkt, der Prozess oder das Unternehmen weder innovativ noch nachhaltig (Szenario 1) kann die Einführung der Doppelstrategie in Betracht gezogen werden. Ist das Unternehmen oder die Organisation entweder innovativ oder nachhaltig (Szenario 2) könnten das bestehende Innovationsmanagement und das Nachhaltigkeitsmanagement vereint werden. Das damit begründete nachhaltige Innovationsmanagement ließe sich auf Produkte, Prozesse und Unternehmen anwenden. Ist der betrachtete Gegenstand innovativ und nachhaltig (Szenario 3) werden beide Ansätze strategisch genutzt. Sie bilden damit die Säulen für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmung.



Abbildung: Credits: Erstellt durch DreamStudio beta (CC0 1.0 Universal Public Domain Dedication)

# Sprachliche Qualität sichern

## Ein Gemeinschaftsbeitrag der Qualitas Dienstleistungs GmbH und des Vereins Deutsche Sprache e.V.

Qualitätssicherung bezieht sich gemeinhin auf Produkte und Dienstleistungen, um diese langfristig auf einem gewünschten Niveau anbieten zu können. Vorgänge in der Produktion sind klar definiert und dürfen nicht nach Belieben, um irgendeiner Mode zu folgen, verändert oder gar ausgetauscht werden. Grundbedürfnisse wie Luft, Wasser oder die Nahrung werden strengstens auf Reinheit kontrolliert, Verstöße werden geahndet.

Zu den Grundvoraussetzungen für hohe Qualität in betrieblichen Abläufen, für klare Anwendungsbeschreibungen und die fehlerfreie Kommunikation mit den Kunden oder Nutzern gehört hierzulande auch die deutsche Sprache. Ob die hohe Bedeutung einer eindeutigen und klaren Ansprache auf Deutsch allen so wichtig erscheint, darf bezweifelt werden. Die Zahl der englischen Wörter steigt in einigen Themenbereichen seit Jahren so stark, dass eine Fachkommunikation auf Deutsch kaum noch möglich ist. Aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung stammt aktuell ein Vorschlag, bundesweit Englisch als Verwaltungssprache zu etablieren. Ziel soll es sein, die Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland zu erleichtern. Nachdem nun also die deutsche Sprache über Jahrhunderte mühsam mit Erfolg gegen das Lateinische und das Französische weiterentwickelt und durchgesetzt wurde, damit eine Kommunikation auf Augenhöhe mit allen in diesem Land Lebenden ermöglicht wird, würde sie also gegenüber dem Englischen herabgestuft. Für die Qualität der Kommunikation hätte dies gravierende Folgen:

Es geht dabei ja nicht nur um Grundkenntnisse des Englischen, sondern um seine vertiefte Anwendbarkeit. Betroffen wären nicht nur Bürgerämter, sondern auch die Polizei, die Gerichte und andere Behörden. Aber wer behauptet eigentlich, dass die zugewanderten Fachkräfte alle erwarten, dass man sie auf Englisch willkommen heißt? Wäre es nicht schlauer, genau am anderen Ende weiterzumachen und noch stärkere Anreize zum Erlernen des Deutschen zu setzen?

Ein Beispiel, wohin ein solches Aufweichen sprachlicher Standards führt, erleben wir derzeit in der Medizin. Hier wurde es offensichtlich versäumt, in einer vielsprachigen Belegschaft Grundsätze der Fachkommunikation festzulegen. Es mehren sich die Hilferufe von Medizinern, die befürchten, dass mangelnde Sprachkenntnisse und daraus resultierende Missverständnisse zu gravierenden Behandlungsfehlern führen.

Dies sind nur zwei aktuelle Beispiele. Die deutsche Sprache erfüllt in unserer Gesellschaft wichtige Aufgaben. Gute Deutschkenntnisse stellen sicher, dass man einander versteht. Das ist ein hohes Gut, nicht nur für die politische Teilhabe, sondern auch für die Schulzeit, für das Erlernen eines Berufs oder die Nutzung der Medien. Die deutsche Sprache entwickelt sich weiter, aber die Sprachgemeinschaft ist dafür verantwortlich, für die Qualität dieser Entwicklung Sorge zu tragen.

Gerd Wagner  
GF Qualitas GmbH  
www.qualitas-gmbh.de

Holger Klatte  
GF Verein Deutsche Sprache e.V.  
www.vds-ev.de

Hotline (24h): +49 173 5778663

**QUALITÄT. SICHER.**  
seit 20 Jahren

**QUALITAS**  
...wenn es um Qualität geht.

## Ihr Spezialist für:

- Prüfen, Sortieren, Nacharbeiten
- Messtechnik, QMB, Werkstoffprüfungen
- ZFP Farbeindringprüfung
- **NEU! Laserbeschriftung**
- Kursstätte (Fachkunde Strahlenschutz)
- 3D-Druck
- Beratungen
- Internationale Kundenvermittlung

## Garantiert!

- Kurze Reaktionszeiten im Kerneinsatzgebiet
- ServicePoint, externe und Inhouse-Kontrollen
- internationaler Service mit direkten Ansprechpartnern
- übersichtliche Ergebnisse und informative Auswertung

qualitas-gmbh.de

# Brandenburgs Ministerpräsident beim BWA

Dr. Dietmar Woidke plädiert für mehr Engagement in der Region



Anfang September 2022 war der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dr. Dietmar Woidke, zu Gast bei einer BWA-Veranstaltung in der Kaminstube auf Gut Branitz in Cottbus. Der Spitzenpolitiker kam direkt von den Beratungen der drei Ministerpräsidenten der Braunkohle-Bundesländer mit Bundeskanzler Olaf Scholz in Spreetal auf dem Gelände der ASG Spremberg. „Heute ist ein guter Tag für die Lausitz“, so eröffnete BWA-Landesgeschäftsführerin Marion Hirche die Veranstaltung. In der Runde in Spreetal hatte der Bundeskanzler erneut das Strukturstärkungsgesetz bestätigt. Damit wurde erneut die Zusage gegeben, dass die geplanten Strukturwandel Fördermillionen in die Lausitz fließen. „Das neue Bahnwerk wird in Cottbus gebaut, die Universitätsmedizin an der BTU Cottbus/Senftenberg soll zum Studienjahr 2025/2026 am Start sein, der Lausitz Science Park wächst. Allein in Cottbus werden 4 Milliarden Euro investiert. Es läuft“, bekräftigte Dr. Woidke.

Trotz der positiven Signale nutzten die anwesenden Unternehmer die Gelegenheit, ihre Fragen zu stellen sowie Sorgen und Ängste zu benennen. So wurde die Frage diskutiert, wo die nötigen Fachkräfte herkommen sollen. „Das werden wir nur gemeinsam bewältigen können. Wir können alles tun für gute nötige Rahmenbedingungen. Aber

wir müssen unseren Menschen viel mehr Möglichkeiten geben, Berufe kennenzulernen. Hier haben wir noch große Reserven“, betonte Dr. Woidke. Der Tourismus wurde als eine Chance diskutiert, auf die Region aufmerksam zu machen. „Eigentlich ist jeder von uns ein Werbeträger für Brandenburg, denn wenn man für seine Heimat schwärmt, dann wird das auch andere überzeugen“, appellierte der Ministerpräsident an alle Anwesenden.

Besprochen wurden die derzeitigen Sorgen zum Thema Energie und Gas. „Ich setze mich dafür ein, dass die Wirtschaft unbeschadet durch diese Krise kommt. Auch die Menschen brauchen Unterstützung, deshalb fordere ich eine Konferenz der Ministerpräsidenten, um über die nächsten Schritte zu beraten“, erklärte der Spitzenpolitiker aus Potsdam. „Sorgen Sie dafür, dass die Basis des weltweiten deutschen Erfolges erhalten bleibt und nicht durch politische Fehlentscheidungen zugrunde gerichtet wird“, war die deutliche Forderung einiger Unternehmer. Woidke bekam auch das Problem der fehlenden Zusatzstoffe für LKW-Diesel und die deutliche Forderung, dass die Mittel des JTF-Fonds unbedingt den Unternehmen zur Verfügung stehen sollen, mit auf den Weg in die Landeshauptstadt. Am Ende überreichte Marion Hirche ihm als kleines Dankeschön für das Kommen einen

Wasserball von der zukünftigen Cottbuser Ostsee: „Wir bleiben am Ball im Gespräch mit der Politik und sie vergessen die Strukturwandelvorhaben der Lausitz, wozu auch der Cottbuser Ostsee gehört, bitte nicht“.

Dr. Dietmar Woidke



Der dritte Ministerpräsident des Landes Brandenburg (seit 2013) war von November 2019 bis Oktober 2020 Präsident des deutschen Bundesrates. Von 2014-2022 wirkte er ebenfalls als Koordinator für die deutsch-polnische Zusammenarbeit.

## Neue Repräsentanten des BWA

### Stefan Ritt ist neuer Repräsentant des BWA in Schleswig-Holstein und Hamburg



Stefan Ritt stammt aus Lübeck und ist nach seiner Bundeswehrzeit und dem Studium der Physikalischen Technik seit 38 Jahren auf internationaler Ebene als Ingenieur

tätig. Seine beruflichen Stationen haben ihn stets in Unternehmen mit Ausrichtung auf internationale Märkte und zunehmend in leitende Funktionen geführt.

Nach technischer Entwicklung von Geräten und Leitung der Qualitätssicherung eines mittelständischen Herstellers für professionelle Getränke- und Verkaufsautomaten hat Herr Ritt im EU-weiten Produktmanagement eines Elektronikherstellers gearbeitet. Für die SLM Solutions Group AG hat er viele Jahre den internationalen Vertrieb und das Marketing aufgebaut und auch den sehr erfolgreichen Börsengang im Jahr 2014 mit begleitet. Danach hat er für ein australisches Unternehmen das Europäische Vertriebs- und Service-Büro gegründet. 3D-Druck und Additive Fertigung waren und sind daher sein Wissens- und Arbeitsfokus in mittlerweile über 60 Staaten.

Er ist Leiter des internationalen Komitees der weltgrößten Anwendervereinigung für 3D-Druck, der in den USA beheimateten AMUG, Mitarbeiter im EPMA-AM Board für Pulvermetallurgie in Paris und hat die technische Normung in diesem Bereich aktiv vorangebracht. In dieser Funktion hat er auch das DIN als Kontaktperson zur Luftfahrtnormung in China für mehrere Jahre vertreten.

Neben regelmäßigen Gastvorlesungen über Supply Chain Management an der TH Lübeck im internationalen Fachbereich Wirtschaft und Betreuung von Start-Ups in einem Accelerator als Mentor hat sich Stefan Ritt bereits früh im Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) engagiert.

Der BWA freut sich sehr, mit Stefan Ritt eine international erfahrene und fachlich engagierte Persönlichkeit als Repräsentanten für das Land Schleswig-Holstein sowie die Freie und Hansestadt Hamburg gewonnen zu haben.

### Dr. Jeremias Kettner ist neuer Repräsentant des BWA für die GCC-Staaten



Der BWA freut sich, mit Dr. Jeremias Kettner einen führenden Außenpolitik-Experten und Wirtschaftsberater als neuen Repräsentanten für die Mitglieds-

staaten des Golf-Kooperationsrates (GCC) gewonnen zu haben. Die Mitgliedschaft dieser intergouvernementalen, auf wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit orientierten Regionalorganisation umfasst das Königreich Bahrain, den Staat Kuwait, das Sultanat Oman, den Staat Katar, das Königreich Saudi-Arabien sowie die Vereinigten Arabischen Emirate.

Dr. Jeremias Kettner verkündet anlässlich seiner neuen Funktion: „Die Arbeit des BWA verfolge und schätze ich bereits seit geraumer Zeit. Ich freue mich umso mehr, meine besonderen Einblicke in die politischen Systeme und die Kulturen der arabischen Golfstaaten in den Verband einzubringen. Seit vielen Jahren unterstütze ich Unternehmen und staatliche Institutionen in Form strategischer Beratung in den Bereichen Market Intelligence, Business Diplomacy sowie Visibility & Impact. Ich freue mich, meine exklusiven Zugänge und mein Wissen zukünftig in den BWA einzubringen. Let's build economic and cultural bridges together!“

### Dr. Björn Kempe ist neuer Repräsentant des BWA in der Republik Singapur



Dr. Björn Kempe wurde in Halle an der Saale geboren und lebt seit 1999 in Asien, unter anderem in Hong Kong, Shanghai, Bangkok und Singapur. In dieser Zeit konnte

er ausgewiesene Expertise im MICE-Sektor (Meetings, Incentives, Conventions, Exhibitions) aufbauen und sich als einer der weltweit führenden Unternehmens- und Wirtschaftsberater in dieser Branche etablieren. Sein Geschäftsfeld umfasst neben der Beratung

von Private Equity-Unternehmen auch die Unterstützung staatlicher Organisationen und Regierungen für den MICE-Sektor. Sein Unternehmen Expos Asia wurde 2016 in Singapur gegründet und verfügt heute ebenfalls über Büros in Shanghai, Mumbai, Hanoi, Berlin und Las Vegas. Dr. Kempe ist ausgebildeter Groß- und Außenhandelskaufmann, Diplom-Betriebswirt und PhD für Internationale Organisation. Er gibt darüber hinaus regelmäßig an ausgewählten Universitäten in Asien praxisorientierte Vorlesungen.

Singapur ist ein international bedeutender Wirtschaftsstandort geworden – nicht nur für die Finanzindustrie, sondern auch für viele hochtechnologische Industrien. Die Aufgabe der von Dr. Kempe geleiteten Repräsentanz wird es sein, Singapur als strategischen Markt umfassend für den BWA und seine Mitglieder zu erschließen und eine neue Brücke zwischen Deutschland und Singapur zu bauen, sowie den Austausch über aktuelle Industriethemen wie Nachhaltigkeit, Energie, Wasser, MICE und viele weitere Sektoren aktiv voranzubringen und zu unterstützen. Der BWA freut sich auf die Zusammenarbeit mit einem ausgewiesenen Kenner Asiens und insbesondere Singapurs!

### Armin Schneider ist neuer Repräsentant des BWA in Oberschwaben



RA Armin Schneider ist Geschäftsführer der Solutio Schneider Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, einer mittelständischen Rechtsanwaltskanzlei in Oberschwaben mit

Sitz in Biberach an der Riß, die sich auf die Vertretung und Beratung mittelständischer Unternehmen und Unternehmer spezialisiert hat. Herr Schneider selbst ist Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht und Fachanwalt für Steuerrecht. Aus seiner nunmehr 16-jährigen Erfahrung als Rechtsanwalt kennt er die Belange von Unternehmen und Unternehmern bestens und ist in Süddeutschland gut vernetzt. Der BWA freut sich, mit RA Schneider einen versierten Kenner der regionalen Wirtschaft Oberschwabens als neuen Repräsentanten für die Region gewonnen zu haben.



The Sino-Swiss Zhenjiang Ecological Industrial Park (SSZEIP) was launched in July 2012 in Zhenjiang, China. It is based on a bilateral initiative between the Ministry of Commerce of the PRC (MOFCOM) and the State Secretariat for Economic Affairs of the Swiss Confederation (SECO) to promote bilateral cooperation and establish an innovative eco-friendly, low-carbon, intelligent industry park as an international platform.



## Why SSZEIP

### Cost Advantages

2nd in Business Cost Index  
Attractive Real Estate Prices

### Qualified Professionals

5 Universities & Colleges  
30+ Vocational Colleges  
20,000 Graduates Annually

### In the Heart of YRD

Easily Accessible from all Directions

### High Quality of Life

Work-Life Balance



## Pillar Industries



New Energy



New Materials



Aviation & Aerospace



Life Sciences



Advanced Manufacturing



**Contact :** Mob: +0086 13921584225

**Jason ZHONG** Email: [jason.zhong@sszeip.com](mailto:jason.zhong@sszeip.com)

## Neue BWA-Außenwirtschaftsberaterin für die Mongolei



Tsetsegbayar Puntsag-Fischer unterstützt den BWA zukünftig als Außenwirtschaftsberaterin für die Mongolei. Die in der mongolischen Hauptstadt Ulan Bator geborene Diplom-Kauffrau ist in den Bereichen des Außenhandels und der Unternehmensführung spezialisiert. Als Beraterin und Projektmanagerin war sie über zehn Jahre im Bergbau- und Rohstoffsektor der Mongolei tätig und hat zahlreiche Projekte dort verantwortet. Insbesondere die Vorbereitung und Koordinierung des operativen Geschäftes von internationalen Bergbaugesellschaften, die Erarbeitung von Business-Plänen und die Vorbereitung von Börsengängen zählten hierbei zu ihrem Verantwortungsbereich.

## Ihre Ansprechpartner im BWA

### Präsidium:

Dr. Lothar de Maizière, *Ehrenpräsident*  
Ministerpräsident a. D.,  
Bundesminister a. D.  
Thomas Sapper, *Präsident*  
Prof. Herbert Mrotzeck, *Vizepräsident*  
Claus R. Mayer, *Vizepräsident*  
Shadong Fan, *Vizepräsident*  
Ursula Rutovitz, *Vizepräsidentin*

### Vorstand:

Michael Schumann, *Vorstandsvorsitzender*  
Dirk Bormann, *Mitglied des Vorstands*

**Bundesgeschäftsführer:** Urs Unkauf

### Anzeigenschaltung:

Yan Huang-Fröhlich  
Email: [y.huang@bwa-deutschland.de](mailto:y.huang@bwa-deutschland.de)

### Bundesgeschäftsstelle:

BWA  
Global Economic Network  
Kranzler Eck Berlin  
Kurfürstendamm 22  
10719 Berlin

Telefon: +49 30 700 11 43 - 0  
Telefax: +49 30 700 11 43 - 20  
Email: [info@bwa-deutschland.de](mailto:info@bwa-deutschland.de)

### Redaktion:

Michael Schumann (V.i.S.d.P.)  
Urs Unkauf

## Personalie: BWA verabschiedet Volker Tschapke



**TRADEPOINT  
BERLIN**  
WORLD TRADE POINT FEDERATION

Volker Tschapke, der den Verband in den letzten Jahren als Senior Berater unterstützt hat, hat seine Tätigkeit für den BWA zum 01. Dezember 2022 beendet, um sich einer neuen Position als Vorstand des Trade Point Berlin e.V. zu widmen. Der Trade Point Berlin e.V. ist der deutsche Trägerverein der World Trade Point Federation mit Sitz in Genf, die einen konsultativen Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen innehat.

Mit seinen Kontakten in der deutschen Bauindustrie und dem aus zahlreichen beruflichen Verwendungen im Ausland resultierenden internationalen Netzwerk hat Volker Tschapke den Verband in den letzten Jahren tatkräftig unterstützt. Der BWA dankt Herrn Tschapke für sein bisheriges Engagement und wünscht ihm weiterhin viel Erfolg bei seinen neuen Aufgaben.

## Impressum

Herausgeber: Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft e.V. (BWA)  
Bundesgeschäftsstelle: Kranzler Eck Berlin / Kurfürstendamm 22 / 10719 Berlin / Tel: (030) 700 11 43 0  
V.i.S.d.P.: Michael Schumann, [info@bwa-deutschland.de](mailto:info@bwa-deutschland.de)



Druck: X-PRESS GRAFIK & DRUCK GMBH, Nunsdorfer Ring 13, 12277 Berlin

Satz & Layout: okkool berlin

Fotos: © [www.adobestock.com](http://www.adobestock.com), © [www.freepik.com](http://www.freepik.com)

Gastbeiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Trotz größtmöglicher Sorgfalt kann der BWA keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen übernehmen. Nachdruck, auch auszugsweise, unter Angabe der Quelle gestattet. Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Auffassung des jeweiligen Autors wieder. Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe des BWA-Journals war Dezember 2022.

Weitere Informationen unter: [www.bwa-deutschland.de](http://www.bwa-deutschland.de)

Aktuelle Informationen auf [www.bwa-deutschland.de](http://www.bwa-deutschland.de)



# ***WO SICH TRADITIONELLE HANDARBEIT UND MODERNE DRUCKTECHNIK PERFEKT ERGÄNZEN.***

Ob hochveredelte Visitenkarte, Einladung oder informatives Magazin: X-Press realisiert sowohl Kleinauflagen als auch auflagenstarke Printmedien. Unter einem Dach - einmalig in Berlin.

# **XPRESS**

X-PRESS GRAFIK & DRUCK GMBH · Nunsdorfer Ring 13 · 12277 Berlin  
T +49 (0)30 25 75 78-0 · [info@x-press.de](mailto:info@x-press.de) · [www.x-press.de](http://www.x-press.de)